Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 78. Morgen-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 16. Februar 1877.

Die Ausschüttung der bis 1876 von den Gerichten verwalteten Pupillenmassen und Judicialmassen.

Dem Abgeordnetenhause ist vom Finanzminister ein Bericht über die Verwaltung des Hinterlegungsfonds für das Jahr 1876 erstattet worden. Der Bericht ist ohne Sang und Klang der Budgetcommission zur Vorprüfung überwiesen worden. Der Bericht hat nicht nur allgemein volkswirthschaftlich ein großes Interesse, sondern verdient auch die besondere Beachtung aller derjenigen, welche praktisch am Hypothekenverkehr interessirt sind. Es handelt sich um die Ausschüttung der in den bisherigen Depositorien der Gerichte befindlichen Pupillenmassen und Judicialmassen. Die Pupillenmassen sollen nach der neuen Vormundschaftsordnung bekanntlich den Vormündern übergeben werden, die Judicialmassen nach dem Hinterlegungsgesetz von 1875 in die Verwaltung der Finanzbehörden des Staates gelangen. Diese Pupillenmassen betrugen am 1. Januar 1876 135,606,712 M., die Judicialmassen 46,553,661 M. Bewegungen innerhalb einer Capitalsumme von zusammen 183,436,031 M. sind unter den heutigen Verhältnissen geeignet, auf dem Geldmarkt eine gewisse Beachtung zu erheischen.

Die am 1. Januar 1873 dem Finanzministerium in der gedachten Höhe übergebenen Capitalien haben sich im Laufe des Jahres bis zum 1. Januar 1877 vermindert um 89,827,120 M., so daß am letztgenannten Tage die Capitalbestände des Finanzministeriums nur noch 92,333,253 M. betrugen. Von den 89,827,120 M. Verminderungen entfallen 87,563,221 M. auf die Pupillenmassen.

Den Pupillenmassen können neue Bestände nicht mehr zuwachsen, da bei neu entstehenden Vormundschaften die Verwaltung der Mündelgelder in den Händen der Vormünder bleibt. Die Pupillenmassen erleiden auch schon einen bestimmten Abgang durch Eintritt der Großjährigkeit, welche die Aushändigung der Vermögen an die Mündel zur Folge hat. Die Regierung ist aber auch verpflichtet, abgesehen von der Großjährigkeit, sämmtliche Pupillenmassen bis zum 1. Januar 1878 an die Vormünder zurückzuzahlen. Diese Rückzahlung hat nun am 1. April 1876 begonnen. Man hat seitdem einmal die kleineren Massen zur Rückzahlung gebracht, sodann Anträge von Vormündern und Pflegern berücksichtigt, sofern dieselben durch den Nachweis eines Interesses an der baldigen Rückzahlung begründet waren.

Volkswirthschaftlich interessirt nun zunächst, welche Formen der Capitalanlage die im Jahre 1876 bewirkten Rückzahlungen an Interessenten im Gesammtbetrag von 90 Millionen M. betroffen haben. Diese Rückzahlungen haben den Capitalbestand in Folge Coursverschiedenheit, Zinsenberechnungen u. dergl. nur um 87,853,305 M. vermindert.

Die Gelder der Depositorien waren angelegt:

	1. Januar 1876 M.	1. Januar 1877 M.	also jetzt weniger M.
in Bankobligationen	90,055,130	26,649,500	63,405,630
in Hypotheken	79,115,341	61,195,226	17,920,115
in Pfandbriefen	8,557,635	6,393,105	2,164,530
in Rentenbriefen	340,800	226,500	114,300
in Baar, Zinsrückständen rc. ..	5,364,124	1,118,399	4,249,730

Die Rückzahlungen sind also zu mehr als zwei Dritteln durch Verminderung der **Bankobligationen** bestritten worden. Unter Bankobligationen sind zu verstehen die Quittungen der Reichsbank über die bei ihr angelegten verzinslichen an eine Kündigungsfrist gebundenen Depositen. Die gerichtlichen Depositalverwaltungen waren bis dahin verpflichtet, die Depositalgelder, welche sich nicht in Hypotheken, Pfand- oder Rentenbriefen anlegen ließen, bei der Preußischen Bank gegen eine zwischen 2 und 3 Procent, nach der Art der Masse variirende Zinsvergütung zu hinterlegen.

Dieses Verhältniß ist zwar von der Reichsbank übernommen, zugleich aber nach Maßgabe der neueren Gesetze und einer ausdrücklich erfolgten Kündigung in Auflösung begriffen. Es gelangen demnach die sämmtlichen derartigen Bankobligationen abgesehen von den im laufenden Geschäftsverkehr zu leistenden Rückzahlungen — seit dem 1. August 1876 in dreimonatlichen gleichen Raten zur Rückzahlung. Unter der Einwirkung dessen hat sich das Passiv-Conto der Reichsbank, „die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten" seitdem von etwa 100 Millionen Mark auf 35 Millionen Mark (Anfang Februar) vermindert. Dadurch sind allerdings der Reichsbank für etwa 55 Millionen Mark Fonds entzogen worden. Andererseits hat sich dieselbe insbesondere seit dem April 1876 durch Eröffnung des Giroverkehrs neue Fonds auf dem Conto „der sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten" in weit größerem Umfang geschaffen. Dieses Conto der Reichsbank hat jetzt eine Höhe zwischen 150 und 180 Mill. Mk.

Die Anlage der Mündelgelder in **Pfandbriefen** und **Rentenbriefen** ist an und für sich nicht bedeutend und kommt fast nur in Schlesien vor. Pfand- oder Rentenbriefe bei der Ausschüttung zum Tagescourse in Zahlung zu nehmen, haben die Vormünder selten beliebt. Man hat daher die 2½ Millionen Mark Pfand- und Rentenbriefe, um welche sich die Bestände hierin im Laufe des Jahres vermindert haben, durch die Seehandlung an der Berliner Börse und durch die Breslauer Regierung an der Breslauer Börse verkaufen lassen, ist dabei aber so allmälig vorgegangen, daß ein Rückgang in den Coursen dadurch nicht veranlaßt wurde.

Der Bestand des Hinterlegungsfonds an **Hypotheken** hat sich im Laufe des Jahres 1876, wie angegeben von 79 auf 61 Mill. M. vermindert. Von den 18 Millionen veräußerten Hypotheken waren circa 9,800,000 Mark in Folge freihändiger Cessionen an Institute zur Rückzahlung gelangt. Die übrigen Rückzahlungen sind geleistet in Folge von Aufkündigungen Seitens der Schuldner (zum großen Theil wegen landschaftlicher Bepfandbriefungen) oder Seitens des Hinterlegungsfonds (wegen zweifelhafter Sicherheit und unpünktlicher Zinszahlung), sowie in Folge von eingeleiteter Subhastation, und im Uebrigen ist durch Ueberweisung von Hypotheken an Mündel die obige Herabminderung herbeigeführt worden.

Im laufenden Jahre werden die Hypothekenbestände, in dem Maße wie der Rest der Pupillengelder zur Ausschüttung gelangt und die Bankobligationen hierzu als unzureichend sich erweisen, in stärkerem Maße einer Verminderung unterworfen werden müssen.

Von den Anfang dieses Jahres vorhandenen 61,195,226 M. Hypothekenforderungen wurden

verzinst mit	5 %	53,040,314 M.,	
" "	4½ %	5,778,255 M.,	
" "	4⅓ %	37,500 M.,	
" "	4 %	1,785,315 M.,	
" "	5½ %	21,600 M.,	
" "	6 %	532,242 M.	

Die **drei schlesischen Regierungen** hatten 20,473,429 M. in Hypotheken angelegt, darunter 846,000 M. 4½%ig, 145,000 M. 4%ig, 14,100 M. 5½ig, 44,000 M. 6%ig, der Rest 5%ig. — Die Kündigung der 4-, 4⅓- und 4½%igen Hypotheken im Gesammtbetrage von noch 7,601,070 M. ist überall angeordnet. Eine Störung der Creditverhältnisse wird von der letztgedachten Maßregel nicht befürchtet, weil „derartige Hypotheken hauptsächlich in wohlhabenden Gegenden, wo der Zinssatz im Allgemeinen ein niedriger ist, vorhanden sind und sich voraussichtlich Gelegenheit finden wird, trotz der ausgesprochenen Kündigung im Einverständniß mit den Schuldnern den größten Theil der Hypotheken inzwischen an öffentliche Institute u. s. w. zu cediren oder den Mündeln auf ihr Guthaben zu überweisen."

Die **fünfprocentigen Hypotheken** sucht man möglichst **wieder in feste Hände zu bringen und zu diesem Zwecke an öffentliche Corporationen und juristische Personen zu veräußern**. Sie dürfen auch den Mündeln — jedoch unter Vermeidung von Partialcessionen — im Wege der Cession überlassen werden. Im Anfange hatte man solche Hypotheken nur an kirchliche und milde Stiftungen, sowie an Schulen cediren wollen, da diesen Anstalten in Folge der neuerdings bewirkten zahlreichen Ablösungen von Realgerechtigkeiten in Capital- und in Rentenbriefen Mittel zur hypothekarischen Anlegung ihres Vermögens zugeflossen waren. Die freihändigen Cessionen an öffentlichen Instituten sind noch jetzt in gutem Fortgang, **insbesondere auch in Breslau**, weniger im Posen'schen.

Nach Ausschüttung der gesammten Pupillenmassen werden in der Verwaltung des Staats die Judicialmassen verbleiben, deren Höhe sich dauernd auf 40 bis 50 Millionen Mark beziffern dürfte. Die Verzinsung dieser Massen wird durch königliche Verordnung geregelt und ist einstweilen auf 2½ Procent festgesetzt. Nach und nach wird die Regierung auch die dem Conto der Judicialmassen verbleibenden Hypothekenforderungen veräußern müssen. Es ist ein alter Verwaltungsgrundsatz Preußens, sich mit der so überaus schwierigen Verwaltung von Hypotheken möglichst wenig zu befassen.

Aus diesem Grunde werden auch die mit hannoverschem Fonds s. Z. dem Finanzministerium überkommenen Hypothekenforderungen allmälig veräußert und hat sich deren Bestand bereits bis auf 3,900,000 Mark vermindert. Am einfachsten wäre unseres Erachtens für das Finanzministerium, die Judicialmassen als Betriebsfonds der Generalstaatskassen anzusehen und den bisherigen Betriebsfonds zur Tilgung von Schulden zu verwenden. Eine gesetzliche Regelung ist in dieser Beziehung indeß noch nicht getroffen worden.

Breslau, 15. Februar.

Unsere vor einigen Tagen ausgesprochene Besorgniß, daß dem Reichstage Beschränkungen des Vereinsrechtes und der Presse wieder vorgelegt werden würden, war nicht unbegründet. Die heutige „Provinzial-Corresp." weist in ihrem ersten Artikel: „Die Regierung und die Socialdemokratie" bereits darauf hin, daß „die Auffassung der Regierung von der Bedeutung und der Gefahr der socialdemokratischen Bewegung und von der daraus für alle staatlich berufenen Kräfte erwachsenden Aufgaben" noch dieselbe sei, die sie im letzten Reichstage ausgesprochen habe. Das officiöse Blatt schließt den Artikel mit folgenden nicht mißzuverstehenden Worten:

> Die Regierung darf wohl erwarten, daß die Gesichtspunkte, von welchen sie damals ausging, auf Grund der neuesten Erfahrungen heute schon „**in einem entsprechenderen Lichte erscheinen**", als es vor einem Jahre der Fall war.
>
> Wenn die Wege, welche sie damals zum Schutze des Staatswohls einzuschlagen gesonnen war, zunächst auf lebhaften Widerstand stießen, so wird es eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein, über die zur Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft wirksam einzuschlagenden Wege eine Verständigung unter allen wahrhaft conservativen und staatserhaltenden Kräften herbeizuführen.

In einem polemischen Artikel gegen den Antrag des Abg. **Duncker**, bei den jetzigen Nothständen öffentliche Bauten in größerem Maßstabe zu unternehmen, sagt die „Nat.-Ztg." unter Anderem:

> „Daß von dem Milliardensegen nicht genug für öffentliche Bauten zurückgelegt worden, dafür trifft den jetzigen Finanzminister keine Verantwortung, da, als er in's Amt trat, **die Welt bereits fortgegeben war** und die anderweiten Verwendungen, insbesondere zur Staatsschuldentilgung unter Zustimmung und Mitwirkung des Hauses stattgefunden hatten."

So viel wir wissen, ist der jetzige Finanzminister bereits im Jahre 1869 in sein Amt eingetreten und da war „die Welt noch nicht fortgegeben"; d. h. der Milliardensegen stand noch und zwar in sehr weiter Entfernung.

Die Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr und für Justizwesen haben über den Antrag Preußens wegen Reform der **Actien-Gesetzgebung** Bericht erstattet und den Antrag gestellt, der Bundesrath wolle den Reichskanzler ersuchen, den Entwurf eines Gesetzes ausarbeiten und vorlegen zu lassen, welches, unabhängig von der Revision des Handels-Gesetzbuches und unbeschadet der mit dieser demnächst zu verbindenden generellen Revision des gesammten Handels-Gesellschaftsrechts, den Ausschreitungen bei der Gründung, der Verwaltung und dem geschäftlichen Betriebe der Actien-Unternehmungen entgegenzuwirken geeignet ist.

Die **russische** Circulardepesche ist, so viel bisher bekannt wurde, noch von keinem Cabinet beantwortet worden. Die Beantwortung dürfte, dem „W. Fr. Bl." zufolge, selbstständig durch jedes einzelne Cabinet erfolgen, von einer identischen oder collectiven Antwort ist keine Rede und auch nie die Rede gewesen. In der Natur der Sache liegt es, daß, nachdem die Circulardepesche des russischen Reichskanzlers sich gewissermaßen hauptsächlich an die englische Adresse richtet, das Cabinet von St. James in erster Linie berufen ist, dieselbe zu beantworten und daß ein oder das andere Cabinet es zweckmäßig finden dürfte, eine Aeußerung englischerseits abzuwarten, bevor es sich zu einer definitiven Antwort entschließt.

General **Ignatieff** ist in St. Petersburg eingetroffen und hat wiederholt mit Gortschakoff conferirt. Die über den bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers verbreiteten Gerüchte werden der „Pol. Corresp." als unbegründet bezeichnet.

In der **italienischen** Deputirtenkammer ist das Gesetz über Aufhebung der Schuldhaft, unterstützt von einer trefflichen Rede Mancini's, welche sich besonders gegen die thörichten Auffassungen einiger Handelskammern richtet, wonach die Schuldhaft das Fundament des Credits wäre, mit 142 gegen 61 Stimmen angenommen worden. Mancini hat gelegentlich der Debatten statistische, das Thema betreffende Aufstellungen in der Kammer vertheilen lassen, welchen das Folgende entnommen ist: Es sind innerhalb von 10 Jahren im gesammten Königreich 48,549 Verurtheilungen zur Schuldhaft ausgesprochen worden, darunter sind nur 1243 vollzogen worden. Die Zahl der Verurtheilten betrug innerhalb von zehn Jahren 64,643, darunter 54,162 Kaufleute, 10,481 Privatpersonen. Die Haftdauer, wie sie die Erkenntnisse bestimmten, betrug bei 38,012 Personen drei Monate, bei 23,906 von drei Monaten bis zu einem Jahr, bei 2550 von ein bis zwei Jahren. Daraus geht hervor, daß die Gerichte bei der weit größeren Hälfte der Verklagten das Minimum der Strafe zur Anwendung brachten. Bei der Hälfte der Verurtheilten handelte es sich um eine Schuld von weniger als 3000 Lire. Von den 1243 wirklich Verhafteten zahlten nur 117. Das war innerhalb von zehn Jahren das durch das alte Gesetz erreichte Resultat.

Der Papst beschäftigt sich, wie der „Times" unter dem 11. d. Mts. aus Rom telegraphirt wird, und wie auch die „Agence Havas" mittheilt, mit dem Plan, die Sitzungen des unterbrochenen Concils im Vatican wieder aufzunehmen. Die deshalb befragte Congregation der Cardinäle soll jedoch erklärt haben, daß, da die Ursachen, welche das Concil unterbrachen, noch fortbestünden, die Wiedereröffnung inopportun sei.

In Betreff des in Aussicht stehenden **französischen** Ministerwechsels bringt der „Moniteur" folgende Mittheilung: „Mehrere Blätter melden als zuverlässig den Austritt dreier Minister aus dem Cabinet und die Ernennung eines Unter-Staatssecretärs für das Innere. Unsere Nachrichten bestätigen diese Angabe nicht." Die drei genannten Minister sind: Decazes, Fourichon und Martel.

Im **englischen** Parlamente steht noch immer die orientalische Frage im Vordergrunde. Interpellation folgt auf Interpellation, das Parlament findet im Blaubuch nicht Alles, was es zu wissen wünschte. Die Regierung jedoch — charakteristisch für den Werth der Blaubücher — scheint nicht geneigt, Alles zu sagen, was sie weiß. — Englische Blätter, unter anderen der „Observer", sprechen die Ansicht aus, die Adreß-Debatte habe den Vortheil gebracht, daß Regierung und Opposition sich gegenseitig über ihre orientalische Politik aufgeklärt haben. Es sei offenbar ein Unterschied nur noch in den Mitteln, aber nicht in den Zielen vorhanden. Die Opposition wolle das gemeinsam erwünschte Ziel der Reformirung der Türkei für den Fall fernerer Hartnäckigkeit der Pforte durch Anwendung von Zwangsmaßregeln, über deren Art und Ausdehnung sie sich indeß selbst nicht klar sei, erreichen, was die Regierung als unzweckmäßig **verwerfe**.

Aus den **Niederlanden** meldet man, daß die neuesten Berichte aus **Atchin** günstig lauten. Die Eingeborenen verhalten sich meistens ruhig, so daß größere Gefechte in letzter Zeit nicht vorgekommen sind. Dagegen sucht die Kriegspartei in jeder Weise diejenigen einheimischen Häuptlinge aus dem Wege zu räumen, welche sich den Holländern unterworfen haben. Mordthaten und Mordversuche sind daher an der Tagesordnung.

Die niederländischen Nachrichten aus der stammverwandten **Transvaal-Republik** lauten meistens günstig, die englischen ungünstig. Das hat, wie die „N. Pr. Ztg." bemerkt, darin seinen Grund, daß die Engländer die holländischen Bauernstaaten Oranjefreistaat und Transvaal-Republik auf dem Wege einer „Conföderation" mit der Capcolonie, Natal u. s. w. zu vereinigen und so in Abhängigkeit von England zu bringen streben, während die Boers ihre Selbstständigkeit zu erhalten und besonders im Transvaal-Gebiet durch den Bau einer Eisenbahn nach der im portugiesischen Besitz befindlichen Delagoabai sich für ihre Landesproducte einen nicht durch englisches Gebiet führenden Absatzweg nach dem Meere zu schaffen suchen. Die Aussichten auf das Zustandekommen dieser Bahn steigen oder schwinden aber je nach dem Stande der Friedensaussichten oder den Kriegswirren mit den Eingeborenen im Norden des Transvaal-Landes; daher die verschiedene Auffassung und Färbung der aus jenen Gegenden nach Europa gelangenden Berichte.

In **Spanien** gewinnen, wie der „Agence Havas" aus Vitoria unter dem 10. d. Mts. gemeldet wird, die Gerüchte über einen Ausgleich zwischen der Regierung und den baskischen Provinzialräthen an Bestand. Die von den Provinzialräthen vorgeschlagenen und von der Regierung angenommenen Bedingungen sollen folgende sein: Zahlung einer einzigen und directen Steuer in den baskischen Provinzen, die bisher beinahe steuerfrei waren und nur ein Pauschale nach Madrid ablieferten, Stellung und Erhaltung je eines im Kriegsfalle der Regierung zur Verfügung stehenden Freiwilligen-Bataillons in den Provinzen Biscaya, Alava, Guipuzcoa und Navarra auf deren Kosten, Autonomie in der Verwaltung und im Finanzwesen für diese Provinzen. Die vereinigten Provinzialräthe sollen geneigt sein, dieses Convenio, welches die Regierung den Cortes vorlegen will, anzunehmen. Der commandirende General Quesada ist wahrscheinlich in dieser Angelegenheit von Vitoria nach Madrid abgereist.

Der **peruanische** Congreß hat den Gesetzentwurf für die Einführung von 100,000 Einwanderern aus Europa zur Colonisirung des in der Nähe der hauptsächlichsten peruanischen Nebenflüsse des Amazonenstromes liegenden Länder genehmigt, aber einstimmig den Vorschlag für Einführung chinesischer Arbeitskräfte in Peru verworfen. — Zwischen dem Präsidenten von Bolivia und der chilenischen Regierung ist ein Streit ausgebrochen. — Der Bürgerkrieg wüthet noch immer in den Vereinigten Staaten von **Columbia**. In der 20,000 Einwohner zählenden Stadt **Cali** brach am 18. December ein von den Conservativen organisirter Aufstand aus. Die Conservativen behaupteten die Stadt 6 Tage lang. Dann kehrte General Para an der Spitze der liberalen Truppen zurück, nahm die Stadt wieder ein und gab sie einer sechsstündigen Plünderung und Metzelei preis. Die Truppen ließen **2500 Personen**, bewaffnete und wehrlose, **über die Klinge springen**. Dr. Vicenta Borrero, einer der ersten Präsidenten der Republik von Columbia seit dessen Unabhängigkeitserklärung, ein 90jähriger blinder Mann, wurde aus seinem Hause geschleppt und erschossen; Frauen wurden erbarmungslos von Haus zu Haus gejagt und den schändlichsten Mißhandlungen unterworfen. Häuser wurden geplündert und demolirt, Kirchen beraubt und deren Altäre mit dem Blute der Opfer befleckt; Magazine und Verkaufsläden erbrochen und geplündert oder zerstört. Ausländer litten in vielen Fällen mit den Eingeborenen, und Mord, Wollust, Raub und Brandstiftung waren etliche Tage in den Vorstädten wie auf den Plantagen in der Umgegend an der Tagesordnung. Viele der besser gesinnten Liberalen verloren ihr Leben in dem Versuche, ihre Mitbürger zu schützen.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

21. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 14. Februar).

(Abendsitzung.)

7½ Uhr. Am Ministertisch Achenbach, Ministerialdirector Weishaupt, Geh. Räthe Illing, Raßmund u. A.

Die Etatsberathung wird fortgesetzt. Beim Capitel 22, Titel 3 der Ausgaben „Stationspersonal" richtet Abg. Schmidt (Stettin) an die Staatsregierung die Anfrage, ob sie geneigt sei, in Berlin auch an anderen Orten, als auf den Eisenbahnen, Billetverkäufe einzurichten, eine Einrichtung, die sich in Frankfurt a. M. sehr bewährt habe.

Ministerialdirector Weishaupt erklärt, daß die Regierung dieser Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit gewidmet habe und daß den Staatsbahnen Instructionen ertheilt seien, dahingehende Versuche anzustellen.

Ab. Meyer (Breslau) spricht sein Bedauern aus, daß die Directionen der Niederschlesisch-Märkischen und der Oberschlesischen Eisenbahn in ungerechtfertigter Weise mit einer Reduction der Arbeitslöhne in den Eisenbahnwerkstätten zu Breslau vorgegangen seien. Seit dem Jahre 1873 sei eine Erhöhung der Löhne trotz der in jener Zeit noch steigenden Tendenz der Lebensmittelpreise nicht erfolgt, gleichwohl habe man im J. 1876 eine erhebliche Verminderung bis zu 60 Procent eintreten lassen, obgleich die städtischen Werkstätten die Löhne unverändert gelassen. Dieser taktische Fehler, der eine große Aufregung unter den Arbeitern hervorgerufen habe, könne um so weniger vertheidigt werden, als der Fiscus, als der größte Arbeitsgeber den Schwankungen des Arbeitsmarktes am wenigsten unterworfen sei. Die socialdemokratische Bewegung, deren Gefahr vielfach überschätzt werde, weil man gewöhnlich den Einfluß der socialdemokratischen Ideen auf die Arbeiter für viel größer halte, als er thatsächlich sei, müsse durch derartige Ungeschicklichkeiten erheblich verstärkt werden, da die gerechte Unzufriedenheit den Reihen jener Gegner der liberalen Parteien neue Kräfte zuführe und den Kampf gegen die subversiven Ideen erschwere. Die Einwilligung der Arbeiter zu diesen Lohnreductionen habe man dadurch zu erzwingen gewußt, daß man ihnen mit Entlassung und einem entsprechenden Vermerk in dem Entlassungszeugniß gedroht habe, welcher eine Beschäftigung bei einem andern Arbeitgeber verhindert haben würde. Eine Petition der Arbeiter sei bereits vor längerer Zeit wegen dieser Maßregeln an die Regierung gerichtet worden. Die Länge der seitdem verstrichenen Zeit lasse darauf schließen, daß der Minister die Frage einer ganz besonders ernstlichen Erwägung unterziehe (Heiterkeit) und dies berechtige zu der Hoffnung, daß den gerechten Klagen Abhilfe gewährt werde.

Der Regierungs-Commissarius erklärt, daß die Vorstellung der Breslauer Arbeiter einer eingehenden Prüfung unterzogen werden wird; eine Benachtheiligung der Arbeiter durch die Reduction der Lohnsätze ist nicht eingetreten, denn sie stehen immer noch 12 Procent höher als 1871; eine Maximalgrenze für die Accordsätze ist nicht festgesetzt, sondern die Accorde sind nur in ein bestimmtes Verhältniß zum Tagelohn gestellt. Jedenfalls wird der Handelsminister die Sache wohlwollend und sorgfältig prüfen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Der Abg. Meyer nennt das Vorgehen der Eisenbahn-Directionen in Breslau einen taktischen Fehler; er tadelt also die Sache selbst nicht. Mit einer mehr oder minder geschickten Behandlung dieser Angelegenheit ist den Arbeitern nicht gedient, sie wollen materielle Vortheile. Will der Abg. Meyer eine Lohnerhöhung? Ich glaube kaum. Einzelnen Beschwerden der Breslauer Arbeiter ist abgeholfen, so z. B., daß die Arbeiter nach Entlassung von einer Bahn zu einer anderen übergehen können. Mit Lohnsteigerungen vorzugehen, bin ich nicht gewillt; jedoch einer Reihe anderer Beschwerden werde ich Abhilfe verschaffen. Indeß werden mir die Worte des Abg. Meyer Gelegenheit geben, die Provinzial-Behörden nochmals zu hören.

Abg. Meyer (Breslau) hält die Feststellung der Lohnsätze und die Frage ihrer Erhöhung allerdings nicht für einen geeigneten Gegenstand der parlamentarischen Debatte, giebt aber doch zu bedenken, ob nicht einige Lohnsätze unter das gebührende Maß herabgedrückt seien. Er sei im Uebrigen dem Minister von Herzen dankbar, daß er betreffs der Abgangszeugnisse schon Remedur geschaffen; er wünsche lebhaft, daß diesen Abhilfsmaßregeln des Ministers die möglichste Publicität gegeben werde.

Die Titel werden genehmigt.

Bei Titel 10—14 „Unterhaltung und Erneuerung der Bahnanlagen" beklagt sich Abg. Töpfer darüber, daß nicht größere Summen für Betriebsmaterial an Locomotiven und Wagen angesetzt seien, da augenblicklich ein großer Nothstand unter den Fabrikanten herrsche, dem der Staat als großer Arbeitsgeber nach Möglichkeit entgegenzutreten habe.

Abg. Lüders schließt sich dem Vorredner an, indem er es als einen Fehler bezeichnet, wenn der Staat jetzt mit den Ausgaben sparen wollte, um erst nach wieder eingetretenem Aufschwung der Industrie größere Verwendungen eintreten zu lassen.

Ministerialdirector Weishaupt constatirt, daß Alles geschehen, was bei den jetzigen trüben Zeiten möglich sei. Man möge nicht verlangen, daß die Regierung über das vorhandene Bedürfniß hinausgehe.

Beim Capitel 24, Titel 14: „Erneuerung des Wagenparkes der Ostbahn" weist

Abg. Röckerath darauf hin, daß in den beiden Jahren 1873 und 1874 von den Staatsbahnen für den Betrieb 53 Millionen, von sämmtlichen Bahnen 230 Millionen verausgabt worden. Es sei nun klar, daß man sich in Folge dessen auf größere Bestellungen eingerichtet hätte, und nun dürfe diese Industrie nicht plötzlich lahmgelegt werden, vielmehr müsse man ein Uebergangsstadium schaffen, damit es der Industrie möglich werde, wieder zu geregelten Verhältnissen zurückzukehren.

Ministerialdirector Weishaupt constatirt, daß der Vorredner Erneuerungs- und Verwaltungskosten bei der Anführung seiner Zahlen zusammengeworfen habe, die daraus gezogene Folgerung also nicht zutreffend sei.

Abg. Hammacher hält gleichfalls den Tadel des Abg. Röckerath für nicht gerechtfertigt, weil in den angeführten Jahren ganz ungewöhnliche Verhältnisse und Verkehrsbedürfnisse vorgelegen hätten.

Handelsminister Dr. Achenbach erklärt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, eine ungemessene Anzahl von Fabriken, die zu einer Zeit durchaus ungesunder Verhältnisse entstanden seien, durch künstliche Mittel auf der Oberfläche zu erhalten, und es würde auch sicherlich nicht zum Schaden des Landes sein, wenn dieselben wieder verschwinden.

Cap. 25 enthält die Ausgaben für die Westfälische Eisenbahn.

Abg. v. Kleinsorgen beschwert sich darüber, daß die Bergisch-Märkische Eisenbahn trotz des großen Verkehrs nur ein Geleise habe, wodurch eine große Anzahl von Unglücksfällen entstanden sei.

Ministerialdirector Weishaupt bemerkt, daß gerade die Direction der Bergisch-Märkischen Eisenbahn ohne Rücksicht auf die Kosten mit größter Energie für die Sicherheit des Betriebes sorge. So habe sie besonders dafür Sorge getragen, daß an den gefährlichsten Punkten eine automatische Verbindung der Weichenstellung mit den Signalen hergestellt werde.

Abg. Dr. Hammacher nimmt die Bergisch-Märkische Eisenbahn ebenfalls gegen die Vorwürfe des Abg. v. Kleinsorgen in Schutz; wenn er dieselben gegen die eigentlichen Staatsbahnen — was ja die Bergisch-Märkische nicht sei — gerichtet hätte, so würde er ihm secundiren.

Bei Cap. 27 Hannoversche Eisenbahnen fragt Abg. Köhler (Neuenhaus), weshalb den beiden Männern, welche sich um eine Concession einer Eisenbahnstrecke bis zur holländischen Grenze beworben haben, dieselbe nicht ertheilt sei.

Ministerial-Director Weishaupt erwidert, daß der Handelsminister die Concession einer Gesellschaft, die sich in Holland dafür gebildet, aber nicht diesen beiden Männern ertheilen wolle; die Sache habe sich indeß im Sande verlaufen.

Zu Cap. 33: Central-Verwaltung und Eisenbahncommissariate liegt folgender Antrag des Abgeordneten Hammacher vor: Die Staatsregierung aufzufordern, ihre Bemühungen, das Amt eines Eisenbahncommissarius für die Thüringische Eisenbahn von dem eines königlichen Directionsmitgliedes bei derselben zu trennen, mit allem Ernste fortzusetzen.

Abg. Lipke beruft sich auf die vorjährige Verhandlung, in welcher der Minister dem Antrage beigetreten sei und versprochen habe, mit allen Kräften für die vom Hause gestellte Forderung einzutreten; er bedauere nur, daß die preußische Regierung nicht den genügenden Druck auf die thüringischen Staaten auszuüben vermöge, um endlich diesem Zustande ein Ende zu machen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Bei demselben Capitel beschwert sich Abg. von Fürth darüber, daß man der Rheinischen Eisenbahngesellschaft und nicht dem Bonner Localcomite die Concession zu einer Eisenbahn von Bonn nach Euskirchen gegeben habe; diese Gesellschaft habe die Concession nur angenommen, um die Sache zu verzögern, was schon die große Frist von 5 Jahren, welche für den Bau der kürzern Strecke aufgestellt sei, zeige. Jedenfalls bitte er, daß die Regierung eine Einwirkung auf die Rheinische Eisenbahn ausüben möge, damit die Interessen der Stadt Bonn genügend gewahrt würden.

Ministerialdirector Weishaupt erklärt, daß die Regierung dafür sorgen würde, daß die Interessen der Stadt Bonn Berücksichtigung fänden.

Abg. v. Wedell-Malchow kommt auf die im vorigen Jahre gefaßte Resolution zurück: die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn solle zur baldigen Herstellung einer Linie Magdeburg-Erfurt aufgefordert werden. Der Bau dieser Linie ist jetzt gestört, der Erlös der dafür bestimmten Prioritäten für die übrige Bahn verwendet. Welche Schritte hat der Handelsminister in dieser Sache gethan, und ist Aussicht vorhanden, daß die Strecke endlich gebaut wird? Ferner fragt der Redner an, ob die Strecke Stettin-Swinemünde endlich gebaut werde, für welche die Verhältnisse ähnlich liegen, wie für die Strecke Magdeburg-Erfurt.

Handelsminister Dr. Achenbach hält die betreffenden Eisenbahnen noch immer zum Bau der angegebenen Strecken für verpflichtet, aber bei der allgemeinen Calamität wolle er nicht mit zu schroffen Zwangsmaßregeln vorgehen. Die Eisenbahnen hätten ihre Ziele zu weit gesteckt und ein Drängen zur Ausführung der in Rede stehenden Strecken würde eine finanzielle Schädigung der Gesellschaften zur Folge haben.

Abg. Dr. Hammacher erinnert daran, daß man ja auch die Regierung aufgefordert habe, schon bewilligte Staatseisenbahnbauten zu sistiren; warum solle man nicht den Privatbahnen ebenfalls Zeit lassen. Redner tadelt es besonders, daß die Obligationen für die Strecke Magdeburg-Erfurt haben ausgegeben werden können, ohne daß das Object derselben zur Ausführung komme. Er sei übrigens der Ansicht, daß der Staat selbst als Besitzer der Linie Berlin-Wetzlar die Linie Erfurt-Sangerhausen bauen müsse und sie nicht einer Privatgesellschaft überlassen dürfe.

Handelsminister Dr. Achenbach bemerkt, daß er das Vorgehen der Magdeburg-Halberstädter Bahn bei Verwendung des für die Strecke Magdeburg-Erfurt bestimmten Capitals für andere Zwecke nicht billigen könne; zu einem Einschreiten der Regierung sei aber keine Veranlassung, weil es sich dabei nicht um Prioritäten, sondern um Actien handele.

Abg. Meyer (Breslau) tadelt die Sucht der letzten Jahre, Bahnen zu bauen, ohne Rücksicht auf ihre Rentabilität. Man schädige dadurch nicht blos die Actionäre, sondern den Nationalwohlstand überhaupt, indem das darauf verwendete Capital besseren Unternehmungen entzogen werde. Er halte es deshalb nicht für angemessen, in dieser Sache gegen die Gesellschaften mit Zwangsmaßregeln vorzugehen.

Beim Extraordinarium bittet Abg. Zelle, dem Uebelstande abzuhelfen, der in Bezug auf den Getreidetransport am Berliner Ostbahnhof herrsche; die Abnahmefrist für Getreide sei auf sechs Stunden festgesetzt, weil dafür eine Bedachung nicht vorhanden sei; die Frist sei aber nicht genügend.

Ministerialdirector Weishaupt erwidert, daß bei den beabsichtigten baulichen Veränderungen am Ostbahnhofe auf den gerügten Uebelstand Rücksicht genommen werden solle.

Schluß 11 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Kleinere Gesetze, Berichte der Budgetcommission und Etatsberathung.)

= **Berlin**, 14. Febr. [Die Motive zum Patentgesetz.] Der Entwurf eines Patentgesetzes ist, wie wir bereits gemeldet, von umfassenden Motiven begleitet. Die Einleitung derselben beschäftigt sich mit der Geschichte der legislatorischen Bestrebungen, die Erfindungspatente in Deutschland nach übereinstimmenden Grundsätzen zu regeln und zwar von der Gründung des Zollvereins bis in die neueste Zeit. Das Bedürfniß einer Anerkennung des Patentschutzes wird als erwiesen bezeichnet und betont, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die längere Vertagung einer einheitlichen Ordnung des Patentwesens als völlig unthunlich hatten erscheinen lassen. Die Rechtsungleichheit bez. der Erfindungspatente stehe mit der einheitlichen gewerblichen Gesetzgebung und mit der Gemeinsamkeit der Verkehrsinteressen in Deutschland im auffallendsten Widerspruch, der im praktischen Leben sehr schwer empfunden werde. Aus diesen Erwägungen sei die Reform des Patentschutzes in Angriff genommen worden. Die Motive beziehen sich sodann auf das Enquete-Verfahren und dessen Resultate, von welchen nur in einzelnen Pnnkten abgewichen worden sei. Dann heißt es in der Einleitung zu den Motiven wie folgt weiter: „Nach den bestehenden deutschen Gesetzgebungen werden die Patente entweder auf Grund einer Vorprüfung oder auf Grund einer einfachen Anmeldung ertheilt; im letzteren Falle erhält Jeder ein Patent, welcher in der Anmelduug einer angeblichen Erfindung den formellen Anforderungen des Gesetzes gerecht wird, im ersteren Fall nur derjenige, dessen angebliche Erfindung auch wirklich als eine solche erkannt wird. Während das in Elsaß-Lothringen und in der baierischen Pfalz geltende französische Recht die strengste Form des Anmeldesystems vertritt, ist in Preußen das System der Vorprüfungen am schärfsten durchgebildet. In den übrigen Staaten überwiegt ein Verfahren mit beschränkter Vorprüfung. Es war vorab die Frage zu entscheiden, welches System dem Reichsgesetze zu Grunde gelegt werden solle. Die Annahme des Anmeldesystems würde die Reform ohne Zweifel sehr erleichtern. Diese Rücksicht wird aber mehr als aufgewogen durch die Thatsache, daß in den Ländern, wo das Anmeldesystem besteht, dessen praktische Wirkungen keineswegs befriedigen. Die Klagen über die dadurch hervorgerufenen Mißbräuche, die Hemmnisse, welche der Industrie durch die Massenhaftigkeit der, großentheils zum Zwecke schwindelhafter Speculation entnommenen, Patente bereitet werden, die übeln Erfahrungen, welche bei der nachträglichen Anfechtung und Vertheidigung der ohne Vorgreifung ertheilten Patente im Prozeßwege gemacht worden sind, haben in der öffentlichen Meinung jener Länder eine Reaction herbeigeführt, welche die Beseitigung des Systems fordert. Der unbefriedigende Zustand des Patentwesens in Frankreich und England hat bereits vor Jahren die ernste Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Factoren erregt und zu eingehenden Erörterungen über die Nothwendigkeit und die Mittel einer durchgreifenden Besserung geführt. In Frankreich stellte die Regierung im Jahre 1858 einen Gesetzentwurf auf, welcher den Zweck hatte, zu bewirken, daß die Prüfung der Einwendungen gegen ein Patent möglichst in das Stadium vor seiner Ertheilung verlegt werde. Eingehende Erörterungen in England haben zur Empfehlung der Vorprüfung geführt, welche denn auch in den jüngsten, dem Parlamente vorgelegten Entwürfen eines neuen Patentgesetzes Aufnahme gefunden hat. In den Vereinigten Staaten von Amerika besteht seit langer Zeit ein, wenngleich milde gehandhabtes System der Vorprüfung. Unter diesen Umständen konnte für die deutsche Gesetzgebung nur das Vorprüfungssystem in Frage kommen, umsomehr, als die in der Enquête des Bundesraths vernommenen Sachverständigen dasselbe mit einer ganz überwiegenden Mehrheit ebenfalls empfohlen haben. Dabei durften indessen die in den bisherigen Erfahrungen hervorgetretenen Schattenseiten des Vorprüfungsverfahrens nicht außer Acht gelassen werden. Werden die Mängel desselben sich auch vollständig nicht beseitigen lassen, so ist es doch die Aufgabe, sie möglichst zu mildern. Mit Hilfe geeigneter Maßnahmen wird sich voraussichtlich der Prüfung der Patentgesuche der Charakter der Strenge wahren lassen. Wenn auf solchem Wege der Gefahr vorgebeugt wird, daß Industrie und Handel mit nutzlosen oder gar schwindelhaften Patenten überschwemmt werden, so fällt dagegen die Möglichkeit nicht ins Gewicht, daß in einem oder anderem Fall unter der strengsten Prüfung auch einem an sich berechtigten Antrage gegenüber der Patentschutz versagt werden möchte. Denn als allgemeiner Gesichtspunkt hat der Gestaltung des Entwurfs überhaupt nur die Voraussetzung zu Grunde gelegen, daß auch für die Regelung des Schutzes der Erfindungen die allgemeinen Verkehrsinteressen in erster Reihe stehen.

Berlin, 14. Febr. [Verwendung der Dotations-Fonds zu Secundärbahnen. — Sitzung des Reichsgerichts. — Theilung der Provinz Preußen. — Communalsteuer-Gesetz. — Postalische Sprachreinigung. — Aus der Unterrichts-Commission. — Fortschrittlich-nationalliberales Festdiner.] Im Abgeordnetenhause ist heute ein kurzer Gesetzentwurf zur Berathung gelangt, welcher bezweckt, den Provinzialverbänden die Befugniß zu ertheilen, diejenigen Summen, die denselben durch die sogenannten Dotationsgesetze zur eigenen Verwaltung und Verwendung aus der Staatskasse überwiesen worden sind und jährlich zufließen, fortan auch zur Förderung des Neubaues von Secundärbahnen zu verwenden. Die Sache ist von dem ostpreußischen Provinziallandtage aus angeregt worden und wird auch den anderen Provinzen willkommen sein. Es ist schon mehrfach getadelt worden, daß wir auf einzelnen Strecken eine breitspurige gewöhnliche Eisenbahn mit schweren Kosten hergestellt haben, wo die Bahn nur wesentlich dem Localverkehre dient und eine sogenannte Secundärbahn vollkommen genügt haben würde. Auf Herstellung von Secundärbahnen ist bisher das Augenmerk noch nicht genügend gerichtet worden, obschon früher bereits gelegentlich im Abgeordnetenhause hervorgehoben wurde, daß der Bau solcher Bahnen recht eigentlich als Aufgabe der Provinzen betrachtet werden müsse. Wie aus den heutigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses hervorgeht, stößt der Gesetzentwurf auf mannigfachen Widerstand. Es wurde namentlich von den Centrumsrednern ausgeführt, daß der Staat seine Pflicht, für einen guten Eisenbahnverkehr zu sorgen, auf die Provinzen abzuwälzen und damit den Provinzen neue Kosten auflasten wolle. Hierauf wurde von liberaler Seite bemerkt, daß es sich bei dem Gesetzentwurfe darum handle, den Provinzen Rechte einzuräumen, welche ihnen durch das Dotationsgesetz noch nicht gegeben worden seien. Derselbe bezwecke, den Provinzial- bezw. Communalverbänden die Möglichkeit zu gewähren, die ihnen zur Selbstverwaltung überwiesenen Fonds auch zur Förderung des Neubaues von Secundärbahnen zu verwenden. Von oppositioneller Seite wurde in erster Linie die Ablehnung des Gesetzentwurfs und in zweiter Linie die Ueberweisung an eine Commission beantragt. Dabei ist ausgeführt worden, daß die Dotationssummen für die Zwecke, welche ihnen zugewiesen, sehr genau bemessen seien und für den neuen Zweck gar nicht ausreichen würden. Außerhalb des Abgeordnetenhauses stimmt man vielfach der Vorlage zu, weil die Provinziallandtage nicht genöthigt werden sollen, Secundärbahnen zu bauen, wohl aber die Berechtigung erhalten, solche zu fördern und dazu nicht den ganzen Dotations-Fonds, sondern nur einen angemessenen Theil zu verwenden. Die fraglichen Bauten werden also ganz in das praktische Ermessen der Provinzial-Verwaltung gesetzt. Das Abgeordnetenhaus beschloß übrigens, den Gesetzentwurf nicht an eine Commission zu verweisen, sondern im Plenum zu berathen. — In der hiesigen parlamentarischen und juristischen Welt hat der Beschluß des Justizausschusses des Bundesraths, nach welchem Berlin als Sitz des Reichsgerichts bestimmt werden soll, allseitige Zustimmung gefunden. Allerdings hören wir, daß im Plenum des Bundesrathes ein Gegenantrag gestellt wird, der allem Anschein nach von Sachsen ausgehen dürfte. Aber man nimmt bereits an, daß die Opposition gegen den Gesetzentwurf sowohl im Bundesrath wie im Reichstage nur eine geringe Majorität bilden wird. Vielleicht ist die letztere Annahme etwas optimistisch, da bekanntlich die Zusammensetzung des Reichstages den Particularisten und den sie unterstützenden Parteien günstig ist. Dem werden die reichsfeindlichen Parteien Rechnung tragen und trotz mancher Bedenken, die hier und da von liberalen Reichstagsmitgliedern geäußert werden, für die Vorlage stimmen. — Die ost- und westpreußischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses beriethen gestern in separaten Versammlungen über ihre Haltung gegenüber dem Gesetz-Entwurf, betreffend die Theilung der Provinz Preußen. Die Vertreter Ostpreußens haben sich einstimmig gegen den Gesetzentwurf erklärt und in einer mehrstündigen Berathung alle jene Gründe entwickelt, welche für die Zusammengehörigkeit Ost- und Westpkeußens sprechen. Es handelt sich nicht dabei um practische und materielle Fragen, welche eine Lösung in der Vorlage nicht finden. Die Westpreußen hingegen stellten sich mit geringen Ausnahmen auf den Boden des Gesetzentwurfs und sind entschlossen, keine abschwächenden Amendements im Princip zuzulassen. Gewiß ist indessen, daß wesentliche Aenderungsvorschläge eingebracht werden, denen auch in einzelnen Fällen die Westpreußen zustimmen dürften. Uebrigens werden die Ostpreußen kaum den Antrag auf Ueberweisung des Gesetzentwurfs an eine Commission einbringen, weil sie selbst wünschen, daß die Angelegenheit bald zum Austrage gelange, nachdem die Regierung im Gegensatze zu ihrer vorjährigen Haltung sich für die Theilung der Provinz entschieden hat. Betreffs der Detailfragen wünscht man auf betheiligter Seite vom Minister des Innern noch einige Informationen einzuholen, und wie an dieser Stelle bereits angedeutet worden, verfügt sich morgen eine Deputation zum Grafen Eulenburg, bestehend aus dem Landesdirector Rickert, dem Vorsitzenden des Provinzialausschusses Selke, dem Präsidenten des vereinigten preußischen Provinziallandtages v. Saucken-Tarputschen und dem Mitglied des Provinzialausschusses v. Krantz. — Eine der ersten Vorlagen, welche den preußischen Landtag in seiner diesjährigen Herbstsession beschäftigen werden, soll der Communalsteuergesetzentwurf sein, den die Regierung im vorigen Jahre den Communen und sonstigen Behörden zur Begutachtung vorlegen ließ, diesmal aber in wesentlich veränderter Gestalt wieder einbringen will. Die größte Schwierigkeit macht gegenwärtig noch, wie wir hören, die Behandlung der juristischen Personen, der Eisenbahngesellschaften u. s. w. deren zweifelhafte Stellung bisher die Quelle endloser Prozesse gebildet hat, bei deren Entscheidung nicht immer eine Einheitlichkeit in der Rechtsprechung hervortrat. — Der General-Post-Director Stephan ist unermüdlich, den deutschen Sprachgebrauch, soweit er für die Post in Betracht kommt, zu vereinfachen und zu regeln. Jetzt hat er wieder seinen Beamten eine lange Tabelle zustellen lassen, um sie über die Behandlung des Prädicats bei Collectiv-Begriffen zu unterrichten. — Die Unterrichtscommission verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung über eine Petition der Stadtverordneten in Aachen, welche bittere Klage führten, daß in Schulen ihrer Stadt ein Buch als Prämie an die Schüler vertheilt sei, welches die Gefühle der Katholiken aufs Tiefste verletze. In diesem Buche, einer Geschichte des deutsch-französischen Krieges von dem als Historiker rühmlichst bekannten Gymnasialdirector Dr. Oskar Jäger, waren es namentlich zwei Stellen, welche den Zorn der Väter der Stadt gereizt hatten: eine scharfe, wenn auch völlig zutreffende Beurtheilung der Kaiserin Eugenie mit einem Hinblick auf ihre Freunde und Rathgeber, die Jesuiten und eine Erinnerung an die Wirren, welche die Verkündigung des Vatikanums in Deutschland heraufbeschoren hatte. Mehr noch, als das, hatte, wie ein katholisches Mitglied der Commission erläuternd bemerkte, der Umstand Anstoß erregt, daß die vertheilten Bücher ein Geschenk des von den Ultramontanen bitter gehaßten deutschen Vereins waren. Die materiell völlig unbegründete Beschwerde vermochte auch die parlamentarischen Confessionsgenossen der Petenten nicht zu erwärmen und so beschloß die Commission mit überwiegender Majorität dem Hause den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen. — Die Wahlsiege der vereinigten liberalen Parteien über die Conservativen in den Reichstags- und Landtagswahlkreisen Westhavelland und Zauch-Belzig veranlassen die dortigen Wähler, ihren Vertretern den Abgg. Schumann, Hausmann, Zelle und Hermes ein Festdiner zu geben, welches morgen in Brandenburg stattfinden wird. Demselben wird eine Anzahl Abgeordneter bei-

wohnen, darunter auch der Vicepräsident Klotz und der Abg. Duncker. Die Einigkeit der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen in diesem Wahlkreise ist ein gutes Vorzeichen dafür, daß sie sich künftighin nicht vereinzelt von den gemeinsamen Gegnern schlagen lassen werden.

[Prozeß gegen Dr. Rudolf Meyer wegen verläumderischer Beleidigung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck. (Schluß.)] Der Zeuge v. Blankenburg hat nach seiner Aussage weder die v. Diest'sche Broschüre, noch die v. Wedemeyer'sche, noch die „Reichsglocke", noch den jetzt incriminirten Artikel gelesen; seine Wissenschaft der Sache stammt von ganz anderer Zeit und von ganz anderen Persönlichkeiten her. Vor mehr als zwei Jahren, Anfangs Januar 1875, machte in einer Gesellschaft Herr v. Diest dunkle Andeutungen von derartigen Sachen, was er sich verbat und nähere Aufklärung verlangte. Unter vier Augen habe ihm dann Herr v. Diest eine Erzählung mitgetheilt, die so gehalten war, daß für ihn klar zu Tage lag, v. Diest wolle einen öffentlichen Eclat vermeiden, da aus derselben die ausdrückliche Absicht hervorging, Bismarck zu warnen und ihn von der Firma Bleichröder zu trennen. v. Diest erzählte u. a., daß bei der Gründung der Central-Boden-Credit-Gesellschaft eine halbe Million Actien an den Fürsten gegeben worden sei. Er (Zeuge) habe dies für ganz unmöglich erklärt, aber doch, um dem Gerede womöglich die Spitze abzubrechen, beim Reichskanzler persönlich Informationen eingezogen, und dieser habe ihm unterm 18. Januar cr. zurückgeschrieben: alle diese Redensarten seien einfache Ohrenbläserei; er habe niemals das an und für sich gesunde Institut der Central-Boden-Credit-Gesellschaft unterstützt aus seinen Privatmitteln und so viel er wisse, habe er auch noch niemals Actien der Bank besessen. Später habe ihm der Reichskanzler persönlich gesagt, daß vielleicht sein Bankier ohne seinen Auftrag derartige Actien, nachdem dieselben an der Börse begeben waren, gekauft und verkauft habe. Das habe er (Zeuge) denn auch an v. Diest mitgetheilt; dieser war jedoch sehr empört und blieb bei seinen Behauptungen absolut stehen. Später wurden die Erzählungen des Herrn v. Diest mehr bekannt, und nach einem vollen Jahre lud ihn derselbe nach Daber ein, um ihm Documente vorzulegen, welche von vor 6 bis 7 Jahren herrühren. Er (Zeuge) habe diese Einladung ganz entschieden abgelehnt, weil er keinen Beruf in sich fühlte, über die Finanzgeschäfte des Reichskanzlers zu Gericht zu sitzen. Er habe sich in seinem damaligen Briefe dahin geäußert, er halte die Angaben des Herrn v. Diest so lange für Verleumdungen, bis sie vor Gericht als Wahrheit bewiesen werden, und wenn er sich dadurch verletzt fühlen sollte, so möge er mit einem Freunde darüber verhandeln. Das sei denn später auch in befriedigender Weise geschehen. Nach Erledigung dieses Zwischenfalles habe er (Zeuge] noch einmal mit dem Reichskanzler über die Sache gesprochen und dabei den Eindruck erhalten, daß der Fürst der Meinung war, sein Bankier habe allerdings ohne sein Wissen Actien der Central-Bodencredit-Gesellschaft gekauft. Das habe er zur Abwehr der Verleumdungen mehreren Leuten mitgetheilt, und wenn es sich jetzt als Irrthum herausstellt, so müsse er erklären, daß Fürst Bismarck ihn in keiner Weise zu einer solchen Veröffentlichung veranlaßt habe.

Der Angeklagte machte demgegenüber auf einen andern Brief des Herrn v. Blankenburg aufmerksam, in welchem die Actieneinkäufe positiv behauptet werden; desgleichen reicht er zwei Briefe des verstorbenen Herrn v. Wedemeyer zu den Acten ein, in denen der Zeuge aber nicht mit Bestimmtheit die Handschrift des Verstorbenen erkennen kann.

Es folgte die Vernehmung des Herrn v. Bethmann-Hollweg, der seine Stellung zu der Central-Bodencredit-Gesellschaft dahin präcisirt, daß er mit der Finanzirung des Instituts gar nichts zu thun gehabt, niemals den Verhandlungen darüber beigewohnt habe; auch mit der Verwaltung des Vermögens des Reichskanzlers habe er sich niemals befaßt und könne er deshalb auch nicht wissen, ob der Fürst jemals Actien der Bank besessen habe. In den Sitzungen des Aufsichtsraths sei wenigstens niemals davon die Rede gewesen. Dagegen habe ihm v. Wedemeyer im Unionclub derartige Andeutungen gemacht, die er, der Zeuge, sofort als abgeschmacktes und verleumderisches Gerede zurückgewiesen habe.

Auf die Frage des Angeklagten, ob der Zeuge mit dem Baron Carl v. Rothschild über die Angelegenheit gesprochen, antwortete derselbe mit Nein, auch von der vielbesprochenen Wette will er nichts gehört haben. Die Antwort auf die Frage, ob der Unionsclub ein politischer, oder ein landwirthschaftlicher Club sei, umging der Zeuge mit der Wendung, der Staatsanwalt möge sich darüber aus den Statuten des Clubs informiren.

Herr v. Kardorff erklärte auf Befragen, daß ihm absolut nichts darüber bekannt sei, ob der Reichskanzler direct oder indirect bei der Central-Bodencredit-Gesellschaft betheiligt war; er habe auch nie etwas von dritten Personen darüber gehört. Der Staatsanwalt richtete auch an diesen Zeugen die Frage wegen des Unionsclub, da der Angeklagte im vorigen Termine mit einer gewissen Emphase erklärte, derartige Beschuldigungen seien in hocharistokratischen Clubs erhoben worden. Herr v. Kardorff erwiderte darauf, daß v. Wedemeyer an einer Mittagstafel im Unionsclub einmal unter lebhaftem Unwillen der Versammlung die Behauptung aufgestellt habe, Fürst Bismarck sei an der Gründung der Central-Bodencredit-Gesellschaft betheiligt gewesen. Der Unwille der Tischgesellschaft war so groß, daß sie sich vor beendetem Mahle erhob, und Herr v. Wedemeyer befand sich in einem so aufgeregten Zustande, daß man schon damals an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit zweifeln konnte. Er glaube nicht, daß die ganze Erzählung von irgend wem für etwas anderes, als für eine verabscheuenswerthe Verleumdung aufgefaßt wurde.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen und nach der Vereidigung der Zeugen begann der Staatsanwalt Bertram sein Plaidoyer. Das Resultat des sogenannten Wahrheitsbeweises liege nunmehr vor und den Schlüssen des Gerichtshofes aus diesem Resultate sehe er mit vollkommener Ruhe entgegen, da das, was hier vorgebracht worden, kein Wahrheitsbeweis war, und in keiner Weise das Wesen der Anklage berühre. Die Anklage ging dahin, daß dem Fürsten Reichskanzler der Vorwurf gemacht werde, unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt in gewinnsüchtiger Absicht an Börsenmanipulationen sich betheiligt zu haben. Auch in materieller Beziehung sehe er der Prüfung des Resultates mit Beruhigung entgegen, da selbst bei dem beschränkten Umfange des Wahrheitsbeweises die Unwahrheit der behaupteten Thatsachen hervortrete. Und deshalb begrüße er auch den Beweis in seinen Consequenzen, weil der Versuch, an dem Privatleben und in der Privatstellung des Reichskanzlers einen Makel zu finden, sich als eine frevelhafte, aber mißglückte That erwiesen hat. Der Schild des Fürsten Bismarck ist blank und wird blank bleiben, und wenn sich schlangenartig verbreitete Privatäußerungen noch so sehr bemühen, ihn zu trüben. Thatsächlich sei zu bemerken, daß ein Mißverständniß des Fürsten, er habe einmal vielleicht wirklich Central-Bodencredit-Actien besessen, Ursache des gegenwärtigen Verleumdungsprocesses gewesen sei. Er berühre nicht gern die Privatverhältnisse des Reichskanzlers, aber da die Rede nun einmal darauf gekommen, so sei er auf Grund positiver Erkundigungen zu der Erklärung berechtigt, daß die Capitalsanlagen des Fürsten bei Bleichröder aus jener Zeit datiren, wo die unermeßlichen Verdienste des gefeierten Staatsmannes ihre verdiente Belohnung fanden in der Form der Dotation. Herr Bleichröder habe ziemlich weite Vollmachten in der Verwaltung des Vermögens des Fürsten gehabt und sei nur in Bezug auf die Schwindelpapiere beschränkt gewesen; Fürst Bismarck sei auch in Bezug auf seine Finanzen ein wahrer Edelmann, der seinem Vertrauten freien Spielraum lasse. So sei es denn gekommen, daß der Fürst zufällig in den Abrechnungen seines Bankiers das Wort „Bodencredit" fand, ohne zu wissen, was für ein Papier das sei, und auf Blankenburgs Interpellation ganz richtig antwortete, es sei wohl möglich, daß er Bodencredit-Actien besitze. Daraufhin seien denn allerlei Combinationen gemacht worden, die in nicht gerade zu rechtfertigender Weise immer bestimmter auftraten. — Wenn irgend Jemandem mit Unrecht der Vorwurf eines industriösen Mannes gemacht werden könne, so sei es der Reichskanzler, und die heutige Verhandlung zeige, daß an allen Anschuldigungen gegen den Reichskanzler nicht ein wahres Wort ist. Der Artikel der „Socialpolitischen Correspondenz" knüpfe nun aber an die bekannten Artikel der „Reichsglocke" an, schmücke dieselben durch Ergänzungen und Vervollständigungen. Der Angeklagte lieferte mithin einen selbstständigen Schmähartikel und der Verbreiter falscher Thatsachen werde gesetzlich immer als selbstständiger Injuriant behandelt. Dazu komme noch die Stellung, welche die beiden Blätter, die „Reichsglocke" und die „Soc.-pol. Corr.", zu einander einnehmen; der kleine unscheinbare Artikel gehe aus der „Reichsglocke" in die „Soc.-pol. Corr." über, werde dort präcisirt und wandere in die „Reichsglocke" zurück, um in einer Broschüre des Angeklagten endlich nochmals zu erscheinen. Auf diese Weise werde die Ehre des Reichskanzlers zwischen Gehlsen und Consorten und dem Angeklagten hin- und hergeschleudert. — Dieses nichtswürdige Spiel der Producte der Schandliteratur zeige, daß beide gemeinsam operirten und deshalb könne man nicht von dem Verbreiter der Verleumdung, sondern nur von dem eifrigen Mitverleumder bei dem Angeklagten reden. Bei dem ganzen Treiben trete der jesuitische Grundsatz in den Vordergrund: calumniare audacter semper aliquit haeret! Der Angeklagte mußte nach seinem Bildungsstande wissen, daß derartige Behauptungen ehrenrührig sind und der Einwand, daß ihm die Absicht der Verleumdung gemangelt habe, werde damit hinfällig. Alle erhobenen Beschuldigungen seien durch die Zeugen als elende Verleumdungen charakterisirt, oder sie würden auf Leute zurückgeführt, an deren Zurechnungsfähigkeit gezweifelt werden muß. Die weitere Behauptung des Angeklagten, er habe durch die Veröffentlichung nicht die Strafe sondern den Dank des Vaterlandes zu verdienen geglaubt, sei nichts weiter als ein bekanntes Manöver; wer rein ist, brauche sich nicht zu waschen und es könne nicht gestattet werden, daß man einen reinen Menschen mit Schmutz bewirft, angeblich um ihn zu reinigen. Solche Wegelagerer, die in dieser Weise mit Koth werfen, seien gemeingefährliche Menschen, die unschädlich gemacht werden müssen. Das von dem Angeklagten beanspruchte Martyrium sei ihm unverständlich; in solcher Weise zu verleumden und dann den „Dank des Vaterlandes" anzurufen, sei doch ein ganz eigenthümliches Martyrium, und nehme der Angeklagte ein solches in Anspruch, dann solle er doch auch ruhig die Folgen tragen, die Gefängnißstrafe absitzen und hinterher sich um den Dank des Vaterlandes bewerben. Der Angeklagte sei kein Mann des öffentlichen Vertrauens, kein Beamter, kein Politiker, kein Parlamentarier, sondern ein Zeitungsschreiber, und in dieser Stellung sei es doch eine arge Eitelkeit des Angeklagten, sich anzumaßen, den Reichskanzler rein zu waschen oder aber „mehr nach rechts zu drängen". Wie der Angeklagte aus Nichts Etwas zu machen verstehe, beweise die von ihm angeführte Begegnung mit dem durch kammergerichtliches Erkenntniß für blödsinnig erklärten Herrn v. Puttkamer; trotz dieses Umstandes publicire er eine Behauptung des Blödsinnigen in seiner Broschüre, wie er im Uebrigen die Quellen seiner Verleumdungen in dem geistesgestörten Herrn v. Wedemeyer fand. Vielleicht habe Herr von Blanckenburg seine Conjuncturen zu schnell präcisirt, aber niemals habe er das gesagt, was der Angeklagte behauptet, da er stets nur von einem Differenzgeschäft ohne Vorwissen des Reichskanzlers gesprochen. — Die Strafabmessung anlangend, beantragte der Staatsanwalt die nach § 186 des Strafgesetzbuches zulässigste höchste Strafe in Anwendung zu bringen, eine Gefängnißstrafe von 2 Jahren. In der Broschüre werde vielfach der Ausdruck „Pestbeule" gebraucht, aber dieser Ausdruck werde viel richtiger angewendet zur Charakterisirung der verleumderischen Verbrecherbande, die schon seit Jahren existirt, durch heimlich sich fortschleichende Verdächtigungen alle unsere öffentlichen Zustände untergrabend, eine associirte Schmäherbande, die sich in sich abstuft je nach der Befähigung. Unter dieser Gesellschaft befinde sich auch der Angeklagte, er sei der wissenschaftliche Bearbeiter der Schmähungen, und schon deshalb müsse ihn die höchste Strafe treffen, abgesehen davon, daß der höchste Staats- und Reichsbeamte beleidigt worden ist durch den Vorwurf der Bestechung, eines mit Zuchthaus bedrohten Verbrechens. Er beantrage deshalb die Verurtheilung des Angeklagten zu zwei Jahren Gefängniß, Veröffentlichung des rechtskräftigen Erkenntnisses, Unbrauchbarmachung des Artikels und sofortige Verhaftung des Angeklagten, da die im Januar d. J. erschienene Broschüre beweise, daß der Angeklagte seine Freiheit zu weiteren Verleumdungen mißbraucht.

Angeklagter behauptet, daß letzteres falsch sei, da die qu. Broschüre schon Ende v. J. bereits erschienen und nur mit der Jahreszahl 1877 versehen sei. Er verwahrt sich ferner gegen die Unterstellung, daß er durch seine Mitarbeiterschaft an der „Reichsglocke" an den gewerbsmäßigen Verleumdungen des Fürsten Bismarck Theil genommen. Die ersten Aufsätze, die er jenem Blatte geschrieben, seien nach seiner Meinung dem Fürsten Bismarck förderlich gewesen, denn sie handelten von dem Kathedersozialisten-Congreß, den er (Redner) im Auftrage des Geh. Raths Wagener im Jahre 1874 gleichsam als Sachsverständiger besucht habe. Später als ihm bekannt geworden, daß Gehlsen von Herrn v. Bleichröder subventionirt werde, habe er sich von dem Blatte zurückgezogen und er könne nicht verantwortlich gemacht werden für die Sünden der „Reichsglocke". Er habe Briefe des Herrn v. Wedemeyer aus dem Jahre 1873 zur Hand, welche beweisen, daß er vor einer Weiterverbreitung dieser Gerüchte stets eifrig gewarnt habe und es sei nie seine Absicht gewesen, selbstständig den Fürsten Bismarck zu verleumden. Er habe sich bereits in einer Broschüre aus dem Jahre 1871 gegen derartige dunkele Insinuationen gewandt, dasselbe habe er 1873 Herrn v. Wedemeyer gegenüber gethan und er begreife nicht, wie man ihm nun selbst verleumderische Absichten zuschreiben wolle. — Was den Charakter seiner Correspondenz betrifft, so habe er geglaubt, daß ihre Mittheilungen nicht eine Publication im Sinne des Gesetzes darstellen, da dieselbe weder durch die Post noch durch den Buchhandel zu beziehen sei, und im Sinne des § 13 des Preßgesetzes hielt er dieselbe für straflos. Die auf Bestechung bezüglichen Paragraphen habe er dem Artikel der „Reichsglocke" nur deshalb beigefügt, um die Tendenz desselben den Zeitungsredactionen klarer zu legen, nicht aber in der Absicht, dieselben durch die Zeitungen veröffentlicht zu sehen.

Der Vertheidiger Rechtsanwalt Quenstädt nimmt sodann das Wort zu einem kurzen Plaidoyer, in dem er den Wunsch ausspricht, daß es ihm gelingen möchte, die Mäßigung und das Licht herzustellen, welche er in der Rede des Staatsanwalts vermißt habe. Denn von einem so bevorzugten Platz auf einen Angeklagten loszuhämmern und Worte und Unterstellungen gegen ihn anzuwenden, deren er sich nicht bedienen möchte, lediglich um denselben dem Fluch der Lächerlichkeit zu übergeben, erscheine ihm höchst bedauerlich. Der Angeklagte habe wiederholt zur Evidenz nachgewiesen, daß er mit den verleumderischen Artikeln der „Reichsglocke" absolut nichts zu thun gehabt habe, und es sei ganz unerhört, daß ihn trotzdem der Staatsanwalt mit den denkbar härtesten Worten immer wieder mit diesen Verleumdungen identificire. Bezüglich der Entstehung dieser Gerüchte und des incriminirten Artikels habe der Staatsanwalt vielfache Unrichtigkeiten ausgesprochen und sich damit ausgeholfen, daß er dieselben auf die Mittheilungen Geisteskranker zurückführte. Nun aber sei Herr v. Wedemeyer lange Zeit nicht geisteskrank gewesen, ob er es zuletzt geworden, wisse man nicht. Herr v. Wedemeyer sei eine hervorragende Persönlichkeit gewesen, lange Zeit ein beliebtes Mitglied des Unionsclub, ein persönlicher Jugendfreund des Fürsten Bismarck und mit dem Vorzug großer Glaubwürdigkeit durch seine Stellung ausgestattet. Wie könne man dem Angeklagten unterstellen, er habe bei Entgegennahme der Mittheilnngen wissen müssen, daß Herr v. Wedemeyer krank ist? Nun wisse man, daß trotz dieser Glaubwürdigkeit der Angeklagte seit 1873 stets vor Verbreitung der ihm bekannten Verleumdungen gewarnt, er habe also nicht selbst verleumdet, die Verleumdungen vielmehr Jahre lang unterdrückt, bis die Broschüre des Herrn v. Diest erschien. Bei einem solchen gewichtigen Material konnte der Angeklagte es sehr wohl für seine publizistische Pflicht halten, der Sache näher zu treten. Der Staatsanwalt hätte gut gethan, nicht so geringschätzend auf die Presse zu sehen; denn man brauche nicht Staatsbeamter oder Parlamentsmitglied zu sein, um Einfluß auf die Politik zu haben. Er stelle die Presse und ihre Aufgaben höher, als der Staatsanwalt. Der Angeklagte that, was er als Publicist thun mußte: er machte seine Redactionen auf die Broschüre und ihre Behauptungen aufmerksam. Der Staatsanwalt spreche von einer Pestbeule und von Verleumderbanden; darin mag er Recht haben; aber der Angeklagte gehöre nicht zu ihnen. Allerdings gehe ein seltsamer Zug durch unsere Zeit, ein Zug der Voreingenommenheit solchen Angelegenheiten gegenüber. Er glaube, daß man dem Fürsten Bismarck keinen Dienst damit leiste, wenn man ihn gleichsam als Heros über alle Menschen stellt, sondern daß es auch seinen Intentionen entspreche, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich seien. Nicht Kriecher und Speichellecker werden dem Fürsten Bismarck angenehm sein, sondern Leute, die eine selbstständige Meinung haben, und gerade in solchen Fällen sollte das Beispiel Friedrichs des Großen Nachahmung finden, der ein Pasquill bekanntlich niedriger hängen ließ. Er würde es ganz unerhört finden, Jemanden, der gar nicht die Absicht der Beleidigung gehabt, zu 2 Jahren Gefängniß zu verurtheilen; dies würde ihm, würde vielen Deutschen und würde dem Auslande ganz unverständlich sein. Er hoffe, daß sich das Gericht auf einen höheren Standpunkt stellen und ohne Vorurtheil die Rechtsfrage entscheiden werde; dann würde dieser Tag nicht verloren sein in der Geschichte der preußischen Rechtspflege. Aber selbst wenn man hier überhaupt eine „Verbreitung" der Verleumdung annehmen wolle, rechtfertige sich eine so exorbitante Strafe nicht, er halte vielmehr eine geringe Haftstrafe, am liebsten eine Geldstrafe für angemessen.

Nach kurzer Replik des Staatsanwalts verwahrte sich der Vertheidiger nochmals gegen das Verfahren des Letzteren, dem Angeklagten „jesuitische" Principien und sonstige Sachen vorzuwerfen, die mit der Anklage gar nichts zu thun haben. Der Angeklagte sei vielleicht ein Gegner des Fürsten in wirthschaftlicher Beziehung und er glaube nicht, daß sich Der eines so ungeheuren Verbrechens schuldig mache, der in heutiger Zeit behaupte, der Fürst habe in wirthschaftlicher Beziehung leider einige Fehler begangen. Der Angeklagte konnte sich auf die denkbar achtbarsten Gewährsmänner stützen und er glaube, gerade dieser eigenthümliche Fall fordere die denkbar mildeste Beurtheilung.

Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Berathung zurück. Das Urtheil lautete auf 9 Monate Gefängniß, Publicationsbefugniß für den Fürsten Bismarck und Unbrauchbarmachung des Artikels in den vorfindlichen Exemplaren. In den Gründen heißt es u. A.: Der rechtliche Einwand, betreffend die Unanwendbarkeit des Preßgesetzes sei verfehlt, da das Preßgesetz auch auf gedruckte Correspondenzen Anwendung finde. In der Zusendung der Correspondenz an die Zeitungen liege aber ohne Zweifel der Begriff der Veröffentlichung. Der Artikel an sich sei schon strafbar, um so mehr, als er mit Zusätzen des Angeklagten versehen war. Der Wahrheitsbeweis habe ein durchaus negatives Resultat gehabt und deshalb müsse der § 186 des Str.-G.-B. Anwendung finden. Bei der Strafabmessung sei auf der einen Seite erwogen worden die Schwere der Beleidigung und die hohe Stellung des Beleidigten, auf der anderen Seite seien als Milderungsgründe betrachtet die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, die Thatsache, daß er nicht der erste Verbreiter der Verleumdung war und daß er bei der hohen socialen Stellung, welche die Herren v. Diest und v. Wedemeyer einnahmen, die Thatsachen für wahr halten konnte.

—ch. **Von der sächsischen Grenze**, 12. Februar. [Rinderpest. — Reichsgericht und Ober-Appellations-Gericht. — Eisenbahnpartoutbillets. — Zu den Wahlen.] Während der erste als Rinderpest bezeichnete Erkrankungsfall in Oberfriedersdorf bei Löbau eine Weiterverbreitung der Krankheit nicht zur Folge gehabt hat, sind leider in den letzten Tagen Erkrankungsfälle von Rindern aus verschiedenen andern Landestheilen zu melden gewesen, u. A. in Dresden, Radeberg, Freiberg und Chemnitz, welche meistentheils auf Viehtransporte aus Schlesien zurückgeführt werden. Die von den Behörden zur Verhinderung der Weiterverbreitung getroffenen Maßregeln sind so umfassend, daß man sich der Hoffnung hingeben darf, die Seuche allenthalben rasch unterdrückt zu sehen. — Die beabsichtigte Errichtung des Reichsgerichts in Berlin ruft den alten Antagonismus zwischen Dresden und Leipzig wieder wach. Ein Theil der Leipziger Nationalliberalen ist nämlich der Ansicht, daß die sächsische Regierung verpflichtet sei, auf die Errichtung eines sächsischen Oberlandesgerichts an Stelle des bisherigen Ober-Appellationsgerichts in Dresden zu verzichten, um die Wahl Leipzigs zum Sitze des obersten Reichsgerichts durchzusetzen; während in Dresden keine Neigung vorhanden ist, zu Gunsten Leipzigs auf ein eigenes Oberlandesgericht zu verzichten, und sogar eine gewisse Schadenfreude darüber laut wird, daß Leipzig umsonst seinen Witz in Reichs-Loyalitätsdemonstrationen geübt und sich für Nichts bei den Kaisermanövern in enorme Unkosten gestürzt habe. Aber auch diejenigen, welche sich darüber freuen, daß Leipzig die Rolle des Mohren zu spielen hat, sind doch gegen die preußische Regierung aufgebracht, welche Sachsen nicht einmal den Sitz des obersten Reichsgerichts gönnen wolle. Mag man im Uebrigen über die Wahl Berlins denken, wie man will, jedenfalls kann man sich darüber nicht wundern, daß in Sachsen die Verlegung des obersten Gerichts nach Berlin sehr unangenehm berührt, weil lange gepflegte Hoffnungen dadurch zerstört werden. — Die sächsischen Staatsbahnen werden mit dem Sommerfahrplan eine neue für das Publikum sehr bequeme Art der Billets für Abonnenten einführen, welche eine und dieselbe Strecke häufig zurücklegen, nämlich Eisenbahnpartoutbillets mit den Photographien der Abonnenten, für welche eine bestimmte sehr mäßige Summe vierteljährlich gezahlt wird und auf die hin der Inhaber dann die bez. Fahrt so oft unternehmen kann, als er will. — Die Wahl Bebels in Dresden bildet noch immer den Gegenstand gegenseitiger Beschuldigungen. Thatsache ist, daß gerade aus den particularistischen Kreisen viele Stimmen für Bebel abgegeben sind. Von Interesse ist die Aeußerung eines hohen Herrn, welche das „Kathol. Volksblatt aus Sachsen" jetzt mittheilt: „Die Socialdemokraten wollen mein Vermögen, die Nationalliberalen meinen König und Sachsen dazu!" Den höchsten Kreisen wird ferner die Aeußerung zugeschrieben: Bebel ist ein vorübergehendes Unglück, Mayhoff ein dauernder Schaden!"

—ch. **Von der sächsischen Grenze**, 13. Febr. [Adelig und bürgerlich. — Körperliche Züchtigung. — Hauerei. — Heirathsbureaux-Verbot. — Frühlingsübung.] In der Haupt- und Residenzstadt des Königreichs Sachsen sind die Traditionen aus vergangenen Zeiten noch so lebendig geblieben, daß selbst die städtische Steuerverwaltung noch einen Unterschied zwischen adeligen und bürgerlichen Steuerrestanten macht. Während nämlich die bürgerlichen aufgefordert werden, ihre Steuerreste zu bezahlen, geht den adeligen Restanten das höfliche Ersuchen zu. Auf kirchlichem Gebiete weist das preußische Grenzstädtchen Reichenbach in der Oberlausitz ein Seitenstück dazu auf. Die Vocationen des ersten und zweiten Geistlichen dieses durch seine conservativen Wahlen bekannten Städtchens bestimmen nämlich, daß Haustaufen bei Bürgerlichen nur vom zweiten Geistlichen vollzogen werden dürfen, während der erste Geistliche Haustaufen ausschließlich in adeligen Familien vollziehen darf. Ob diese vocationsmäßige Scheidung der Stände aus früheren Jahrhunderten überkommen, oder erst neuerlich eingeführt ist, darüber widersprechen sich die Angaben. — Aus zahlreichen Orten laufen Beschwerden über die Rohheit und Zuchtlosigkeit vieler Fortbildungsschüler ein. Kürzlich ist in einem oberlausitzischen Dorfe sogar während des Unterrichts ein Attentat auf einen Lehrer versucht worden. Mit Rücksicht auf diese und ähnliche Vorkommnisse hat die Dresdener Stadtverordnetenversammlung in ihr Ortsstatut für Fortbildungsschulen unter die Strafmittel neben Verweis und Einschließung auch körperliche Züchtigung aufgenommen. Bei dem Alter der Fortbildungsschüler, ihrer körperlichen Entwickelung und der Rohheit Vieler erscheint das als ein sehr gefährliches Experiment! — Die unter den jungen Burschen von Nachbardörfern am Schlusse von gemeinsamen Tanzvergnügen nicht seltenen „Hauereien" sind in neuerer Zeit mehrfach so ausgeartet, daß sich die Gerichte veranlaßt sehen, strenge Strafen gegen die Theilnehmer zu verhängen. So hat dieser Tage das Bautzener Gericht sechs junge Leute aus Soritz und Mücka, welche sich mit Kubschützern nach einem Hebeschmause „gehauen" und dabei Einigen schwere Körperverletzungen zugefügt hatten, mit Strafen von 3 Monaten bis anderthalb Jahren und einer Geldbuße von 400 Mark zur Entschädigung für den einen Gemißhandelten belegt. — Es ist bekannt, daß in Sachsen die Heirathen durch Vermittelung überaus häufig sind; die Unzahl der in den „Dresdener Nachrichten" stehenden Heirathsgesuche und Heirathsofferten bietet schon einen Maßstab dafür. Da neuerdings nun auch die Entstehung von Heirathsvermittelungsbureaux überhand nimmt, so hat sich die Dresdener Kreishauptmannschaft veranlaßt gesehen, darauf hinzuweisen, daß nach sächsischem Recht die Vermittelung von Heirathen niemals zum Zwecke eines Gewerbes gemacht werden kann, und deshalb die Sittenpolizei berechtigt und verpflichtet ist, einen solchen unstatthaften Geschäftsbetrieb unter Strafandrohung zu verbieten. — In den Monaten April-Juni sollen umfassende Uebungen des Beurlaubtenstandes in der Handhabung des Mausergewehrs stattfinden. Wie verlautet, ist das eine Maßregel, welche sich auf alle deutsche Armeecorps ohne Ausnahme erstreckt.

Bremen, 14. Febr. [Eine hier stattgehabte Versammlung] des socialistischen Arbeiter-Wahlvereins wurde laut dem „Barm. Anz." von dem überwachenden Polizei-Commissar aufgelöst, weil ein Redner erklärte, das Christenthum sei Schwindel.

Elberfeld, 14. Febr. [Vor dem Polizei-Gericht] wurde gegen 28 Individuen verhandelt, welche wegen Theilnahme an den nach der letzten Reichstagswahl am 18., 19. und 20. Jan. d. J. stattgehabten Ruhestörungen angeklagt waren. Dreizehn Personen erhielten eine 14- resp. 8tägige Gefängnißstrafe, während den Uebrigen ziemlich schwere Geldbußen auferlegt wurden.

Düsseldorf, 14. Febr. [Berufung.] Die „Post" meldet: Zum katholischen Schulrath bei der Regierung in Düsseldorf ist dem Vernehmen nach der Gymnasial-Director Dykhoff in Wongrowiec in Aussicht genommen.

München, 14. Febr. [Die Abschaffung der in Baiern noch ungemein zahlreichen katholischen Feiertage] oder deren Verlegung auf die Sonntage wurde bekanntlich mehrmals ver-

geblich angestrebt. Eine Bekanntmachung des bischöflichen General-Vicariats zu Eichstädt scheint als Merkmal dafür aufgefaßt werden zu können, daß ein principielles Interesse der Curie bei Festhaltung der hergebrachten Feiertage nicht betheiligt ist. Dieselbe lautet nach dem Weißenburger Wochenblatt:

Kraft päpstlicher Dispens, d. d. Rom, 20. Decbr. 1876, sind für die Katholiken Weißenburgs, mit Ausnahme des Frohnleichnamsfestes und der Feste Peter und Paul und Mariä Himmelfahrt, alle bisherigen Wochenfeiertage auf den nächstfolgenden Sonntag verlegt. Die gemeinsamen Feste, wie Neujahr, Christi Himmelfahrt, Weihnachten, Ostern und Pfingsten, werden gefeiert wie bisher. Dieses Indult ist speciell für Weißenburg auf fünf Jahre ertheilt. Solches publicirt im Auftrage des hochwürdigsten bischöflichen General-Vicariats zu Eichstädt der Pfarrerpositus."

München, 14. Febr. [Wunder.] Wie man hier erfährt, gehen die Jesuiten mit der Idee um, die während der Pariser Commune ermordeten Geistlichen, unter welchen sich außer dem Erzbischof auch einige Jesuiten befanden, seiner Zeit als Märtyrer heilig sprechen zu lassen und zu diesem Behufe suchen dieselben jetzt schon das entsprechende Material zu sammeln und die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, da namentlich zur Heiligsprechung geschehene Wunder aufzuweisen sind. Nun hat vor einigen Wochen das Pastoralblatt der Erzdiöcese München bereits ein an einer hiesigen, lange Zeit kranken Klosterfrau vollzogenes Wunder constatirt. Dieselbe verschluckte nämlich, so berichtet das „Pastoralblatt", von dem Hemde eines in Paris erschossenen Jesuiten ein kleines Stückchen und soll — darauf alsbald genesen sein. (Siehe das Feuilleton der „Bresl. Ztg." von Sonnabend, den 10. d. M.: „Ein Wunder.") Und nun spricht man bereits von einer zweiten wunderbaren Heilung, die sich ebenfalls an einer im Kloster befindlichen Person vollzogen haben soll; vermuthlich wird das „Pastoralblatt" auch hierüber bald näheren Bericht bringen. Da die französischen Jesuiten mit einem hiesigen bekannten Jesuitenzögling, der im Domcapitel sich befindet, in lebhafter Correspondenz stehen, so vermuthet man, daß in Bälde neue Wunder in unserem München sich vollziehen werden. Ueberhaupt greift ein eigener Cultus auch hier um sich; in einer Kirche ist bereits die Muttergottes von Lourdes aufgestellt, vor welcher sich zahlreiche Verehrer einfinden und auch Wasser von Lourdes wird von einem hiesigen Domherrn in großen Quantitäten bezogen und den Gläubigen hier verabfolgt.

Oesterreich.

*** **Wien**, 14. Februar. [Die Verhandlungen über die Bankfrage. — Die Pariser Weltausstellung.] Immer reger wird die Befürchtung, ja, sie steigert sich, nach Aeußerungen, die mir persönlich aus zweifellos maßgebenden Kreisen zugehen, fast zur Gewißheit, daß die neuesten Verhandlungen zwischen unseren Ministern und den ungarischen Ex- sowie Zukunfts-Ministern mit einer vollständigen Niederlage des cisleithanischen Ministeriums, des Reichsrathes und der Erblande überhaupt in jenem Punkte enden wird, neben dem alle anderen Differenzen verschwinden. Weil Ungarn noch unfähiger ist, die wirthschaftliche Parität auf natürlichem Wege zu erringen, als die politische, so wird man ihm auf künstlichem Wege die erstere durch die Zusammensetzung des Centralausschusses zurechtmachen, wie das Delegationsgesetz den Erblanden die letztere octroyirt hat. Die Krone, sagt man mir, steht unbedingt auf Seiten des Ministeriums Auersperg: allein die Situation im Orient, die sich immer acuter gestaltet, erfordert eine Verständigung gebieterisch; und da der Berg nun einmal nicht zu Mahomet kommen will, bleibe nichts übrig, als daß Mahomet sich zum Berge bemühe. Es ist derselbe Gang nach Canossa wie vor zehn Jahren, dieselbe Zwangslage für Regierung und Reichsrath. Die Rolle, die Frankreich bis 1870 in Europa spielte, spielt Ungarn in unserer Monarchie: ist Ungarn befriedigt, so ist das Reich ruhig; wenn Ungarn niest, so wird das Reich erschüttert u. s. w. Wahrlich, es ist eine seltsame Lage, wozu die 11 Millionen hochbegabter Deutscher 5 Millionen Magyaren gegenüber verurtheilt sind, an denen der gewichste Schnurrbart das Beste ist und deren Loosung auch heute noch immer lautet: nem adozunk — wir zahlen nicht! Die Minister haben gestern conferirt und conferiren eben zu dieser Stunde wieder. Die Verfassungspartei tritt ebenfalls sofort in Action: nicht nur die Obmänner der drei verfassungstreuen Clubs, die Minister selber haben auf eine Gesammtconferenz der Partei gedrungen, die sich sofort aussprechen soll, sobald die Berathungen der Minister Auersperg, Lasser, Depretis — Wenckheim, Tisza, Szell ein Resultat erzielt haben werden. Leider bleibt wenig Zweifel darüber, wie dies Resultat ausfallen wird, da Tisza mit der Neubildung des Cabinets betraut worden ist, nachdem er der Krone erklärt hat, von der Parität auch nicht das I-Tüpfelcheu zu opfern. Mit diesem Machtspruche eröffnete er denn auch die Verhandlungen — und zwar nicht als Minister, sondern als Dictator, der Krieg und Frieden in den Falten seines Attila trägt, da er uns nur dann die Ehre erweist, wieder Ungarns Premier zu werden, wenn die Erblande sich seinem Gebote blindlings fügen. Die einzig entsprechende Antwort unserer Regierung auf diese Impertinenz wäre: was geht das uns an, ob Sie ungarischer Minister sind? sagen Sie das Ihrem Landtage, aber nicht uns! — Die Bewilligung der 600,000 Fl. für die Pariser Weltausstellung war, trotz des ablehnenden Ausschußvotums, von vorn herein unzweifelhaft. Bezeichnend war, daß, vom Minister angefangen, Alle sich auf den Standpunkt stellten, man müsse „von zwei Uebeln das kleinere wählen;" und in erster Linie politisch-financielle Motive in's Treffen führten: man dürfe nicht Bismarck copiren; man müsse sich „ein Bild bei Frankreich einlegen" für zukünftige Eventualitäten; man dürfe Frankreich nicht reizen, sonst könne Oesterreich durch die Weigerung, die Goldrente an der Pariser Börse cotiren zu lassen, an diesen 70 Millionen leicht mehr als ein Procent, d. h. mehr als selbst jene 700,000 Fl. verlieren, deren Bewilligung das Ministerium ursprünglich beantragt.

Wien, 14. Febr. [Abgeordnetenhaus.] Gegenstand der Verhandlung ist der (Majoritäts- und Minoritäts-) Bericht des Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Bewilligung eines Credites von 700,000 fl. zu Zwecken der Betheiligung an der Pariser Weltausstellung.

Es begründen die beiden Berichterstatter der Majorität und Minorität, Dr. v. Perger und Gomperz, die respectiven Anträge, deren erster (Majorität) unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage die Gewährung des Credites ablehnt, während der zweite (Minorität) zu dem Zwecke der Betheiligung an der Pariser Weltausstellung 600,000 fl. bewilligen will, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die so schnelle Wiederholung einer Weltausstellung zwar nicht opportun, es aber besonders bei der eminenten Bedeutung der Stadt Paris als einer der wichtigsten Handelsplätze für den überseeischen Weltverkehr gegen das Interesse der heimischen Industrie wäre, dieselbe außer jeden Contact mit der Pariser Weltausstellung zu bringen und dieser Weise der Industrie Grund zu gerechten Klagen zu bieten. (Bravo!)

Abg. Dumba (gegen) weist darauf hin, daß nicht die reichen Fabrikanten es seien, welche das hauptsächlichste Interesse an der officiellen Betheiligung an der Pariser Weltausstellung haben, sondern das kleine und das Kunstgewerbe, deren Verhältnisse es dringend erheischen, daß diese Betheiligung stattfindet. (Bravo!)

Fux (Mähren) (für) beantragt eine Resolution des Inhaltes, die Regierung sei aufzufordern, mit der ungarischen Regierung wegen gemeinsamer Beschickung der Pariser Weltausstellung in Verhandlung zu treten.

Isbary (Vertreter der Wiener Handelskammer) weist im Allgemeinen auf die günstigen Resultate hin, die aus der Beschickung der Weltausstellung für die heimische Industrie sich ergeben müssen.

Skene bezweifelt, daß die Großindustrie von der Beschickung der Ausstellung einen Vortheil haben werde, während der anzuhoffende Vortheil der Klein- und Kunstindustrie nur ein geringer sei. Uebrigens vermöge ja unsere Industrie nicht einmal den inneren Bedarf zu decken, viel weniger eine belangreiche Ausfuhr zu leisten. Außerdem verlangen die Finanzverhältnisse gebieterisch das Sparen. Redner ist deshalb gegen die Beschickung.

Handelsminister Ritter v. Chlumecky spricht sich energisch für die Beschickung der Ausstellung aus. Die Pariser Weltausstellung sei einmal eine Thatsache und man müsse sich fragen, was größer sei: die Opfer, die man durch die Beschickung bringt, oder die Nachtheile, die aus der Nichtbeschickung erwachsen. Nachdem einmal die Regierung zur Kenntniß gelangt, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung und der Handelskammern die Beschickung wünschen, sei es auch ihre Pflicht gewesen, die nöthigen Geldmittel von dem Hause zu verlangen. Wenn man auf eine Privatbetheiligung von Seite der Industriellen hinweist, so möge man im Auge behalten, daß die französische Regierung strict auf eine officielle Anfrage erklärt habe, daß Aussteller, deren Regierung sich nicht officiell betheiligt, nicht zugelassen werden. Diese Erklärung, respective diese Auslegung des Artikels 7 des Ausstellungs-Reglements hat auch gegenüber Deutschland bereits ihre praktische Anwendung gefunden. Wolle man aber, so fährt Redner fort, die Ausstellung beschicken, so erscheine es nicht räthlich, die angesprochenen Mittel zu schmälern, weil Oesterreich sich dann nur in einer bescheidenen, seine Würde schädigenden Weise bei der Ausstellung vor Europa zeigen würde. Der Minister weist ferner auf den Aufschwung hin, den unsere Industrie seit der zweiten Pariser Ausstellung gemacht hat, wodurch ihre Berechtigung nur wächst, sich jetzt in Paris vertreten zu sehen. Man möge unserer Industrie die hierzu nöthigen Mittel nicht versagen.

Es wird hierauf Schluß der Debatte angenommen.

Nachdem noch die beiden Berichterstatter gesprochen, wird zur Abstimmung geschritten und mit 175 gegen 37 Stimmen beschlossen, auf Grund des vorliegenden Minoritätsvotums in die Specialdebatte einzugehen.

Nach kurzer Specialdebatte wird der Minoritätsantrag nach der vorliegenden Fassung angenommen und erscheinen somit für die officielle Betheiligung an der Pariser Weltausstellung 600,000 fl. bewilligt und der Gesetzentwurf zugleich in dritter Lesung angenommen.

Der Antrag Fux wegen anzustrebender gemeinsamer Beschickung mit der ungarischen Regierung wird abgelehnt.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 12. Febr. [Zur Deputirtenwahl in Avignon. — Gambetta in Belleville. — Durchpeitschung von flüchtig gewordenen Deportirten in Noumea. — Allerhand Gerüchte.] Das Tagesergebniß ist die gestrige Deputirtenwahl im Bezirk von Avignon. Sie hat kein entscheidendes Resultat geliefert, und es wird eine Stichwahl erforderlich; indeß hat sich die clerico-monarchistisch-bonapartistische Coalition nicht zu beglückwünschen, denn während ihr Candidat du Demaine 8382 Stimmen erhielt, vereinigten die beiden republikanischen Candidaten zusammen deren 9469. Davon kommen auf den gemäßigten Republikaner E. Raspail 4670, auf den Radikalen Saint-Martin 4799. Diese Ziffern werden noch bezeichnender durch einen Vergleich mit der Wahl im vorigen Jahr. Damals erhielt du Demaine 9846 Stimmen und Gambetta 8642; der erstere verliert also seit dem vorigen Jahr etwa 1500 Stimmen, während die Republikaner deren 800 gewinnen. Ohne Zweifel ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß du Demaine sich nicht mehr des Vortheils der officiellen Candidatur erfreute. Die Stichwahl findet am 25. Februar statt. Da der radikale Candidat eine größere Zahl von Stimmen hat als sein gemäßigter Mitbewerber, wird also der erste, Saint Martin, jetzt der republikanische Candidat; seine Wahl wäre gesichert, wenn alle Gemäßigten sich entschließen können, für ihn zu stimmen. — Die Pariser Senatoren und Deputirten haben einen wahren Feldzug behufs Einrichtung von Volksbibliotheken unternommen. Sie veranstalten der Reihe nach in den verschiedenen Stadtvierteln öffentliche Versammlungen, in denen einer von ihnen als Redner auftritt. Gestern war die Reihe an Belleville. Wie an den beiden vorhergehenden Sonntagen führte Gambetta den Vorsitz. Nadaud sprach über die Arbeitskrisis in Lyon und Gambetta behandelte in einer kurzen Rede denselben Gegenstand. Im Gegensatz zu Nadaud, welcher die Vortheile einer möglichst weitgehenden Arbeitstheilung anpries, entwickelte Gambetta den Gedanken, daß man nicht der Fähigkeit der Arbeiter eine zu einseitige Richtung geben müsse, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, bei einer unerwartet eintretenden industriellen Krisis Tausende brotlos zu sehen, weil sie dann unfähig seien, in einer anderen Beschäftigung ihren Lohn zu suchen. Gerade als Mittel zur Bekämpfung des Uebelstandes seien die professionellen Schulen, mit deren Einrichtnng man jetzt allenthalben umgeht, so sehr empfehlenswerth. Schließlich beantragte der Redner, den Ertrag dieser Conferenz, welcher, wie gesagt, eigentlich für eine Volksbibliothek bestimmt war, den Arbeitern von Lyon zu Gute kommen zu lassen. — Der „Phare de la Loire" erzählt von einem Entweichungsversuch mehrerer Deportirten von Noumea; er fügt hinzu, daß die 40 Flüchtlinge, nachdem man ihrer wieder habhaft geworden, 40 Peitschenhiebe erhalten haben. Diese Nachricht hat unter den Deputirten der Linken einige Aufregung hervorgerufen und am Donnerstag soll, wie es heißt, eine Anfrage an den Minister gerichtet werden. Es geht auch das Gerücht von einer anderen Interpellation; mehrere Deputirte wollen beim Duc Decazes anfragen, ob er den Geschäftsträger in Konstantinopel, de Mouhy, wegen verspäteter Absendung der famosen Depesche vom 5. Februar zurechtgewiesen habe. Vermuthlich wird jedoch diese Anfrage unterbleiben. — Die Börse war heute einmal wieder flau auf allerlei beunruhigende Gerüchte hin, von denen kein einziges stichhaltig zu sein scheint. Am Wunderlichsten klingen die Besorgnisse, welche man unter den hiesigen Finanzpolitikern in Betreff der deutschen Politik in der orientalischen Angelegenheit, sowie der Pläne des Fürsten Bismarck hört. Die Leute behaupten steif und fest, daß der Deutsche Kanzler Uebles im Schilde führe. Worauf sie diese Vermuthung gründen, wissen sie freilich selbst nicht zu sagen. Auch die Gerüchte von dem Tode des Papstes und dem sofortigen Rücktritt des Duc Decazes wurden wieder in Umlauf gesetzt. Der „Temps" glaubt zu wissen, daß Lord Lyons dem Duc Decazes einen Vorschlag Lord Derby's unterbreitet habe, mit dessen Hilfe man Rußland in den Stand setzen würde, ohne Demüthigung das Schwert wieder in die Scheide zu stecken. Der Duc Decazes habe sich indeß einstweilen zu nichts verpflichten wollen. Welcher Art dieser Vorschlag, unterläßt der „Temps" uns mitzutheilen. — Eine größere Zahl der französischen Bischöfe rüstet sich für die nächste Zeit zu einer Fahrt nach Rom. — Der gestrige Fastnachtssonntag bot nichts Merkwürdiges. Die Straßen waren recht belebt, aber man sah sehr wenig Masken. Das Wetter hielt sich leidlich; heute ist es wieder sehr schlecht geworden.

⊙ **Paris**, 13. Febr. [Zur Begnadigungsfrage. — Parlamentarisches. — Die Polemik gegen den Duc Decazes. — Die Kaiserin Eugenie in Marseille. — Aus der Akademie. — Zur Presse. — Die Bibliothek Jules Janins. — Die Gemälde-Sammlung des Herzogs von Aumale.] Wie gemeldet, geht die äußerste Linke mit dem Gedanken um, eine Interpellation oder vielmehr eine Frage über die Behandlung der Deportirten in Neu-Caledonien an die Regierung zu richten. Es scheint, daß sie bei dieser Gelegenheit einen abermaligen Versuch machen will, den Conseilpräsidenten zur Anwendung von Gnadenmaßregeln in größerem Maßstabe zu vermögen. Auch dies sollte auf dem Wege der Interpellation geschehen, aber die gemäßigte Linke und namentlich das linke Centrum haben sich widersetzt, und so will man nun eine neue Deputation an Jules Simon schicken, um zweierlei von ihm zu verlangen: so daß die im Justizministerium bestehende ganz außerparlamentarische Gnaden-Commission durch Aufnahme einer Anzahl von Senatoren und Deputirten erweitert werde; so daß sich die Gnadenmaßregeln auch auf die in contumaciam verurtheilten Theilnehmer des Aufstands von 1871 erstrecken. Auf den letzteren Punkt hält die republikanische Union, wie man sieht, sehr, sie bringt ihn nun schon zum dritten Mal zur Sprache, wird aber auch wohl diesmal eine Abweisung erfahren, da nicht nur Jules Simon und seine Collegen sich mit juridischen Gründen gegen die Begnadigung der Contumacial-Verurtheilten erheben, sondern auch die beiden genannten, gemäßigteren Fractionen eine solche Forderung nicht unterstützen wollen. Gegen den ersten Punkt, die Zulassung der Senatoren und Deputirten in die Gnaden-Commission, dürfte der Conseilpräsident weniger einzuwenden haben; er wird aber auf alle Fälle verlangen, daß man ihm Bedenkzeit gewähre und eine öffentliche Debatte in der Kammer vermeide, da diese nur zur Folge haben würde, die Mehrheit des Senats gegen die Wünsche der Kammer aufzubringen. In Summa wird also wohl Alles beim Alten bleiben, wie denn die ganze parlamentarische Situation eine sehr monotone ist. Die Kammer dreht sich immer in demselben engen Kreise, und dieselben Zwischenfälle wiederholen sich immer von Neuem. Der Sieg Gambetta's bei der Wahl der Budget-Commission hat dieser Monotonie kein Ende gemacht, und der Gegensatz zwischen der gemäßigt republikanischen und der vorgeschrittenen Partei tritt bei jedem Anlaß zu Tage; er ist es, der die Kammer verhindert, ihre Tagesordnung ruhig zu erledigen. So bildet auch der Raspail'sche Antrag, betreffend die Priesterehe, wieder einen Gegenstand des Zwistes innerhalb der Mehrheit; die republikanische Union nimmt ihn an, die Linke und das linke Centrum verwerfen ihn; sie wollen eben so wenig von der Marseiller Petition wissen, welche die Anwendung der Gesetze gegen die Jesuiten verlangt, und von einem anderen Project, wodurch man die Klöster und religiösen Genossenschaften verhindern will, den Arbeitern durch Anfertigung allzu wohlfeiler Waaren eine erdrückende Concurrenz zu machen. — Die Polemik gegen den Duc Decazes dauert in den Blättern fort; die Vertheidiger dieses Ministers thue ihm doch ungeschickter Eifer beinahe noch mehr Schaden als die Gegner. Man erzählt, daß der Herzog bereits seine Entlassung gegeben habe, daß er aber durch Jules Simon bewogen worden sei, sie zurückzuziehen. Die Nachricht wird von gutunterrichteter Seite geleugnet; es ist also ebenfalls verfrüht, wenn man versichert, daß der Duc Decazes einen der bedeutendsten Botschafterposten erhalten werde. — Die Kaiserin Eugenie soll sich am letzten Freitag mit ihrem Sohne in Marseille aufgehalten und mehrere angesehene Bonapartisten empfangen haben. Die Polizei wäre von ihrem Besuche erst unterrichtet worden, nachdem sie bereits nach der Schweiz abgereist war. Auch wahrscheinlich eine Ente. — Die Akademie der Wissenschaften hatte gestern an Stelle des verstorbenen Geologen Neumann in Leipzig ein neues correspondirendes Mitglied für die mineralogische Abtheilung zu wählen. Die Wahl fiel vermuthlich zur Befriedigung Leverrier's aus, der kürzlich in der Ernennung eines deutschen Correspondenten „eine Schmach für die Akademie" sehen wollte. Der neue Correspondent ist Lory, Professor der Mineralogie in Grenoble. Sein Nebenbuhler war Cailletet. — Die auf 6 Momate verschwindenden „Droit de l'homme" werden durch ein anderes intransigentes Blatt, den „Radical", ersetzt werden. Von den Redacteuren des ersteren Journals treten der bekannte Yves Guyot und Sig. Jarwik in den „Radical" über. Dieser letztere ist übrigens nicht ein ganz neues Organ; er hat schon vor einiger Zeit ein kurzes, unglückliches Dasein geführt. Nebenbei sei bemerkt, daß auf der Polizeipräfectur seit dem 1. Februar 41 Gesuche behufs Erlaubniß zur Gründung neuer Journale eingelaufen sind. — Heute kommt im Versteigerungshotel der Rue Dront Jules Janin's Nachlaß unter den Hammer. Besonders die Versteigerung der sehr werthvollen und interessanten Bibliothek, die übermorgen beginnt, wird viele Liebhaber anziehen. — Der Duc d' Aumale beabsichtigt, im nächsten Monat in seinem Palais im Faubourg Saint-Honoré seine kostbare Gemälde-Gallerie auszustellen. Sie umfaßt nahe an 4000 Nummern und wird auf 5 Millionen geschätzt. Rembrandt zumal ist darin durch mehrere vorzügliche Bilder vertreten. Das Prachtstück der Sammlung ist seine Auferstehung des Lazarus, für welche der Czar vor mehreren Jahren 700,000 Fr. geboten hatte.

Großbritannien.

London, 12. Febr. [Das Sparkassenwesen.] In einem Vortrag zur Belehrung des Arbeiterstandes machte Professor Leone Levi am Sonnabend recht interessante Mittheilungen über das Sparkassenwesen in England. Die alten Sparkassen wurden 1817 gegründet, und im ersten Jahre betrugen die Einzahlungen 231,000 Pfd. St. 1831 waren sie schon auf 15,000,000 Pfd. St., 1861 auf 42,000,000 Pf. St. gestiegen Im Jahre 1860 begründete Gladstone die Postsparkassen, welche einen geringen Procentsatz gewährten. In diesen Kassen betragen die Einzahlungen schon 25,000,000 Pfd. St. Das Sparkassenwesen hat in England noch immer den Fehler, daß es ganz kleine Beträge nicht annimmt und auch andererseits die Ansammlung hindert. Eine Einzahlung von weniger als einem Shilling auf einmal wird zurückgewiesen, und im Laufe eines Jahres darf Niemand mehr als 30 Pfd. St. einzahlen. Diesem Mangel sollen die Pennybanken abhelfen, zu deren Verbreitung sich ein wohlthätiger Verein unter Vorsitz des Parlamentsmitgliedes Stanhope gebildet hat. Der Verein hat zur Zeit zehn Einzahlungsstellen, welche Abends, nach der Arbeitszeit, geöffnet sind und Beträge bis zu einem Penny abwärts annehmen Es sind in diesen Banken bis jetzt gegen 30,000 Pfd. St. eingezahlt. Abgesehen hiervon stellt sich die Benutzung der Sparkassen immer noch in England am höchsten, nämlich 46,70 M. auf den Kopf, in Schottland 30,60, in Irland 11, in Frankreich 9,80, in Holland 5, in Oesterreich 36, in Deutschland 37,40 in der Schweiz 21, in Italien 16,50 M. Die Verhältnißzahl der Einzahler ist indessen anderwärts höher. In Großbritannien kommen 9426 Einzahler auf 100,000 der Bevölkerung, in der Schweiz 20,000 in Frankreich allerdings nur 5000.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 15. Februar. [Tagesbericht.]

H. [Stadtverordneten-Versammlung.] Die heutige Sitzung wurde von dem Vorsitzenden, Dr. Lewald, mit verschiedenen Mittheilungen eröffnet.

Maurermeister Kochmann und Zimmermeister Schmeltzer ersuchen um Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen dem Magistrat und ihnen, als Besitzer des Grundstücks Reuschestraße Nr. 15 und Neue Weltgasse Nr. 1, wegen Abtretung vor diesem Grundstück belegenen Terrains. — Der Vorsitzende schlägt vor, dem Magistrat die Petition zu überweisen, mit dem Ersuchen, um Auskunft über die Sachlage.

Der Kirchenvorstand von St. Michael überreicht eine seitens des Kirchen-Vorstandes und der Gemeinde-Vertretung der Kirchen-Gemeinde von St. Michael dem Magistrat eingereichten Petition um Befestigung des vom Lehmdamm aus gegenüber der Monhauptstraße nach der Kirche und dem Pfarrhause von St. Michael führenden Weges in einer nachhaltigen Weise, mit der Bitte, die Petenten in der Förderung ihres Anliegens zu unterstützen. — Der Vorsitzende schlägt vor, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob und in wie weit den Wünschen der Petenten Rechnung getragen werden wird.

Auf der Tagesordnung standen zunächst eine Anzahl älterer Vorlagen, welche die Prüfung von Rechnungen und Wahlen zu städtischen Ehrenämtern betrafen. Die Versammlung wählte unter Anderen die Stadtverordneten Flatau, Kopisch, Schweitzer und Storch zur Prüfung der Jahresrechnung der städtischen Bank pro 1876, den Stadtv. Director Dr. Fiedler zum Mitgliede für den Kreisvorstand der evangelischen und katholischen Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse, die Stadtv. Schweitzer und Riemann

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

zu Curatoren der Sparkasse, die Stadtv. Riemann, Landsberg, Eichborn und Bek zu Revisoren, die Stadtv. Zeisig, Wienanz, Heimann und Philipp zu Revisor-Stellvertretern der Stadt-Hauptkasse.

Von den neuen Vorlagen der Tagesordnung haben wir in unserem Vorberichte in Nr. 74 d. Ztg. die bemerkenswerthesten, zum Theil mit den Motiven, mitgetheilt.

Von denselben ruft nur der Antrag des Magistrats, betreffend den Erlaß einer Polizeiverordnung, welche das Entnehmen von Wasser aus den öffentlichen Druck- und Laufständern &c. untersagt (Nr. 1 des Vorberichts) eine längere Discussion hervor. Ueber denselben referirt Stadtverordneter Ehrlich, indem er den von der Commission empfohlenen Zusatz begründet und zur Annahme empfiehlt.

Der Vorsitzende theilt zunächst ein von dem Fabrikbesitzer Reimann eingegangenes Schreiben mit, in welchem derselbe ausführt, daß der Antrag eine empfindliche Benachtheiligung der Bewohner der Vorstädte involvire, welche ohnehin der communalen Wohlthaten weniger als die Bewohner der inneren Stadt sich erfreuen.

Stadtv. Paul erachtet die in Rede stehende Verordnung für vollständig gerechtfertigt. Auch

Stadtv. Simon spricht für dieselbe, indem er die von dem &c. Reimann behauptete Benachtheiligung der Bewohner der Vorstädte nicht anerkennen kann. Die Entnahme des Wassers aus den öffentlichen Ständern sei eine erhebliche Ungerechtigkeit gegen Diejenigen, welche die Wasserleitung bereits in ihre Häuser eingeführt haben und müsse den weiteren Anschluß von Grundstücken verzögern.

Stadtv. Tietze beantragt, daß den Bewohnern der Vorstädte, wo Wasserleitungsröhren z. Z. noch nicht vorhanden sind, die Entnahme des Wassers gegen eine Erlaubnißkarte gestattet sein soll.

Stadtrath Schierer bemerkt, die Verwaltung gehe davon aus, daß die öffentlichen Laufständer nur für die kleinen Consumenten vorhanden seien, größere Consumenten eine Erlaubnißkarte zur Wasserentnahme aber nur gegen Zahlung erhalten können. Der Mißbrauch, daß selbst Bewohner von Ortschaften, die nicht zur Stadt gehören, Wasser in großen Massen aus den öffentlichen Laufständern holen, mache die qu. Verordnung nothwendig.

Stadtv. Philipp empfiehlt die unveränderte Annahme der Magistratsvorlage.

Stadtv. Neugebauer erklärt sich gegen den Antrag des Magistrats, auch mit dem Amendement der Commission.

Stadtv. Zeisig wendet sich gegen den den Brauereibesitzern gemachten Vorwurf, als mißbrauchten diese die Gelegenheit, Wasser aus den öffentlichen Brunnen zu entnehmen.

Stadtv. Dr. Asch: Das Wasserhebewerk stehe gegenwärtig zu den Bewohnern der Stadt in dem Verhältniß eines Producenten zu dem der Consumenten und jeder Consument müsse das, was er entnehme, bezahlen. Ob dieses Verhältniß auf die Dauer haltbar sei, erscheine zweifelhaft. Eine Abhilfe der daraus hervorgehenden Uebelstände sei vielleicht möglich, wenn der Gesammtverbrauch des Wassers auf die Gesammtgrundbesitzer vertheilt werde, vorausgesetzt, daß das Rohrnetz, sobald die Verhältnisse dies gestatten, so weit ausgedehnt wird, als der Grundbesitz der Stadt reicht. Nach Vollendung der Canalisation und der damit verbundenen obligatorischen Einführung der Closets werde eine bessere Tarifirung des Wassers möglich sein. Der gegenwärtige Antrag, der uns ein Provisorium schaffe, empfehle sich, wenn ihm die Worte hinzugefügt werden, „für welche Erlaubnißkarte ein Pauschquantum zu zahlen ist."

Stadtrath Schierer stimmt den Ausführungen des Vorredners zu und macht darauf aufmerksam, daß in Breslau ⅓ bis ¼ des gesammten Wassers öffentlichen Zwecken geopfert werde.

Stadtv. Dr. Honigmann beantragt, den Magistrat um die baldige Vorlage einer entsprechenden Tarifbestimmung zur Regelung des Preises für derartige Wasserentnahme gegen Erlaubnißschein zu ersuchen.

Stadtv. Paul beantragt zu dem Commissions-Amendement noch den ferneren Zusatz, daß mit dem in der in Rede stehenden Weise entnommenen Wasser kein Handel getrieben, sondern daß dasselbe zum Selbstgebrauch verwendet werde.

Stadtv. Steuer stimmt für die Magistratsvorlage und constatirt, daß er, indem es sich dabei um Wasserentnahme für industrielle Zwecke handelt, noch heut auf demselben Standpunkt stehe, wie früher, und daß er auch jetzt noch der Ansicht sei, daß die Stadt den Einwohnern zu Zwecken der Salubrität und Reinlichkeit das Wasser gratis zu liefern habe.

Stadtrath Schierer erklärt sich mit dem Antrag Asch einverstanden, bittet dagegen den Antrag Paul abzulehnen.

Stadtv. Simon hält die Annahme des Antrags Honigmann für inopportun, da eine Tariffestsetzung im vorliegenden Falle nicht gut thunlich sei.

Oberbürgermeister v. Forckenbeck glaubt, daß ein Tarif, wie ihn Dr. Honigmann wünscht, kein Bedürfniß sei. Durch die Verordnung werde nur ein vorübergehender Zustand geschaffen. Ueber die übrigen angeregten Fragen wolle er bei dieser Gelegenheit nicht discutiren, diese werde sich finden bei der Berathung des Magistrats-Antrages, betreffend die Erhöhung des Wassergeldes, der übrigens vielleicht noch eine Modification erfahren werde. Berlin gegenüber sei das Wasser in Breslau noch außerordentlich billig, dort werde per Cubikmeter 45 Pf. bezahlt. Die Verwaltung müsse darauf halten, daß für Fabrik-Unternehmungen &c. das Wasser nicht aus den öffentlichen Laufständern entnommen werde, wenn sie nicht gegen die übrigen Steuerzahler einer Ungerechtigkeit sich schuldig machen wolle. — Nachdem Stadtv. Paul nochmals für seinen Antrag gesprochen, wird der Schluß der Debatte beantragt und angenommen. Nach einer kurzen Bemerkung des Referenten beschließt die Versammlung, daß der Erlaß der vom Magistrat beantragten Polizei-Verordnung herbeigeführt werde und daß die Entnahme von Wasser aus den öffentlichen Laufständern der städtischen Wasserwerke und der öffentlichen Brunnen auch in Schläuchen, Tonnen, Fässern &c. mit einer gegen Zahlung einer Pauschalsumme zu lösenden Erlaubnißkarte der Wasserwerks-Verwaltung gestattet sein soll.

Schluß der Sitzung vor 6 Uhr.

** [Amtliches.] Der Oekonomie-Director Herr Friedrich zu Buchelsdorf, Kreis Namslau, ist zum Commissar für die Verwaltung der kirchlichen Vermögens-Angelegenheiten der kath. Filial-Gemeinde Belmsdorf ernannt worden.

[Rinderpest.] In Bezug auf den Wirthschaftshof der Zucker-Fabrik „Concordia" bei Brieg ist die Rinderpest für erloschen erklärt worden.

Die in Betreff des Gasthofes „zum goldenen Adler" in Ohlau angeordneten Maßregeln sind außer Kraft gesetzt worden.

Der Schlachtviehmarkt zu Breslau wird, unter gewissen Einschränkungen, dem öffentlichen Verkehr wieder übergeben.

Endlich ist das Gehöft des Bauergutsbesitzers Utz, sowie das Gehöft des Fleischers Neumann zu Leuthen, Kreis Neumarkt, für seuchenfrei erklärt worden.

[Der Unterricht] am Königl. pomologischen Institute zu Proskau beginnt für das Sommer-Semester Anfang April.

* [Personalien.] Uebertragen: Dem Pastor Scheibert in Lampersdorf, Kreis Frankenstein, die Local-Inspection über die evangelischen Schulen in Lampersdorf und Raschdorf, Kreis Frankenstein. Ertheilt: Dem Waisenhaus-Director Kranz in Wüstegiersdorf, Kreis Waldenburg, die Concession zur Leitung der von den Herren Reichenheim und Sohn daselbst für die Kinder ihrer Arbeiter zu begründenden Privat-Elementarschule. Bestätigt die Vocationen für den Lehrer Blech zum Lehrer an der evangelischen Schule in Nieder-Zirlau, Kreis Schweidnitz; für den Lehrer Anders zum Lehrer an der evangelischen Schule in Kreisau, Kreis Schweidnitz; für den Lehrer Orszulok zum Organisten und ersten Lehrer an der katholischen Schule in Bralin, Kreis Polnisch-Wartenberg; für den Lehrer Ciossek zum Organisten, Küster und ersten Lehrer an der katholischen Schule in Reichthal, Kreis Namslau. — Widerruflich bestätigt die Vocationen: für den bisherigen Hilfslehrer Kabiersch zum Lehrer an der evangelischen Schule in Friedrichsgrund, Kreis Reichenbach; für den Schulamts-Candidaten Niepel zum dritten Lehrer an der evangelischen Stadtschule in Raudten.

Ernannt: 1) Der Gerichts-Assessor Ferdinand Freiherr v. Nordenflycht zu Breslau zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Namslau. 2) Die Referendarien Georg Laue, Hugo May, Hugo Weber, Richard Lerche, Dr. jur. Siegmund Lewinski, Bernhard Nadbyl, Theophil Runke, Hermann Lindemann und Dr. Eugen Schlief zu Breslau zu Gerichts-Assessoren. 3) Die Rechts-Candidaten Kurt Balan, Carl v. Schlebrügge, Walter Scharnweber und Bernhard Vogt zu Breslau, Franz v. Kobylecki zu Wohlau und Richard Kallmann aus Schwiebus zu Referendarien. 4) Der Appellationsgerichts-Bureau-Diätarius Hermann Zimmer zu Breslau zum Bureau-Assistenten und der Civilsupernumerarius Max Rieger zu Habelschwerdt zum Bureaudiätarius bei dem Appellationsgericht zu Breslau. 5) Der Civilsupernumerarius Otto Schmerder zu Schweidnitz zum Bureaudiätarius bei dem Kreisgerichte zu Schweidnitz, mit der Function bei der Gerichtscommission zu Zobten. 6) Der Bote und Executor Ernst Hein zu Trachenberg zum Gefangenenwärter bei dem Kreisgerichte zu Militsch, mit der Function bei der Gerichts-Deputation zu Trachenberg. 7) Der Hilfsbote und Hilfs-Executor Cäsar Kiersch zu Ohlau zum Boten und Executor bei dem Kreisgerichte zu Militsch, mit der Function bei der Gerichts-Deputation zu Trachenberg. 8) Der Sergeant Julius Schedler zu Glatz zum Hilfsboten und Hilfsexecutor bei dem Kreisgerichte zu Ohlau. — Versetzt: 1) Der Appellationsgerichts-Rath Blümel zu Breslau als Rath an das Kammergericht. 2) Der Rechtsanwalt und Notar Bätke zu Glatz vom 1. März 1877 ab an das Stadtgericht zu Breslau. 3) Die Gerichts-Assessoren Georg Laue und Hugo Weber zu Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Beuthen O.-S. 4) Der Gerichtsassessor Bernhard Nadbyl zu Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Falkenberg O.-S. 5) Der Secretär u. Depositalrend. Berger zu Reichenbach als Secretär, Gerichtskassen-Controleur und Sportelrevisor an das Kreisgericht zu Ohlau. 6) Der Deposital- und Gerichtskassen-Rendant Müller zu Strehlen als Secretär an das Kreisgericht zu Trebnitz. 7) Der Bureaudiätarius Emil Dilla zu Wohlau an die Gerichtscommission zu Winzig. 8) Der Bureaudiätarius Richard Gorella zu Winzig an das Kreisgericht zu Wohlau. Ausgeschieden: Der Bureaudiätarius Hermann Glatzer zu Zobten. Ausgeschieden auf eigenen Antrag: Der Bureau-Assistent Wilhelm Schimann zu Ohlau. Pensionirt: 1) Der Secretär, Canzlei-Rath Maske zu Trebnitz vom 1. April 1877 ab. 2) Der Secretär, Canzlei-Rath Bayer zu Reichenbach vom 1. Mai 1877 ab. 3) Der Bote und Executor August Scholz zu Bolkenhain vom 1. Mai 1877 ab.

Uebertragen: Dem Criminal-Polizei-Commissarius Bulla, unter Entbindung von seiner bisherigen Function, die Verwaltung des vierten Polizei-Reviers. — Ernannt: Der Secretär zweiter Klasse Hartung zum Criminal-Polizei-Commissarius. — Befördert: Der Schutzmann Sandfuchs zum Secretär zweiter Klasse. — Angestellt: 1) Der ehemalige Sergeant Wilhelm Löke, 2) der invalide Sergeant Wilhelm Riemann, 3) der invalide Sergeant August Steigemann, 4) der frühere Grenzaufseher Friedrich August Nerlich, 5) der invalide Vice-Feldwebel August Adler und 6) der invalide Sergeant Carl Richter als Schutzmänner.

Ernannt: 1) Die Bureau-Assistenten Baasch in Breslau zum Materialien-Verwalter zweiter Klasse, Dziadeck I. in Breslau zum Güter-Expedienten. 2) Die Stations-Assistenten Seidel in Breslau und Fabiunke in Camenz zu Stations-Vorstehern zweiter Klasse. 3) Der Telegraphist Blaskoda in Breslau zum Stations-Assistenten. 4) Der Schaffner Wichmann in Brieg zum Telegraphisten. 5) Der examinirte Heizer Scholz in Breslau zum Locomotivführer. — Versetzt: 1) Der Zeichner Schmidt von Frankenstein nach Breslau. 2) Die Stations-Aufseher Wolff von Driebitz als commissarischer Stations-Vorsteher zweiter Klasse nach Gellendorf, Bergmann von Schebitz nach Driebitz. 3) Die Stations-Assistenten Zucker von Lissa als commissarischer Stations-Aufseher nach Schebitz, Welz von Löwen nach Dambrau. 4) Die Telegraphisten Huth von Löwen nach Breslau, Anders von Lissa nach Schebitz, Karschunke von Camenz als commissarischer Stations-Assistent nach Ober-Glogau, Seidel von Brieg als commissarischer Stations-Assistent nach Löwen. 5) Die Bodenmeister Lössin von Breslau nach Oppeln, Koschmieder von Oppeln nach Breslau. 6) Die Zugführer Lieske und Ritter; 7) die Packmeister Gniese und Wegehaupt von Breslau nach Frankenstein. — Pensionirt: Der Stations-Vorsteher zweiter Klasse Zimpel in Gellendorf.

r. [Vermächtnisse.] Nach letztwilliger Verfügung sind der hiesigen Bürgerversorgungs-Anstalt nachstehende Legate zugefallen: Durch den am 7. Decbr. 1876 verstorbenen Particulier Herrn Friedr. Wilh. Buckisch 3000 Mark, durch den am 25. Januar d. J. verstorbenen Herrn Geh. Commercien-Rath Joh. Ferd. Kraker 6000 Mark, sowie der Bürger-Rettungs-Anstalt 3000 Mark.

.•. [Sterblichkeits-Verhältnisse.] Nach den neuesten Veröffentlichungen des Kaiserl. Deutschen Gesundheits-Amtes sind in der fünften Woche d. J. (vom 28. Januar bis 3. Febr.) in den zum Bericht genommenen deutschen Städten (die eine Bevölkerung von 6,350,372 repräsentiren) 3317 gestorben, d. h. 27,1 auf je 1000 Bewohner und auf 1 Jahr. Es ist somit die Sterblichkeit-Verhältnißzahl seit der vorhergehenden Woche gestiegen von 25,8 auf 27,1, nachdem sie seit der letzten December-Woche von 27,8 stetig bis auf die erstgenannte Zahl gesunken war. Diese Zunahme der allgemeinen Sterblichkeit trifft namentlich die Städtegruppen des Oder- und Warthegebietes und des süddeutschen Hochlandes, während in der Niederrheinischen und der Oberrheinischen Gruppe im Gegentheile eine Abnahme der Sterblichkeit stattgefunden hat. — In dem Oder- und Warthegebiet sind am meisten gestorben in Liegnitz, nämlich auf je 1000 Einwohner und pro Jahr berechnet 47,8, dann in Bromberg 47,4 dann Brieg 44,1 und dann Königshütte mit 43,9 auf je 1000 Einwohner und pro Jahr. Es folgt ferner: Landsberg a. W. mit 37,7, Gr.-Glogau 37,1, Beuthen O.S. 35,8, Posen 31,8 und jetzt erst Breslau mit 31,2, Neisse 28,6, Schweidnitz 27,8, und endlich Ratibor, wo am wenigsten gestorben sind, nämlich nur 17,9 auf je 1000 Einwohner und pro Jahr. Wir sehen also, daß Breslau in dieser Woche in Bezug auf die Größe der Sterblichkeit erst in 9. Reihe steht. Ganz mit Breslau die gleiche Sterblichkeit hat Görlitz (nämlich ebenfalls 31,2). Berlin hat bedeutend weniger, nämlich nur 24,9 und Dresden gar nur 20,3 Gestorbene auf je 1000 Einwohner. München hat 36,0, Nürnberg 35,2 und Augsburg 39,7, und Heilbronn gar 44,1 Gestorbene auf je 1000 Einwohner. Die meiste Sterblichkeit war in der Stadt Hanau (Oberrheinische Niederung), dort starben gar 54,2 auf je 1000 Einwohner pro Jahr. — Im Auslande war die Sterblichkeit geringer als in Breslau in folgenden großen Städten: Wien mit 29,6, Amsterdam mit 24,3, Paris 29,8, London gar nur 22,6, Glasgow 25,6, Birmingham 19,4, Manchester 30,9, Warschau 12,8, Newyork 23,1. Sämmtliche hier genannte Städte haben eine größere Einwohnerzahl als Breslau. — Die größte Sterblichkeit in dieser Woche hatte im Auslande: Prag mit 51,8 auf je 1000 der Einwohner, dann Budapest mit 46,0. Die geringste Sterblichkeit hatte Warschau mit 12,8, dann San Francisco mit 18,3 und Haag mit 18,5 auf je 1000 Einwohner pro Jahr. — Das erste kindliche Lebensjahr war unter den sämmtlichen Gestorbenen genau so wie in der Vorwoche mit 34 pCt. vertreten; es beruhte mithin die Zunahme der Gesammt-Sterblichkeit nicht auf einem größeren Vorherrschen tödtlicher Kinderkrankheiten. Auch die Alterklasse über 60 Jahre nahm im Ganzen keinen wesentlich stärkeren Antheil an der Gesammt-Sterblichkeit als in der Vorwoche. Nur in der Ostseeküsten-Gegend starben verhältnißmäßig viele dieser Altersklasse, nämlich 20 pCt. der sämmtlichen Gestorbenen.

* [Vom Stadt-Theater.] Die Novität, mit welcher die umsichtige Stadttheater-Direction das nächste Sonntags-Repertoire ausstatten will, betitelt sich: „Die Ehestandsinvaliden" von Dumanoir und Lafarque und hat seine Feuerprobe in Wien, Dresden, Hamburg, Berlin (Stadttheater), München und an anderen größeren Bühnen mit großem Glück bestanden. — Herr Pander ist von seiner Gastspielreise retournirt und wird am Sonntag zum ersten Male wieder auftreten. — Herr Director Rosenthal hat sich nach Wien begeben, um den berühmten Bonvivant des Laube'schen Stadttheaters, Herrn Tewell, zu veranlassen, den mit ihm für Berlin abgeschlossenen Gastspielvertrag auf Breslau zu übertragen und wird es hiervon abhängen, ob das Berliner Ensemble sein Gastspiel noch bis in den März hinein fortsetzt oder nicht.

* [Im Thalia-Theater] beginnt heute Freitag, den 16. Februar c., Fräulein Elsa Chorherr vom Kaiserlichen Hof-Theater zu St. Petersburg ihr Gastspiel. Da die Dame von ihren früheren Gastspielen am hiesigen Lobe-Theater noch in bestem Andenken steht, so ist es vorauszusehen, daß diese Gastspiel-Aquisition des Herrn Director Oscar Will eine sehr günstige ist. Fräulein Elsa Chorherr wird als Frau Grillhofer in „Luftschlösser", „Goldweibchen", „Bräutigam in der Feuerprobe", „Zillerthaler", „Leichte Person" und „Theatralischen Unsinn" auftreten.

※ [Musikaufführung im königlichen St. Matthias-Gymnasium.] Gestern Nachmittag 5 Uhr wurde vom Sängerchor der Anstalt das Oratorium „Athalia" von Mendelssohn unter der bewährten Leitung des Herrn Musikdirectors Bröer mit gewohnter Präcision aufgeführt. Der Regierungs-Vice-Präsident Herr Junker von Ober-Conraid und Frau Gemahlin wohnten der Aufführung bei.

= [Pulvertransport.] Heute Vormittags in der neunten Stunde passirte ein aus zwei vierspännigen Wagen bestehender Pulvertransport unter den gebotenen Vorsichtsmaßregeln die hiesige Stadt. Der Transport geschah von der Viehweide aus über die Berliner Straße und am Stadtgraben entlang nach der Vorwerksstraße bis zur Ohlauer-Chaussee und wurde von einem Polizeirevier bis zum anderen durch Schutzmänner geleitet. Das Pulver wird nach der Festung Neisse übergeführt.

μ [Feuersgefahr.] In dem Hause Kirchstraße 12 und 12a fand gestern Abend in der zwölften Stunde ein Schornsteinbrand statt, der indessen bald vorüberging. — Heute Vormittag entstand in dem Hause Adolfstraße 12 dadurch Feuersgefahr, daß der in einem Parterrelocal zum Theeren der Wände gekochte Theer durch Unvorsichtigkeit der damit beschäftigten Arbeiter überlief, in Brand gerieth und die Flammen auch einen Kleiderschrank ergriffen. Bei Eintreffen der Hauptfeuerwache hatte aber schon die Oderthorfeuerwache das Feuer gelöscht und lag eine weitere Gefahr nicht mehr vor.

+ [Unglücksfall.] In dem Dorfe Sacherwitz, Kreis Breslau, rieb gestern die daselbst wohnhafte Schaffersfrau Funk ihrer 9 Jahre alten Tochter Bertha den Kopf mit Spiritus ein, da das erwähnte Mädchen an heftigen Zahnschmerzen litt, und der Mutter diese Procedur als Heilmittel angerathen war. In der Nacht jedoch verschlimmerte sich der Zustand der Kranken, und auf das fortwährende Wehklagen derselben kam die 11 Jahre alte Schwester Ida mit einem Lichte herbei, um der Jammernden Trost zuzusprechen. Leider gerieth die zuletzt Genannte mit dem Talglicht zu nahe an den mit Spiritus eingeriebenen Kopf der Schwester, dessen Haare Feuer fingen und im Momente in hellen Flammen standen. Obgleich die Mutter der beiden Mädchen zur Hilfe herbeisprang und mit ihren Händen die Flammen zu ersticken suchte, so blieben die Bemühungen ohne Erfolg, denn die Haare wurden vollständig vom Feuer vernichtet. Das bedauernswerthe Mädchen hat sehr erhebliche Brandwunden am Kopfe und der Stirn erlitten, während die Mutter sich sehr stark beide Hände verbrannt hat. Beide Verunglückte haben in der hiesigen Diakonissen-Anstalt Bethanien liebreiche Aufnahme und ärztliche Verpflegung gefunden.

· [Todesfall.] Auf einem Neubau der Adalbertstraße verunglückte am 18. vorigen Monats der daselbst beschäftigte 38 Jahre alte Zimmergeselle Georg Weickert dadurch, daß er von der hohen Rüstung herabstürzte, wobei er sich mehrere lebensgefährliche Verletzungen zuzog. Der Verunglückte ist gestern in einer hiesigen Krankenanstalt an den Folgen dieses Sturzes unter unsäglichen Leiden verschieden.

+ [Ein erschossener Knabe.] Das in der Nähe von Breslau belegene Dorf Klein-Mochbern ist wegen der daselbst ausgebrochenen Rinderpest durch ein Militärdetachement abgesperrt worden, in Folge dessen Niemand die abgesteckte Grenzlinie passiren darf. Gestern Nachmittag versuchte ein städtisch gekleideter 9 bis 10 Jahre alter Knabe in Begleitung eines Hundes die dortige Postenkette zu durchschreiten. Der daselbst aufgestellte Schutzposten gab auf den erwähnten Hund Feuer, doch kam leider dabei der Knabe, der vorher nicht bemerkt worden war, in die Schußlinie, bei welcher Gelegenheit er durch die abgeschossene Kugel so unglücklich getroffen wurde, daß er nach Verlauf von einigen Stunden seinen Geist aufgab. Die unbekannten Eltern resp. Angehörigen des erschossenen Knaben werden aufgefordert, sich beim hiesigen Polizei-Präsidium zu melden.

+ [Polizeiliches.] Einem Kaufmann aus Oels wurde bei seiner am 13. d. Mts. erfolgten Anwesenheit am hiesigen Orte die Summe von 2000 Mark gestohlen, welche er in 4 Stück Fünfhundertmarkscheinen bei sich führte. Für Wiederbeschaffung des Geldes ist eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt. — Beim Einsteigen in den Wagen vor dem Hause Augustaplatz Nr. 4 ist einer Gräfin ein Diamantstein mit Silbereinfassung im Werthe von 450 Mark abhanden gekommen. — Einem Zimmergesellen wurde vorgestern Abend auf der Hundsfelder Chaussee ein grauer Handkoffer gestohlen, in welchem eine Menge Wäschestücke und mehrere auf den Namen Friedrich Mücke lautenden Militärpapiere enthalten waren. — In einem Tanzlocale der Bohrauerstraße wurde einem dort anwesenden Sattlergesellen ein blauer Flocconé-Ueberzieher im Werthe von 40 Mark entwendet, in dessen Taschen sich auch noch ein Hausschlüssel und ein Paar Handschuhe befanden. — In der verflossenen Nacht versuchten Diebe in das Comptoir eines Kaufmanns auf der Ohlauerstraße einzudringen, zu welchem Behufe die Verbrecher bereits mehrere eiserne Gitterstäbe von dem Comptoirfenster im Hausflur beseitigt hatten. Die Thäter sind allem Vermuthen nach bei ihrem sträflichen Vorhaben gestört worden. — Verhaftet wurden vier Arbeiter wegen Schlafstellendiebereien und ein Stellenbesitzer, welcher in einer Restauration auf der Bohrauerstraße einen Knaben-Paletot im Werthe von 24 Mark entwendet hatte.

+ [Schwere Körperverletzung.] Bei einem Droschkenbesitzer auf der Matthiasstraße geriethen gestern die beiden dort in Diensten stehenden Kutscher Jascheck und Hilbig miteinander in Streit, der bald in Thätlichkeiten überging. Bei dieser Gelegenheit brachte Hilbig dem Jascheck mittelst eines Messers mehrere Stichwunden in den Kopf, und Schnittwunden in die rechte Handoberfläche bei, so daß der Verletzte im Allerheiligen-Hospital untergebracht werden mußte. Der böswillige Thäter hingegen wurde verhaftet.

—ch. **Görlitz**, 13. Februar. [Kaselowsky †. — Wahlleiden. — Orcan.] Nach heute hier eingetroffener Nachricht ist der Commissionsrath Kaselowsky vorgestern in Bielefeld gestorben. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen, das Abgeordnetenhaus, in das ihn auf Präsentation des Laubaner nationalliberalen Wahlcomite's die Wahlmänner des Görlitz-Laubaner Wahlkreises gewählt hatten, auch nur zu betreten. Die Nachrichten über seinen Zustand lauteten so ungünstig, daß schon seit einigen Tagen die Todesnachricht erwartet wurde. Da der Verstorbene den Görlitzer Wählern nur auf einen kurzen Moment bei seiner Candidatur nahe getreten ist, auch sonstige Beziehungen zu ihm nicht bestanden, so ist es begreiflich, daß die Frage, wie sich die Nachwahl für ihn gestalten wird, die Gemüther bereits vor seinem Tode beschäftigt hat. Aus den Reihen der noch von ihrem Siege trunkenen Anhänger Dr. Grothe's wird die Wahl Dr. Grothe's zum Abgeordneten als etwas durchaus Selbstverständliches erklärt, und es soll uns nicht wundern, wenn in den nächsten Tagen bereits die Agitation in den Localblättern für ihn beginnt. Das Desaveu der Grothe'schen Wahl Seitens des Hauptorgans der nationalliberalen Partei in Schlesien haben die „Görl. Nachrichten", wie alles, was ihnen nicht in den Kram paßt, todtgeschwiegen und die „Niederschles. Ztg." hat dasselbe nur zu neuen Ausfällen gegen das Central-Wahlcomite der nationalliberalen Partei in Berlin benutzt. Was „nationalliberal" ist, haben sie zu entscheiden, nicht Andere; das ist ihr Standpunkt und dabei bleiben sie. — Das alte Abkommen zwischen Görlitz und Lauban geht dahin, daß die Laubaner bei den Abgeordnetenwahlen einen Candidaten selbstständig vorschlagen, und sie würden also, da Kaselowsky ihr Candidat gewesen war, jetzt ein Präsentationsrecht haben. Indeß ist es durch die Vorgänge bei den letzten Reichstagswahlen fraglich geworden, ob der Compromiß noch in Kraft ist. Die Laubaner Nationalliberalen haben, obwohl Seitens der fortschrittlich Gesinnten ihnen das Zugeständniß gemacht war, daß der gemeinsame fortschrittliche Abgeordnete Hagen durch den nationalliberalen Stadtrath Lüders ersetzt wurde, den Besitzstand bei der Reichstagswahl nicht respectirt, sondern aus Fractionsschrullen Dr. Müller's Wahl für unmöglich erklärt und hierdurch, sowie durch die Aufstellung des Geh. Rath Starke nicht wenig zur Sprengung der liberalen Majorität beigetragen. Ueberdies existiren in Lauban zwei Wahl-Comite's, ein Grothe'sches und ein Starke'sches und die Vorgänge vor der Stichwahl haben dort die Gemüther so erhitzt, daß zwischen den Alt- und Neu-Nationalliberalen ewige Feindschaft herrscht. Die Fortschrittspartei, welche früher im Laubaner Landkreise sehr viel stärker war, als die nationalliberale Partei, scheint ganz ohne Organisation zu sein und kann somit auf die Wahl gleichfalls nicht einwirken. Zum Glück hat man es bei der Nachwahl für Kaselowsky ausschließlich mit den Wahlmännern zu thun, und unter denen ist leichter eine Verständigung möglich und, da die meisten seit langen Jahren bei den Wahlen thätig gewesen sind, auch wohl eher das Bedürfniß einer Verständigung vorhanden. Es dürfte sich empfehlen in allen drei Kreisen, dem Görlitzer Stadtkreise, dem Görlitzer Landkreise und dem Laubaner Kreise einen Ausschuß der liberalen Wähler zu bilden und von denen die Vorschläge für die Nachwahl gemeinsam vorberathen zu lassen. Andernfalls wird man auf einen Krieg eines halben Dutzends von Comite's gefaßt sein müssen, ein Schauspiel, das des früher so wohlrenommirten Wahlkreises doch wahrlich unwürdig wäre. Charakteristisch für die Görlitzer Verhältnisse ist es übrigens, daß das Comite für die Wahl Grothe's unter 29 Görlitzern nur drei Wahlmänner als Mitglieder zählte, zwei Tuchfabrikanten und den Redacteur der „Görl. Nachr.", Stadrath Seidler. Diese wären voraussichtlich die Führer der Grothe'schen Fraction unter den Wahlmännern, die aber unter den alten Führern der Nationalliberalen entschiedene Gegner finden würden. Die Localpresse wird diesmal einen maßgebenden Einfluß kaum gewinnen, da mit den Wahlmännern eine directe Verständigung eher möglich ist und deshalb auch die consequente Unterdrückung der entgegenstehenden Ansichten, die Verschweigung der wichtigsten Thatsachen und die tendenziöseste Darstellung aller Vorkommnisse hierbei schließlich keine solche Wirkung erzielen kann, wie das bei der Reichstagswahl geschehen ist. — Der gestrige Orcan hat hier übel gehaust, aber bei allem Schaden, den er angerichtet, auch der Stadt nicht einen unwesentlichen Dienst erwiesen, indem er ein im Neubau begriffenes Gebäude in der Nähe der Neißbrücke, welches augenscheinlich nur errichtet wurde, um die Stadt zu chicaniren und zur kostspieligen Verlegung eines Weges zu zwingen, fast vollständig abgebrochen hat. Hoffentlich läßt sich der gegenwärtige Zustand be-

nutzen, um nun die Durchlegung des Weges nach dem ursprünglichen Platze durchzusetzen, dann hat einer der für die Stadt sonst so ominösen Stürme doch auch einmal sein Gutes gehabt.

□ **Lauban**, 14. Febr. [Zur Tageschronik.] Die letzten 8 Tage brachten neben heftigen Stürmen in der ersten Hälfte auch viel Regen. Infolge dessen war der Queis als auch der Alt-Lauban stark angeschwollen. Besonders war es der Alt-Lauban, welcher weit über seine Ufer spülte. Auch der Queis unterhalb Lauban war über seine Ufer getreten und glich die Thalniederung bei Wunschendorf und Haugsdorf einem großen, weiten See. In dem nahe gelegenen Lichtenau zerstörten die von den umliegenden Höhen herbeistürzenden Gewässer die Dämme der Deiche und soll der werthvollen Forellenzucht des Herrn v. Steinäcker bedeutender Schaden zugefügt worden sein. — Ebenso hat der Orkan, welcher in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntage wüthete, in verschiedenen Theilen des Kreises beträchtlichen Schaden angerichtet. — Abermals habe ich von argen Baumbeschädigungen, welche in den Anpflanzungen beim neuen Schießhause und in den Alleen der städtischen Promenaden verübt worden sind, zu berichten. Beim Schießhause hat man wieder 26 Bäumchen, die eben angepflanzt waren, umgehauen; ebenso sind auf der Promenade Baumbeschädigungen vorgekommen. Die hiesige Polizeibehörde, sowie die Schützen-Gesellschaft sichern demjenigen 30 Mark Belohnung zu, welcher den Frevler nachweist, so daß er zur Bestrafung gezogen werden kann. — Vorigen Sonntag wurde der Pastor Stolzenburg zu Lichtenau, bisher in Wang, Kreis Hirschberg, feierlich in sein Amt eingeführt; ebenso fand an demselben Tage die feierliche Einholung des Herrn Cantor Pohl-Haugsdorf statt; Letztgenannter hatte bisher eine Stellung bei Aachen inne. — Das Gastspiel des Fräulein Laura Schubert vom Hoftheater zu Petersburg erfreut sich des lebhaftesten Beifalls; die Vorstellungen waren durchweg gut besucht. Vorzüglich gefielen ihre trefflichen Gesangsleistungen. In Ermangelung einer guten Capelle hat die Direction Herrn Capellmeister Capito gewonnen, welcher die Gesangs-Vorträge auf dem Pianino trefflich accompagnirte.

Y **Warmbrunn**, 14. Febr. [Witterung.] Bis jetzt hat sich der Februar hinsichtlich seiner Temperatur als der kälteste Monat des diesjährigen Winters geltend gemacht und die beiden Luftströmungen, deren Wolkenzüge sich an unserem Hochgebirge bisweilen in höchst interessanter Weise kennzeichnen, haben während dieses Monats schon mehrfach die heftigsten Kämpfe in Scene gesetzt. Heute erschien das Hochgebirge wieder wolkenfrei, fast eine halbe Stunde früher von der Sonne erleuchtet, als unser Thal, zwar im eisig weißen Gewande, doch mit mehr graumelirten Abzeichen als im vorigen Jahre, dessen Schneemassen der diesjährige Winter kaum zur Hälfte erreicht hat. Bei einer der vorjährigen Hörnerschlittenfahrten versank bei der Auffahrt nach der Peterbaude ein Pferd, das ein paar Schritte aus der Schneebahn gewichen, bis an den Hals in den Schnee und konnte nur mit äußerster Anstrengung von 4 starken Gebirgsführern wieder aus dem Schneegrabe mittelst geschickt angewendeter Stricke befreit werden und das gelang nur, weil das Pferd sich außerordentlich ruhig verhielt, während es bei heftigen Bewegungen nur noch tiefer und tiefer gesunken und wahrscheinlich verloren gewesen wäre. Daß die diesjährigen Schneefälle bei weitem geringer sind, als die vorjährigen, zeigt sich auch an verschiedenen Vögelarten. Die Krähen besuchen die Straßen und Wege in diesem Jahre wenig, man findet sie jetzt schon auf Feldern, wie im Frühjahr, Blaumeisen, Goldammern, Schneekönige sind wenig oder gar nicht während dieses Winters aus ihrem schützenden Waldversteck durch Hunger in die Nähe der Ortschaften getrieben worden. Der Eisvogel, der im vorigen Winter sich hier ziemlich zahlreich aufhielt, ist in diesem Jahre fast nirgends bemerkt worden. Ebenso haben die Schneehühner in diesem Jahre die höheren Bergabhänge unseres Hochgebirges nicht verlassen, um sich niederwärts in den Thälern Nahrung zu suchen. Auch will man am Hochgebirge schon das Balzen des Auerhahns in diesen Tagen gehört haben.

t. **Landeshut**, 13. Februar. [Handwerkerverein. — Sturm. — Maskenumzug. — Statistik.] Die am 11. d. M. veranstaltete musikalische Abend-Unterhaltung des Handwerkervereins erfreute sich eines solch starken Zuspruchs, daß der Vereinssaal für die Theilnehmer fast zu klein erschien. Das sorgfältig gewählte Programm, bestehend in Gesangspiecen und Gedichtsvorträgen ernsten und heiteren Inhalts, erntete reichen Beifall. — Der in den Nachtstunden vom 11. zum 12. d. tobende orkanartige Sturm hat auch hier großen Schaden an Häusern, besonders an Dächern angerichtet, so an der Seitencapelle der katholischen Kirche einen großen Theil der Dachziegeln abgerissen, von dem Siegesdenkmal auf dem Kirchberge den Adler der Säule herabgestürzt und zertrümmert, sowie die neue Zinkbedachung der Grüssauer Fürstencapelle der Marienkirche abgedeckt; von erheblichem Schaden, den der Sturm in den umliegenden Forsten verübt hätte, hört man jedoch nichts. — Nach zehnjähriger Pause hielt heute Nachmittag Prinz Carneval zum Besten des wohlthätige Zwecke verfolgenden Karnöffelvereins einen Umzug durch die Straßen der Stadt ab. Voran ein Herold in Postillonsuniform, sodann Prinz Carneval mit seiner sich Kühlung zufächelnden Dame nebst Gefolge zu Pferde; darauf folgte eine recht verwogene Sippschaft von Bettelmusikanten zu Wagen, der eine recht selige Kneip-Bruderschaft nebst großem Gambrinusfaß ebenfalls zu Wagen folgte. Nebenherlaufende Harlekins sammelten die milden Gaben des zahlreich zuschauenden Publikums. — Bei der hiesigen Telegraphenstation sind im verflossenen Jahre aufgeliefert worden 3191 inländische, 415 ausländische Depeschen; dagegen angekommen 3413, im Durchgangsverkehr verarbeitet 6028, im Ganzen 13,047 Depeschen; die Einnahmen dafür betrugen 3789 Mark.

§ **Striegau**, 15. Febr. [Vorträge. — Jahrmarkt.] In der letzten Sitzung des Gewerbe- und Handwerkervereins hielt Rector Dr. Rößler einen höchst interessanten Vortrag über die Veranlassung und die Aufgaben des „Concils von Kostnitz." Hieran schloß sich eine eingehende Besprechung der Lehren Huß, sowie eine lebendige Darstellung seiner Verurtheilung und seines Todes. — Im „wissenschaftlichen Vereine" sprach Kreisrichter Haber über „die neue Strafproceßordnung", hierbei die Stellung der Staats-Anwaltschaft und der Privatklage, sowie die Geschworenen- und Schöffengerichte in ausführlicher Weise erläuternd. — Der am Montag abgehaltene Jahrmarkt war des heftigen Sturmes wegen von Verkäufern und Käufern äußerst schwach besucht. Fast sämmtliche Buden waren umgeworfen und die wenigen Verkäufer möchten ihre Waaren schleunigst in Sicherheit bringen. Auf dem am Dinstage stattgefundenen Viehmarkte waren nur 341 Pferde, 50 Stück Rindvieh und 133 Ferkel zum Verkauf gestellt.

ϱ **Aus dem Nimptscher Kreise**, 15. Febr.*) [Witterung. — Schul-Aufsicht.] Nachdem das Wetter seit mehreren Wochen stark zum Frühjahr hinzuneigen schien und wir überwiegend von orkanähnlichen Südweststürmen geplagt waren, hat sich über Nacht plötzlich wieder der Winter von seiner rauhesten Seite gezeigt. Es begann am Dinstag früh mit einer Heftigkeit zu schneien, daß in wenig Stunden die perfecteste Schlittenbahn im Gange war, die man sich nur denken kann. Und wirklich schien man allgemein diesen Winter die Schlittenbahn vermißt zu haben, denn die Schlittengeläute waren zahlreich auf der Bahn, was um so natürlicher, als die Kälte nicht gerade übergroß ist. — In Sachen unserer Volksschulen ist diesseits zwar Manches geschehen, aber Vieles bleibt noch zu thun übrig. Die evangelischen Schulen stehen unter dem Inspectorat des Herrn Superintendent Wendel in Nimptsch, die katholischen unter dem des Herrn Superintendent Richter in Prieborn, Kreis Strehlen. Beide Herren erfreuen sich, neben pädagogischem Ruf, großer Beliebtheit, namentlich bei den jüngeren Herren Lehrern, die die geistliche Aufsicht gern vermissen. Freilich den älteren Herren hat es unter dem „Herrn Erzpriester" besser gefallen.

*) Wir ersuchen den Herrn Correspondenten, jede Mittheilung zu unterzeichnen, da anonyme Einsendungen ohne Weiteres beseitigt werden.
D. Red.

—d. **Reichenbach**, 12. Febr. [Kirchliches.] Es ist wohl hinreichend bekannt, daß die evangelische Gemeinde Reichenbach's seit langen Zeiten der freisinnigen Richtung huldigt und welchen Kampf dieselbe bereits bestanden, um sich nicht andere Tendenzen octroyiren zu lassen. — Das kleine Häuflein der sogenannten Rechtgläubigen hat aber anscheinend ihr Ziel, zu größerer Geltung und möglichst an's Regime zu kommen, nicht aus den Augen gelassen; — der von der Majorität unserer liberalen Kirchenvertretung s. Z. erwählte zweite Prediger ist nunmehr der Freund dieser kleinen pietistischen Partei und die letzten Kirchenwahlen haben gezeigt, daß man recht thätig gewesen, um nach und nach die Macht in die Hände zu bekommen. In der Stadt selbst ist freilich kein fruchtbarer Boden für Ausbreitung pietistischer Tendenzen zu finden, — darum mußte man sich an die Landgemeinden wenden; obgleich die evangelischen Mitglieder der Stadt allein ⅔ der ganzen Kirchenstandszinsen aufbringen und von den 7600 M. betragenden Kirchensteuern 4600 Mark zahlen, — die eingepfarrten 6 Landgemeinden sich aber nur in den Rest theilen, — und obgleich diejenigen Mitglieder der Gemeindevertretung, welche in der Stadt wohnten, sich bisher bereitwilligst der Verwaltung der verschiedenen Aemter (als Kassenführung, Einziehung der Kichenstandszinsen, Verrechnung der Läutegebühren, Verwaltung des Kirchhofes 2c.) — unterzogen und ihre Pflichten im vollsten Maße und mit wahrer Liebe zur Kirche erfüllten, so sagte man doch jetzt den Landgemeinden, — „ihr seid noch zu wenig vertreten, ihr müßt danach streben, mehr Männer aus Eurer Mitte in das Collegium der Gemeinde-Aeltesten und der Gemeinde-Vertreter zu bringen" — und selbstverständlich wurde ein Programm entworfen und bei den Wahlen im Januar auch durchgebracht, wenn auch darauf Personen standen, die man gar nicht befragt hatte, ob sie überhaupt ein solches Amt annehmen möchten, — die Folge hiervon war, daß Viele der Gewählten nicht annahmen und dieserhalb mußten Nachwahlen stattfinden, welche gestern vollzogen wurden; — nachdem es der evangelische Gemeinde Reichenbach's bekannt gemacht worden, daß sich's hierbei darum handele, ob auch ferner die freisinnige Richtung, welche durch unseren verehrten Pastor Lauterbach vertreten wird, unserer Kirche gewahrt bleiben soll, — so erschienen die Wähler so zahlreich, daß es der strenggläubigen Gegenpartei nicht gelang, ihre Candidaten durchzubringen, — die evang. Gemeinde Reichenbachs bekundete aufs Neue, daß sie nur der freisinnigen Richtung huldigt!

J P. **Aus der Grafschaft Glatz**, 14. Febr. [Verschiedenes.] Herr Landrath Frhr. v. Seherr-Thoß ist von der königlichen Regierung zu Breslau für den Neurode-Glatzer Eisenbahnbau zum Commissarius in dem Plan-Feststellungsverfahren ernannt worden. — Den Bau der Kreischausseen in den Kreisen Glatz und Neurode leitete bisher ein einziger Bau-Techniker, Hauptmann a. D. Tietze in Neurode. Es hat sich jedoch für den Kreis Glatz die Anstellung eines eigenen Chaussee-Technikers als unbedingt nothwendig erwiesen, der seinen Wohnsitz in Glatz nehmen und nicht blos den Bau der Kreischausseen, sondern auch den Bau resp. die Ausbesserung der Kreis-Communalwege leiten und beaufsichtigen soll. Die Kreisversammlung hat diese Nothwendigkeit anerkannt und den Kreisausschuß ermächtigt, einen Chaussee-Techniker anzustellen und demselben vorläufig eine Remuneration von jährlich 2000 Mark zu gewähren. Die Einkünfte aus den Zöllen, Gras- und Obstnutzungen belaufen sich jährlich auf circa 24,000 Mark. — In ihrer letzten Sitzung hat auch die Kreisversammlung genehmigt, daß das Etatsjahr für den Kreishaushalt künftig ebenfalls mit dem 1. April beginnt und mit dem 31. März des folgenden Jahres abschließt. Der Uebergang begegnet um deshalb keinen großen Schwierigkeiten für die Rechnungslegung, weil in den Monaten Januar, Februar und März der Straßenbau ruht. — Wie verlautet, beabsichtigen die Kreisbehörden die Gründung einer Sparkasse für die Landgemeinden des Kreises Glatz, eines Instituts, dessen sich ja bereits viele Kreise erfreuen. Das Bedürfniß hierzu ist auch im Kreise Glatz schon längst vorhanden. — Nach den gestern eingegangenen Nachrichten haben die Stürme vom 11. und 12. d. Mts. in den Gebirgswaldungen ziemlich bedeutenden Schaden angerichtet, besonders groß soll er auf den böhmischen Abhängen sich zeigen. Auch sollen an mehreren Orten Gebäude und Zäune arg beschädigt sein. Dagegen scheinen die Stürme in unseren Thälern nicht gar so wüthend getobt zu haben, als auf den Bergen und in anderen Gegenden. Heut früh 6 Uhr zeigte das Thermometer —8,8 Gr. R. bei schwachem Nordostwinde und ganz heiterem Himmel.

—o— **Neisse**, 14. Februar. [Wittwen-Pensions-Anstalt der Bürger-Ressource. — Liedertafel.] Unter dem Vorsitz des Tapezier Schumann hielt am 7. d. M. die Verwaltung der vorbezeichneten Pensionsanstalt ihre diesjährige Generalversammlung ab, bei welcher deren Rendant Schauder den Rechenschaftsbericht für 1877 erstattete. Nach demselben besitzt die Anstalt ein Vermögen von 12,795 M. 42 Pf. und zählt 55 beitragende Mitglieder. Der Etat für das abgelaufene Jahr schließt mit 972 M. 88 Pf. in Einnahme und Ausgabe ab und es konnten an die zur Zeit pensionsberechtigten 13 Wittwen eine Jahrespension von je 50 M. gezahlt werden. Dies ist wenig, indeß könnte die wohlthätige Wirkung der Anstalt durch regere Theilnahme der Ressourcen-Mitglieder an derselben wesentlich erhöht werden. Gegenwärtig ist nur etwa ⅙ der Ressourcen-Mitglieder jener Kasse beigetreten. — Am 8. d. Mts. feierte der Männer-Gesang-Verein „Liedertafel" sein diesjähriges Faschingsfest mit Vocal- und Instrumental-Concert. Mit einem Ballvergnügen schloß das heitere Fest zur Befriedigung aller seiner Theilnehmer.

P. **Rosenberg OS.**, 14. Febr. [Sturm. — Feuer. — Fastnachtsfeier.] In den Tagen vom 9. bis 11. d. M. hat in hiesiger Gegend ebenfalls ein Orkan gewüthet. Dächer wurden arg beschädigt, Bäume umgebrochen und Fuhrwerke auf freier Straße umgeworfen. — In voriger Woche brannte in Albrechtsdorf ein zum Dominium gehöriges Haus am hellen Tage nieder, welches von 6 Arbeiter- bezw. Dienstleute-Familien bewohnt war und zugleich zur Flachsbereitung dient. In dem für letztere dienenden Raume ist der Brand entstanden. — Zum gestrigen Fastnachtsabende veranstaltete ein hiesiger Kreis von zahlreichen Musik-Dilettanten aus den verschiedensten Branchen der besseren Stände im Hotel zum weißen Adler eine gemüthliche Abendunterhaltung durch Aufführung eines Concerts, dessen einzelne Piecen mit local-bezüglichen Namen umgetauft waren. Die Stücke ernteten lebhaftesten Beifall. Sämmtliche Vortragende musicirten maskirt. Das zahlreiche Publikum bestand aus den hierzu besonders eingeladenen Familien. Zum Schluß folgte ein Tanzkränzchen.

s. **Georgenberg**, 13. Febr. [Sturm. — Von der Jagd.] Gestern wüthete hier ein orkanartiger Sturm, welcher an Gebäuden und Bäumen großen Schaden anrichtete. Ganze Dächer wurden abgedeckt, viele Zäune niedergelegt, fahrende Wagen umgestürzt, Tausende von Bäumen in den umliegenden Forsten entwurzelt oder wie Zündhölzchen entwei gebrochen. — In den dem Grafen Guido Henkel-Neudeck gehörigen Forsten in dem benachbarten Polen wurde vor Kurzem von einem Forstbeamten ein See-Adler von seltener Körperstärke und Schönheit und fast 2,5 Meter Flugbreite erlegt. Der prächtige Vogel, ein Weibchen, befindet sich behufs Ausstopfens bei dem Conservateur Kick in Oppeln. Der Zufall wollte es haben, daß in den Forsten der Herrschaft Falkenberg fast in derselben Zeit ein Adler von derselben Gattung, aber ein Männchen, erlegt und ebenfalls Herrn Kick zum Ausstopfen übergeben wurde. Nicht ohne Grund vermuthet man, daß beide Exemplare ein in unsere Gegend verirrtes Paar bilden. — Im Spätherbst wurde auf einer Feldjagd (Hasenjagd) des vorgenannten Herrn Grafen — bei Neudeck — eine wilde Gans geschossen. Der glückliche Schütze war Graf Bismarck, der Sohn unseres Reichskanzlers.

§ 11. **Zabrze**, 11. Febr. [Zur Tageschronik.] Nachdem uns zwei Tage und eine Nacht ein furchtbarer, orkanartiger Sturm heimgesucht, theilweis von heftigem Regen begleitet, ist seit gestern Mittag wieder strenger Frost eingetreten und heute haben wir erneuten Schneefall zu verzeichnen. Das naßkalte Wetter hat auf unsern Gesundheitsstand sehr nachtheilig gewirkt; heftige Katarrhe, Masern und hin und wieder auch schon ein Typhusfall, wenn auch bis jetzt nicht mit tödtlichem Ausgange, haben uns die letzten Wochen gebracht. — Auch die Unsicherheit des Eigenthums hat bei der Arbeitslosigkeit des größten Theils unserer Bevölkerung sehr zugenommen. — Sonnabend feierte der hiesige Gesangverein sein erstes Stiftungsfest durch einen solennen Ball.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

♉ **Breslau**, 15. Febr. [Criminaldeputation. Folgen eines Cigarrenarbeiter-Strikes.] Die Cigarrenmacher Julius Bielas, 36 Jahre alt, Theodor Bielas, 29 Jahre alt, und Julius Perinke, 42 Jahre alt, standen vorgestern vor der I. Criminal-Deputation, angeklagt, mehrere ihrer Collegen mit Messern verletzt zu haben.

Am Montag, den 19. Juni 1876, gingen die Cigarrenmacher Lehmann und Schirnjock aus der Deter'schen Cigarrenfabrik die Friedrich-Wilhelmsstraße entlang, um in ihren Wohnungen das Mittagessen einzunehmen. Ihnen entgegen kam der Angeklagte Julius Perinke; derselbe rannte mit solcher Vehemenz an beide Personen an, daß dieselben zur Seite flogen. Fast in demselben Moment traten aus verschiedenen Hausthüren eine Anzahl Cigarrenmacher und drangen auf die Fabrik-Collegen von Lehmann und Schionjock ein. Die Arbeiter der Deter'schen Fabrik hatten nämlich einige Tage vorher einen Strike in Scene gesetzt, weil der Besitzer der Fabrik den von ihnen gestellten Forderungen nicht nachkam. Sehr bald griffen bei einem Theile dieser Leute ruhigere Erwägungen Platz und stellten sich selbige demzufolge wieder zur Arbeit ein. Das gab in den anderen Fabriken böses Blut und sowohl die bei Deter weiter arbeitenden Collegen, als auch insbesondere der Werkmeister der Fabrik hatten in Erfahrung gebracht, daß man ihnen auflauern und sie prügeln wolle. — Die Deter'schen Leute gingen deshalb an jenem Mittag je zu Zweien in gewissen Entfernungen von einander. Als Perinke den Lehmann und Schirnjock bei Seite warf, wurde er natürlich von den Cigarrenmachern Merke und Seitz gefaßt und waren diese im Begriff, den Perinke der Polizei zu übergeben. Wie schon erwähnt, waren Perinke's Kampfgenossen in den anliegenden Häusern versteckt; schnell sprangen sie auch hinzu und in wenigen Minuten hatte sich eine großartige Schlägerei entwickelt. Hunderte von Menschen sammelten sich an und erst der schleunigst herbeigerufenen Polizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Von den Arbeitern der Deter'schen Fabrik waren insbesondere Becker und Müller durch Messerstiche am Kopfe verletzt, in Folge dessen mußte Becker nach dem Hospital geschafft werden und war erst nach 14 Tagen wieder hergestellt. Durch verschiedene Zeugen ist bekundet worden, daß besonders die drei Angeklagten mit Messern versehen gewesen sind und dieselben auch in Anwendung gebracht haben. Theodor Bielas wird speciell beschuldigt, dem Becker zwei Stiche in den Hinterkopf versetzt zu haben.

Die drei Angeklagten, bisher unbestrafte Leute, leugnen ihre Schuld und stellten Theodor Bielas und Perinke eine Anzahl von Entlastungszeugen, meist Frauen. Allerdings wurde von diesen bekundet, daß sie nur gesehen, wie Perinke von den Deter'schen Arbeitern furchtbar geprügelt worden sei. Durch Confrontirung der Zeugen wurde aber zur Evidenz festgestellt, daß die Frauen nur den zweiten Theil der Schlägerei gesehen, als nämlich sämmtliche Deter'sche Arbeiter bereits auf dem Kampfplatz erschienen waren und nun ihre blutenden Collegen mit Erfolg vertheidigen konnten. Vergeblich versicherten die Gebrüder Bielas, „sie hätten nie ein Messer besessen und seien nur, durch den Lärm herbeigelockt, in den Streit verwickelt worden", die Aussagen der Belastungszeugen — 8 Cigarrenmacher — lauteten so bestimmt, daß Herr Staatsanwalt Warmbrunn in voller Aufrechthaltung der Anklage das Schuldig der Körperverletzung und demgemäß gegen Theodor B. 9 Monate, gegen Perinke und Julius B. je 6 Monate Gefängniß beantragte. Der Gerichtshof erkannte gegen Theodor Bielas auf 9 Monate, gegen Perinke und Julius Bielas auf je 3 Monate Gefängniß.

Handel, Industrie 2c.

♃ **Breslau**, 15. Febr. [Von der Börse.] Die Börse eröffnete in ziemlich fester Stimmung, verflaute aber auf niedrigere Berliner Course und schloß in matter Haltung. Das Geschäft war wenig belangreich. Creditactien stellten sich nach mehrfachen Schwankungen 1½ M. niedriger als gestern. Franzosen matt und ca. 5 M. niedriger. Lombarden geschäftslos. — Von österreichischen Renten war Goldrente fest, per ult. 60,25—60,50 bez. u. Br. — Laurahütte behaupteten ihren gestrigen Cours. Bahnen und Banken sehr still und wenig verändert. — Valuten eine Kleinigkeit niedriger.

Breslau, 15. Februar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe ruhig, ordinäre 45—52 Mark, mittle 55—62 Mark, feine 65—72 Mark, hochfeine 75—78 Mark. pr. 50 Kilogr. — Kleesaat, weiße matt, ordinäre 45—56 Mark, mittle 60—65 Mark, feine 68—72 Mark, hochfeine 75—83 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggen (pr. 1000 Kilogr.) behauptet, gek. — Ctr., pr. Februar 153 Mark Br., Februar-März 153 Mark Br., März-April —, April-Mai 157,50 Mark bezahlt, Br. u. Gd., Mai-Juni 160 Mark Gd.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gek. — Ctr., pr. lauf. Monat 197 Mark Br., April-Mai 205 Mark Br., Mai-Juni —, Juni-Juli —.

Gerste (pr. 1000 Kilogr.) gek. — Ctr., pr. lauf. Monat — Mark Br.

Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gek. — Ctr., pr. lauf. Monat 136 Mark Br., April-Mai 139 Mark Br., Mai-Juni 142 Mark Gd.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) gek. — Ctr., pr. lauf. Monat 330 Mark Br.

Rüböl (pr. 100 Kilogr.) etwas matter, gek. — Ctr., loco 72,50 Mark Br., pr. Februar 71,50 Mark Br., Februar-März 71,50 Mark Br., März-April 71,50 Mark Br., April-Mai 71,50 Mark Br., 71 Mark Gd., Mai-Juni 71,50 Mark Br., September-October 67 Mark Br.

Spiritus (pr. 100 Liter à 100 %) unverändert, gek. 5000 Liter, loco 50,80 Mark Br., 49,80 Mark Gd., pr. Februar 52 Mark bezahlt und Gd., Februar-März 52 Mark bezahlt und Gd., März-April — —, April-Mai 53 Mark Br., Mai-Juni 54 Mark Br., Juni-Juli —, Juli-August —.

Spiritus loco (pr. 100 Liter bei 80%) 46,54 Mark Br., 45,62 Mark Gd.

Zink unverändert. **Die Börsen-Commission.**

Breslau, 15. Febr. [Hypotheken- und Grundstück-Bericht von Carl Friedländer.] Im Hypotheken-Geschäft zeigte sich in der letzten Woche mehr Leben, als in der vorangegangenen; namentlich war nach guten Hypotheken in Abschnitten unter 10,000 Thlr. viel Nachfrage. Das Grundstück-Geschäft war wieder ziemlich still. Verkäufe fertiger Häuser fanden wenig statt, doch fehlte es nicht an Umsätzen gut gelegener Bauplätze.

=ββ= **Breslau**, 15. Febr. [Flachsmarkt.] Der hiesige Flachsmarkt, der bekanntlich nur als sogenannter Probemarkt bestand, soll in Zukunft in einen wirklichen Markt verwandelt werden. Im Jahre 1877 wird derselbe auf Verfügung der Regierung jedoch noch als Probemarkt abgehalten werden.

K. **Frankenstein**, 14. Febr. [Vom Productenmarkte.] Bei heutigem Wochenmarkte wurden nachstehende Preise gezahlt: Für 100 Kilogr. Weizen 20,80—21,50 und 22,10 Mark, Roggen 17,60—18,20 und 18,70 Mark, Gerste 13,90—14,40 und 15 M., Hafer 13,55—14 und 14,65 M., Erbsen 15,50 Mark, Kartoffeln 3,20 M., Heu 7 M., Stroh 5,80 M., ½ Kilgr. Butter 1,80 Mark, Eier das Schock 2,40 Mark.

Posen, 14. Februar. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne.] Wetter: schön. — Roggen: fest, geschäftslos. Kündigungspreis — M., per Februar 161 bez., per Frühjahr 161 bez. März-April —. — Spiritus: geschäftslos. Kündigungspreis —, per Februar 51,60 bez. Br., per März 52,50 bez., per April 53,40 bez., per April-Mai 53,80 bez. Br. u. G., per Mai 54,20 bez., per Juni 55,10 bez., per Juli 55,90 G., per August 56,70 Br., September 57,20 Br. Loco Spiritus ohne Faß 50,50 Gd.

Berlin, 14. Februar. [Markt-Bericht über Bergwerks-Producte und Metalle von Leopold Hadra.] Das Roheisen- und Metall-Geschäft verblieb auch in abgelaufener Woche bei äußerst ruhiger Stimmung und mußten sich Preise einzelner Metallsorten abermals Reductionen gefallen lassen.

Kupfer sehr still und weichend. Chili in England 71 Pfd. 5 Sh. Wallaro 82 Pfd. — Sh. Urmeneta 83 Pfd. Englisches 79 Pfd. Mansfelder Raffinade 83—84 Mark pro 50 Klgr. Cassa ab Hütte. Hiesiger Preis für englische Marken 83—86 Mk. pro 50 Klgr., für Mansfelder Raffinade 85—87 Mk. pro 50 Klgr. Detailpreise entsprechend höher. — Bruchkupfer. Je nach Qualität 70—76 M. pro 50 Kilogr. loco. — Zinn flau. Bancazinn in Holland 43¾ Fl. Hier Bancazinn 80—82 Mk. Straits in England 73 Pfd. Hier Prima Lammzinn je nach Qualität 80—83 Mark pro 50 Klgr. Im Einzelverkauf verhältnißmäßig höhere Preise. Bruchzinn 56 Mk. pro 50 Kilogr. — Zink andauernd ruhig, im Preise niedriger. In Breslau W. H. v. Giesche's Erben 20,75 Mark, geringere Marken 20 M. pro 50 Klgr. In London 21 Pfd. Strl. Hier am Platze erstere 22,25—23 Mk., letztere 21,50—22 M. pro 50 Klgr. Im Detail verhältnißmäßig höher. — Bruch-Zink. 15 Mark loco pr. 50 Kilogr. — Blei ziemlich fest. Tarnowitzer, so wie von der Paulshütte, G. von Giesche's Erben, ab Hütte 21,50 Mark pro 50 Kilogr. Kasse. Loco hier 22,75 bis 23,50 Mk. Harzer und Sächsisches 22,75 bis 23,50 Mk. Spanisches Rein u. Co. 25,50 bis 26,50 Mk. Detailpreise verhältnißmäßig höher. — Bruch-Blei. 18—19 Mk. pro 50 Klgr. — Roh-Eisen. Der Roh-Eisenmarkt verbleibt andauernd ruhig. Warrants 56 Sh. 6 P. Langloan und Coltneß 62 Sh. 9 P. bis 65 Sh. 5 P. f. a. B. Glasgow. Hiesige Lagerpreise vermögen wegen geringer Vorräthe frühere Preise zu behaupten, für gute und beste schottische Marken 4,45 bis 4,70 M. pro 50 Klgr. Englisch Roheisen 3,40 bis 3,75 M. pro 50 Kilogr. Oberschlesische Coaks-Roheisen 3,15 bis 3,25 M. pro 50 Kilogr. Gießerei-Roheisen 3,30—3,70 M. pro 50 Klgr. ab Hütte. Graues Holzkohlen-Roheisen 4,20 bis 5 Mk., für beste Marken werden 6—6,25 Mk. pro 50 Klgr. ab Hütte gezahlt. Weißes Holzkohlen-Roheisen 3,40—3,80 Mk. pro 50 Klgr. ab Hütte. — Brucheisen. Je nach Qualität mit 3,25—3,60 Mk. pro 50 Klgr. — Stab-Eisen. Gewalztes 6,50 bis 6,75 Mk. pro 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger 10 bis 14 Mk. loco pro 50 Klgr. je nach Dimension. — Eisenbahnschienen. Zu Bauzwecken nach bestimmten Dimensionen geschlagene 5—5,50 Mk., zum Verwalzen 3,30—3,70 Mk., je nach Lage des Ablieferungsortes. — Kohlen und Coaks. Englische Nuß- und Schmiedekohlen nach Qualität werden hier bis 70 Mk., Coaks 55—65 Mk. per 40 Hectoliter bezahlt. Schlesischer und westfälischer Schmelz-Coaks 1,10—1,40 Mk. pro 50 Kilogr. loco hier.

Nürnberg, 13. Febr. [Hopfenbericht.] Das Hopfengeschäft ist ohne alle Anregung still, Preise von Mittel- und geringen Sorten weichend, doch nirgends ein Animo zum Einkauf zu bemerken, und da die kleinen Vorräthe ausnahmsweise ein großes Capital repräsentiren, entledigen sich manche Eigner gern derselben. Ebenso, wie die Preistendenz in den ersten 4 Monaten fortwährend stieg, ist seit Neujahr dieselbe im langsamen Weichen begriffen; Alles dies, in Folge der Störung des Brauereibetriebes. Vom gestrigen Geschäfte sind etliche Abschlüsse in Markthopfen zu 380—400 M., in Spalter Siegelgut zu 500—520 M., in Oberösterreichern zu 360—400 M., in kleinen Beträgen zu verzeichnen. Ebenso ist auch der heutige Markt, bis jetzt Mittag ohne erwähnenswerthen Umsatz still geblieben. Notirungen sind nominell.

♃ [**Oberschlesischer Creditverein.**] In der am 13. Februar abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrathes des Oberschlesischen Creditvereins wurde Seitens der Direction die Bilanz pro 1876 vorgelegt und der Beschluß gefaßt, der zum 7. März d. J. einzuberufenden Generalversammlung die Ver-

theilung einer Dividende von 6 pCt. bei entsprechender Dotirung des Reservefonds vorzuschlagen.

[Wechselstempelsteuer.] Die Einnahme der Wechselstempelsteuer im Deutschen Reich betrug im Januar 1877: 631,936 M., gegen Januar 1876 um 52,299 M. mehr. — Im Oberpostdirectionsbezirk Breslau betrug die Einnahme an Wechselstempelsteuer im Januar 1877: 22,151 M. (1289 M. mehr als im Januar 1876), im Oberpostdirectionsbezirke Liegnitz 7638 M. (323 M. weniger), im Oberpostdirectionsbezirk Oppeln 9708 M. (814 M. mehr).

[Von der hiesigen Reichsbank-Hauptstelle.] Aus einem von mehreren Mitgliedern der hiesigen Handelskammer, namentlich von dem Vorsitzenden vor einiger Zeit mündlich zur Sprache gebrachten Fall, daß am Monatsschluß der Reichsbank der um 12 Uhr Mittags eintretende Geschäftsschluß bisher nicht genügend bekannt gemacht worden sei, hat die hiesige Reichsbank-Hauptstelle Veranlassung genommen, daß in ihrem Geschäftslocal eine Tafel ausgehängt werde, welche das Publikum jedesmal rechtzeitig, mindestens aber 2 Tage vor dem Eintritt des Geschäftsschlusses von letzterem in Kenntniß setzt. Der Monatsabschluß, sowie die darauf folgende Cassenrevision finden aber, wie ein Schreiben der Reichsbank-Hauptstelle an die Handelskammer mittheilt, ein für alle Mal an ganz bestimmten Kalendertagen statt, und zwar ersterer stets am siebenten Tage, letzterer am achten Tage eines jeden Monats mit der Maßgabe, daß, wenn einer dieser Tage auf einen Feiertag fällt, alsdann der Monatsabschluß am vorhergehenden Werktage und die Cassenrevision am nachfolgenden Werktage stattfindet. Sollte in einzelnen unvorhergesehenen und dringenden Fällen auch nach eingetretenem Verkehrsschluß die Bank noch beansprucht werden, so wird der Vorstand jeder Zeit gern bereit sein, so weit dies irgend zulässig, etwaige Anträge noch entgegenzunehmen.

[Patente.] Königreich Sachsen. Auf 5 Jahre, 8. Januar 1877. Hellmuth Duberg und August Eckhart, Berlin, Ziegelbrennofen. — 10. Jan.: G. Lilienthal, Berlin, Verbesserungen an Schrämmmaschinen mit Messerscheibe; 10. Jan.: Georg Paul Litzkendorf, Glauchau, neues Hilfsmittel zur Befestigung der Canetten auf den Schützenspindeln mechanischer Webstühle. — 18. Jan.: Wirth u. Co., Frankfurt a. M., für William Hans Hornum u. Archibald Hance, Newport, Apparat zum Controliren von Fahrgeldern.

Concurs-Eröffnungen.

Ueber das Vermögen des Schneiders und Herrengarderobe-Händlers Heinrich Ollrogg zu Frankfurt a. O. Zahlungseinstellung 20. November a. c. Einstweiliger Verwalter Kaufmann Friedrich Heinsius. Erster Termin 28. Februar.

Generalversammlung.

[Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.] Die ordentliche Generalversammlung findet am 2. März d. J. in Magdeburg statt. (S. Inf.)

Ausweise.

Paris, 15. Febr. [Bankausweis.] Baarvorrath Zunahme 1,150,000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abnahme 4,113,000, Gesammt-Vorschüsse Abnahme 3,274,000, Notenumlauf Zunahme 4,876,000, Guthaben des Staatsschatzes Abnahme 1,724,000, Laufende Rechnung der Privaten Abnahme 9,431,000, Schuld des Staatsschatzes —.

London, 15. Febr. [Bankausweis.] Totalreserve 13,896,824 Pfund Sterl. Notenumlauf 27,541,435 Pfd. Sterl. Baarvorrath 26,438,259 Pfd. Sterl. Portefeuille 17,811,123 Pfd. Sterl. Guthaben der Privaten 22,890,468 Pfd. Sterl. Guthaben des Staatsschatzes 6,632,609 Pfd. Sterl. Notenreserve 13,049,110 Pfd. Sterl. Regierungssicherheiten — Pfd. Sterl. Procentverhältniß der Reserven zu den Passiven — Pfd. Sterl.

Briefkasten der Redaction.

J. A. Gl. Es ist gar nichts weiter darüber bekannt geworden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 15. Febr. Das Abgeordnetenhaus nahm in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf an, betreffend die Amortisation der Actien und Inhabereffecten von schleswig-holsteinischen Actien-Gesellschaften, erledigte den Bericht über die Verwaltung des Hinterlegungsfonds von 1876, ertheilte zu den Rechnungen der Oberrechnungskammerkasse von 1875 Decharge, nahm in zweiter Lesung den Gesetzentwurf an, betreffend die Abänderung der Vorschriften über die Veranlagung der Grund-, Klassen- und Einkommensteuer und genehmigte den Antrag der Budget-Commission, daß die Regierung bei der Revision der Instruction über die Klassensteuer-Veranlagung auf thunlichste Vereinfachung und Gleichmäßigkeit Bedacht nehme, namentlich die eigenmächtige Abänderung der Einschätzungsformulare der Finanzverwaltung durch die Bezirksregierungen beseitige. Der Regierungscommissar erklärte sich mit dem Antrage einverstanden und sicherte sorgfältige Prüfung der Ausführung zu. In fortgesetzter zweiter Lesung werden die Etats des auswärtigen Ministeriums und der Staatsarchive genehmigt, zu letzterem nach längerer Debatte der Antrag Petri angenommen, welcher die Regierung auffordert, wegen der Verlegung des Staatsarchivs in Idstein nach Wiesbaden dem nächsten Landtage eine Vorlage zu machen. Hierauf wurden die an die Budgetcommission verwiesenen Positionen des Etats des Ministers des Innern unverändert genehmigt. Fortsetzung morgen.

Berlin, 15. Febr. Die über die angebliche Demission des Ministers des Innern umlaufenden Gerüchte entbehren jedweder Begründung.

Leipzig, 15. Febr. Hirzel's Göthe-Bibliothek mit 400 Manuscripten ist der Leipziger, dessen Zwingli-Bibliothek der Straßburger Universität vermacht worden.

Basel, 15. Febr. Durch die Wassersnoth in der Schweiz sind sieben Eisenbahnlinien theilweise überschwemmt und unterbrochen. Der Bodensee ist ausgetreten. Die Rheinhöhe bei Basel beträgt 15 Fuß über die Normalhöhe. Ein neues Steigen des Rheines wird befürchtet.

Paris, 15. Febr. Auf dem Bergwerk Graissessac (Gerault-Departement) war eine Gasexplosion. Von 60 Arbeitern wurden bisher 5 gerettet. An der Rettung der Uebrigen wird gearbeitet.

Haag, 15. Febr. Die Regierung legte einen Gesetzentwurf über die Modification des Wahlgesetzes vor. Die Mitgliederzahl der zweiten Kammer wird auf 84 erhöht. Der Wahlcensus wird in den großen Kammer herabgesetzt, um die Ungleichheit zwischen den Stadtcensus und dem Landcensus zu mildern.

Haag, 15. Februar. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf an, welcher die Eingangszölle auf zwanzig Artikel, namentlich Getreide, Hölzer, Kalk, Maschinen, Rohmetalle, Steine und Hausgeräthe, sowie die Ausgangszölle auf Lumpen aufhebt.

Southampton, 14. Febr. Der Dampfer „Tajus" ist aus Rio de Janeiro hier eingetroffen.

(Nach Schluß der Redaction eingetroffen.)

Paris, 15. Februar. General Changarnier ist gestorben.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 15. Februar, 12 Uhr — Minuten. [Anfangs-Course.] Credit-Actien 241, 50. Staatsbahn 392, 50. Lombarden 127, 50. Rumänen 12, 40. Disconto-Commandit 106, 00. Schwach.

Berlin, 15. Februar, 12 Uhr 25 Min. [Anfangs-Course.] Credit-Actien 242, 00. 1860er Loose 97, 75. Staatsbahn 394, 00. Lombarden 128, 50. Rumänen 12, 40. Disc.-Commandit 106, 75. Laurahütte 65, 25. Goldrente 60, 30. Besser.

Weizen (gelber) April-Mai 222, 00, Mai-Juni 223, 00. Roggen April-Mai 164, 00, Mai-Juni 162, 00. Rüböl April-Mai 74, 00. September-October 69, 00. Spiritus Februar-März 54, 50, April-Mai 55, 90.

Berlin, 15. Februar. [Schluß-Course.] Still.

Erste Depesche, 2 Uhr 25 Min.

Cours vom	15.	14.	Cours vom	15	14
Oesterr. Credit-Act.	242, —	243, —	Wien kurz	164, 50	164, 75
Oest. Staatsbahn	394, —	393, —	Wien 2 Monat	163, 40	163, 50
Lombarden	128, —	127, 50	Warschau 8 Tage	252, 70	252, 80
Schles. Bankverein	87, —	87, —	Oesterr. Noten	164, 90	164, 80
Bresl. Discontobank	69, 75	69, 50	Russ. Noten	253, 70	253, 80
Schles. Vereinsbank	90, 50	90, 75	4½ % preuß. Anl.	104, 10	104, 10
Bresl. Wechslerbank	74, —	74, —	3½ % Staatsschuld	92, 25	92, 25
Laurahütte	66, 25	65, —	1860er Loose	97, 75	97, 90

Zweite Depesche, 3 Uhr — Min.

	15.	14.		15	14
Posen. [illegible]riefe	94, 60	94, 70	R.-O.-U.-St.-Prior.	105, 75	109, —
Oesterr. S[illegible]	55, 75	55, 70	Rheinische	107, 90	108, —
Oest. Papierr.	52, —	51, 50	Bergisch-Märkische	78, —	78, 10
Türk. 5 % 1865r An.	12, 20	11, 90	Köln-Mindener	99, 75	100, 10
Poln. Liq.-Pfandbr.	63, 10	63, 10	Galizier	87, 40	87, —
Rum. Eisenb.-Obl.	12, 40	12, 30	London lang	20, 38½	— —
Oberschl. Litt. A.	127, 20	127, 40	Paris kurz	81, 35	— —
Breslau-Freiburg	71, 40	71, 25	Reichsbank	156, 75	157, 40
R.-O.-U.-St.-Act.	103, 75	103, 75	Sächsische Rente	—, —	—, —

1873 Russen ultimo 81, 90.

Nachbörse: Credit-Actien 242, —. Franzosen 394, 50. Lombarden 128, —. Disconto-Commandit 106, 60. Dortmund —, —. Laura 65, 90. Sächs. Anleihe 71, 70. 1860er Loose —, —. Goldrente 60, 25.

Internationale durch Contremine lebhaft, ohne wesentlichen Erfolg. Bahnen vernachlässigt, etwas schwächer. Banken meist niedriger. Industriewerthe ziemlich fest. Oesterreichische Renten wenig verändert. Russische Fonds eher besser. Anlagen geschäftslos. Discont 2¼ pCt.

Frankfurt a. M., 15. Februar, 12 Uhr 30 Min. [Anfangs-Course.] Creditactien 121, 25. Staatsbahn 196, 50. Lombarden —, —. Galizier —. Still.

Frankfurt a. M., 15. Februar, 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Credit-Actien 122, 87, Staatsbahn 197, 12, Lombarden 63¼. Reservirt.

Wien, 14. Februar. [Schluß-Course.] Flau.

	15.	14.		15.	14
Papierrente	62, 30	62, 40	Staats-Eisenbahn-Actien-Certificate	240, —	239, —
Silberrente	68, —	67, 80	Lomb. Eisenbahn	78, —	78, 25
1860er Loose	110, 80	111, —	London	123, 55	123, 45
1864er Loose	134, 60	134, 90	Galizier	210, 25	210, 50
Creditactien	147, 20	147, 40	Unionsbank	53, —	53, —
Nordwestbahn	114, 75	114, 50	Deutsche Reichsbank	60, 85	60, 75
Nordbahn	180, 50	180, 25	Napoleonsd'or	9, 89½	9, 89
Anglo	75, 70	76, 50	Goldrente	73, 35	73, 60
Franco	—, —	—, —			

Paris, 15. Febr. [Anfangs-Course.] 3% Rente 72, 87. Neueste Anleihe 1872 106, 07. Italiener 71, 70. Staatsbahn —, —. Lombarden 165, —. Türken 11, 92. Egypter —. Spanier —. Unentschieden.

London, 15. Febr. [Anfangs-Course.] Consols 95⅝. Ital. 71¼. Lombarden 6⁹⁄₁₆. Türken 11, 15. Russen —, —. Silber —, —. — Wetter: Bewölkt.

London, 15. Febr., 11 Uhr 55 Min. Consols 95, 11, Italiener 71⅜, Lombarden 6, 09, Türken 11, 15.

Berlin, 15. Febr. [Schluß-Bericht.] Weizen fest. April-Mai 223, —, Mai-Juni 223, 50. — Roggen still. Februar-März 162, — April-Mai 164, —, Mai-Juni 162, —. — Rüböl ruhig, April-Mai 74, —, Mai-Juni —, —, Sept.-October 69, —. — Spiritus besser, loco 54, 20. Februar-März 54, 70, April-Mai 56, 20, Mai-Juni 56, 50. — Hafer April-Mai 155. —, Mai-Juni 156, —.

Stettin, 15. Februar, 1 Uhr 16 Min. Weizen fester. April-Mai 221, —, Mai-Juni 223, —. — Roggen unverändert, Februar-März 157, —, April-Mai 158, 50, Mai-Juni 158, —. — Rüböl behauptet, Februar 73, —, April-Mai 74, —, Mai-Juni —, —, September-October 69, —. — Spiritus loco 52, 60, Februar 53, 30, April-Mai 54, 50, Mai-Juni 55, 70. — Petroleum Februar 16, 50.

Köln, 15. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen —, per März 21, 95, per Mai 22, 50. Roggen per März 15, 90, per Mai 16, 40. — Rüböl loco 39, —, pr. Februar —, per März —, —, per Mai 37, 20, — Hafer per März 16, 40, per Mai 16, 15.

Hamburg, 15. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, per März —, per April-Mai 218, per Mai-Juni 220, —. Roggen ruhig, per März —, per April-Mai 159, 50, per Mai-Juni 160, —. Rüböl matt, loco 75, per Mai 75. Spiritus fest, per Februar 45½, per März-April 44¾, per Mai-Juni 44½, per Juli-August 45½. Wetter: Feucht.

Paris, 15. Febr. [Productenmarkt.] Mehl weichend, per Februar 59, 50, per März-April 61, 25, per Mai-Juni 62, 75, Mai-August 63, 75. Weizen behauptet, per Febr. 27, 50, per März-April 28, —, per Mai-Juni 29, 25, per Mai-August 30, —. — Spiritus fest, per Februar 61, 75, per Mai-August 62, 75. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 15. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco —, per März 299, —, per Mai —, —. Roggen loco —, per März 189, —, per Mai 194, —. Rüböl loco —, pr. März —, pr. Mai —. Raps loco —, pr. Frühjahr —, pr. Herbst — —. Wetter: —.

Frankfurt a. M., 15. Febr., Abends — Uhr — Min. [Abendbörse.] (Original-Depesche der Bresl. Ztg.) Credit-Actien 120, 75. Staatsbahn 197, —. Lombarden —, —. Silberrente —, —. 1860er Loose —, —. — Geringes Geschäft.

Hamburg, 15. Februar, Abends 9 Uhr 5 Min. (Original-Depesche der Bresl. Zeitung.) [Abendbörse.] Silberrente 55½, Lombarden 157, —. Italiener —, —. Credit-Actien 120, 25. Oesterr. Staatsbahn 492, 50. Rheinische —, —. Laura —, —. Sechsziger Loose —, —. Bergische —. Goldrente —. Anglo —. Matt.

Wien, 15. Februar, 5 Uhr 55 Minuten. [Abendbörse.] Credit-Actien 146, 80. Staatsbahn 239, 75. Lombarden 78, —. Galizier 210, 50. Anglo-Austrian 76, —. Unionbank —, —. Napoleonsd'or 9, 90 Mark-Noten —, —. Renten 62, 45. Deutsche Reichsbank 60, 85. Silber —, —. Ungarn —, —. Goldrente 73, 55. Silberrente —, —. Officielle Bankactien 835. Matt.

Paris, 15. Februar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] (Orig.-Depesche der Breslauer Zeitung.) 3% Rente 72, 95, Neueste 5% Anleihe 1872 106, 15. Italienische 5% Rente 71, 75. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 488, 75. Lombardische Eisenbahn-Actien 165, —. Türken de 1865 12, 02, do. de 1869 65, —. Türkenloose 36, —. — Ruhig, geschäftslos.

London, 15. Februar, Nachmittags 4 Uhr. (Orig.-Dep. der Breslauer Zeitung.) Consols 95⅝. Italienische 5pCt. Rente 71¼. Lombarden 6½, 5procent. Russen de 1871 82½. dto. de 1872 82¼. Silber nominell 56¾. Türkische Anleihe de 1865 11⅞. 6procentige Türken de 1869 13¼. 6proc. Verein. Staaten per 1882 105¾. Silberrente 55. Papierrente 51½. Berlin —, —. Hamburg 3 Monat —, —. Frankfurt a. M. —, —. Wien —, —, Paris —, —. Petersburg —. Platzdiscont 1½ pCt. Bankauszahlung — Pfd. Sterl.

Witterungsbericht vom 15. Februar.

Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Wind.	Wetter.	Temper. in Celsiusgraden.	Bemerkungen.
Paris	764,2	SSO. still.	heiter.	7,3	
Hamburg	760,8	WSW. schw.	Nebel.	6,2	
Haparanda	757,4	SO. leicht.	bedeckt.	—18,0	
Petersburg	—	—	—	—	
Wien	768,1	SO. still.	bedeckt.	—2,0	
Neufahrwasser	765,7	S. mäßig.	bedeckt.	—12,8	Reif.

Wunderlicher Eisenbahnzopf! Als ich am 25. Januar mit einer Frau und vielem Gepäck von Wohlau nach Konstadt reisen wollte, wurde mir beim Einkauf der Fahr-Billets von dem betr. — übrigens sehr höflichen — Bahnbeamten der Bescheid, daß er mir **bis Konstadt Billets nicht geben könne, sondern nur bis Namslau oder Creuzburg.** Auf meine Frage nach dem unbegreiflichen Grunde, weshalb nur nach Namslau und Creuzburg, nicht aber nach der dazwischenliegenden Stadt Konstadt, Personen und Gepäck direct expedirt würden, gab mir der Wohlauer Beamte zur Antwort, **„daß er für Konstadt keine Fahrzettel habe,** wie ich auch aus dem ausgehängten Local-Tarife ersehen könnte." — Ich fand diese Angabe bestätigt und war somit gezwungen, die Billets nur bis Namslau zu entnehmen und dort für die Weiterschaffung der Personen und des Gepäckes bis Konstadt auf's Neue Sorge zu tragen, was allerdings bei der Kürze der zuständigen Zeit und bei der Ungunst des Wetters und der Tagesstunde (Abend) nur mit vieler Unbequemlichkeit und der Gefahr des **„Sitzenbleibens"** erreicht werden konnte.

Soll denn niemals der Verdacht schwinden, daß die Eisenbahn-Verwaltungen immer noch hier und da dem Grundsatze huldigen und Zöpfe flechten, „daß das Publikum der Eisenbahnen wegen, nicht aber die Eisenbahnen des Publikums wegen da seien?!" [3299]

„Graf Oerindur, erklärt mir diesen Zwiespalt der Natur!"

Zur Erklärung meines früheren Hilfsgeistlichen Herrn Büchs in Nr. 64 der „Breslauer Zeitung" bemerke ich als der angegriffene Ortspfarrer, da mir das Kirchengesetz verbietet, in diesem Falle einen Geistlichen vor dem weltlichen Gericht zu verklagen:

Zur Verurtheilung bei Gericht habe ich nicht gewirkt, alle Organe des Gerichts sind Zeugen. Von der ohne meine Veranlassung erfolgten Anzeige wegen Bettelei von der Kanzel, wie es der Herr Staats-Anwalt vor mir nannte, weil trotz Ersatzes des Gesperrten und zahlreicher Sammlungen Unterstützungen öffentlich verlangt wurden, erhielt ich Kenntniß in einer wohlwollenden Unterhaltung mit diesem Herrn, welche mit dem Resultat schloß, dies mit dem Mantel der Liebe zu bedecken. Zu einer Klage wegen Beleidigung von der Kanzel rieth ich meinem Organisten und Lehrer Hrn. Przybilla nicht.

Wegen der Entlassung lautet die Verfügung des General-Vicariat-Amtes vom 29. September 1874 an Hrn. Büchs: „Den insolenten Ton in dem Schreiben vom 5. Juli den Sie sich in Folge Ihrer sehr motivirten Rectificirung erlaubt, verbieten wir uns ernstlich, und müssen Ihnen wiederholt bemerklich machen, daß in Czarnowanz lediglich ein Caplan dotirt ist, diesem nur die Functionen eines Kreis-Vicar übertragen sind, Sie in ersterer Eigenschaft salarirt werden und daher während Ihrer Anwesenheit in Czarnowanz unter der Direction des Pfarrers stehen. Glauben Sie in Ihren Rechten sich vom Pfarrer verletzt, so haben Sie sich deshalb an uns zu wenden, und werden wir stets bereit sein, bei begründeten Beschwerden Abhilfe zu schaffen. Wir würden Ihrem Antrage auf Entlassung sofort deferirt haben, wenn wir nicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen befürchten müßten, daß dadurch Ihre Subsistenz in Frage käme."

Daß nicht der Ortspfarrer die Stellung unerträglich machte, dafür sind Zeugen alle Pfarrer, welche in amtlicher Beziehung zu Herrn B. standen. Mit keinem Nachbargeistlichen pflegte er Umgang. Da ihm wiederholt amtlich eingeschärft wurde, daß er wie jeder andere Caplan sein Amt unter Direction des Pfarrers zu verwalten und diejenigen Functionen in Kirche und Schule zu verrichten habe, welche ihm vom Pfarrer übertragen werden (10. Mai 1873 Nr. 5462), so stellte ich bei dem fortwährenden offenen Widerstande des Herrn B. gegen meine Anordnungen und günstige Offerten die Gewissensfrage, welche von Andern nicht verstanden werden konnte: ob bei diesem Widerstande gegen meine höhern Orts befohlene Direction seine Functionen giltig wären? Er fungirte trotz dessen weiter fort, ohne daß ich dem Rathe benachbarter älterer Pfarrer und Erzpriester, meinem gegen mich predigenden Hilfspriester die Kanzel zu verbieten, Folge gab.

Meßstipendien habe ich niemals gesammelt, sondern nur angenommen. Ich konnte aber nicht, wie Herr B. verlangt, Alles ihm geben; taxmäßig gebührt für ein Amt vor bis incl. 10 Uhr von den 9 M. dem Geistlichen die eine, den Kirchdienern und der Kirchkasse für Kerzen die andere Hälfte; für mich blieb nichts. Vor Wahlmännern im Wahllocale von einer Strafe gesprochen zu haben, erinnere ich mich gar nicht; höchstens konnte ich bemerken, daß Herr B. sich selbst strafe, da er das qu. Geld in der Sacristei auf den Boden geworfen und erklärt habe, es sei das letzte Mal, daß er so ein Amt halte. Die Erlaubniß zum Biniren hatte ist für Nothfälle, so oft ich in der Begräbnißkirche celebriren mußte und noch eine Messe in der Pfarrkirche nöthig war. Das qu. Hochzeits-Cantatum sollte die Müllerbraut Franziska Lary bei Herrn B. bestellen; ich trug es ihr zwei Mal auf, Weil Herr B. wünschte, die Petenten sollten zu ihm kommen. Als ich erfuhr, daß Herr B. vor Ankunft der Hochzeit zur Messe ausgehen wolle, sandte ich sofort einen Boten an ihn, daß er das Hochzeit-Amt halten sollte. „Es sei jetzt zu spät", lautete die Antwort, er celebrirte. Später kamen die Hochzeitsgäste und verlangten mit Heftigkeit ihr Hochamt. Um Scandal zu vermeiden, hielt ich es, liquidirte aber meiner Person nichts dafür.

Zu der einträglichen Klosterstelle habe ich Herrn B. vorgeschlagen; die günstigsten Offerten von Hochämtern und Begräbnissen lehnte er oft ab. Er verlangte besondere Contracte, während wir Beide an das amtliche Regulativ gebunden waren, mit dem amtlichen Hinweis, daß bezüglich der Pfarrei Czarnowanz keine Ausnahme zu machen ist, und dem Pfarrer die Anordnung und Vertheilung der Arbeit zustehe. Vom Brachelegen weiß ich nichts. Herr B. hat in den letzten Jahren außer seinem officiellen Gehalt, mit dem die früheren Hülfspriester in Czarnawanz zufrieden sein mußten, so viele außerordentliche Unterstützungen erhalten, daß von neuen Schulden keine Rede sein könne; hat doch Herr Büchs sogar Geld zurückgewiesen, weil er die vorschriftsmäßige Quittung nicht geben wollte. Die opferwillige Kirchengemeinde, welche kurz vor Weihnachten zwei reichliche Opfergänge Herrn Büchs überreichen ließ, hat einen besseren Dank verdient. [3276]

Schwientek, Lic. der Theologie.

Offenes Sendschreiben an Herrn Erzpriester Rinke.

Erst heut kommt mir Euer Hochwürden „nota bene" auf meine im „Wanderer" erschienene Erklärung zur Hand. Der Zusammenhang zwischen Ihrer Antwort und meinem Hinweis ist mir wenig verständlich. Unter Bezugnahme auf die betreffenden Gesetzesstellen erinnerte ich Sie daran, daß Sie nicht berechtigt sind, mir gehörende Amtshandlungen, durch welche Sie die Renitenz einiger meiner Gemeindeglieder wissentlich unterstützen, vorzunehmen. Sie sprechen von einer Kluft, welche ich mir dadurch erweitere, daß ich mich durch Appellation an die Staatsbehörden gegen Ihre Eingriffe in meine Parochialrechte zu schützen suche und stellen an mich die öffentliche, durchaus nicht kluge Anfrage, ob es nicht heilsam und rühmlich wäre, aus der Wüste ins Vaterhaus zum Gehorsam gegen die gottergebene kirchliche Obrigkeit heimzukehren? Sie nöthigen mich, Ihnen auch öffentlich und zwar mit einem kategorischen „Nein" zu antworten. Die gottergebene kirchliche Obrigkeit, von der Sie reden, der Sie folgen, existirt für mich so lange nicht, bis dieselbe nicht aufhört, den Gesetzen des Vaterlandes Hohn zu sprechen und gegen den Geist des Evangeliums zu freveln, das klar und deutlich einen jeden Unterthan zum Gehorsam gegen die gleichfalls von Gott stammende Obrigkeit verpflichtet. Das Vaterhaus, das Sie rühmen, ist nicht das vom Heilande bezeichnet, in dem es gut sein könnte. Ich erkenne, offen und ehrlich gesagt, in demselben nichts Andres, als eine Vereinigung von Rebellen, eine Versammlung schwarzer Brüder, welche wohl von Treue gegen den Kaiser schwungvoll zu reden verstehen, aber von einer Unterwerfung unter das Gesetz, ohne welche jene doch nur ein leerer Wortschwall, nichts wissen wollen, durch ihr schlechtes Beispiel das Volk für eine revolutionäre Bewegung fanatisiren und gänzlich fern vom Geist der Liebe nur darauf sinnen, welche Hebel sie anzusetzen und welch' schändlicher Mittel sie sich zu bedienen

habell, um einen Staatspfarrer, der sich von seinen geistlichen Nachbarn in nichts Anderem unterscheidet, als daß er den Gesetzen des Landes treusten Gehorsam hält, beim Volke zu discreditiren, die Gemeinde ihm zu entziehen und wenn es möglich wäre, ihn in seiner ganzen Wirksamkeit lahm zu legen. Unerhört ist es, wie man diese Ziele verfolgt. Es scheint, als ob unsere Gegner in ihrem glühenden Haß und Sauluseifer alle Scham und allen Verstand verloren hätten. Selbst das einem jeden Christen Allerheiligste läßt man dabei nicht unangetastet. In der bekannten Ohlauer Affaire wurden in allen Theilen der Diöcese und darüber hinaus Sühnegottesdienste gehalten, weil ein Gendarm, ohne zu wissen, was er that, das Allerheiligste berührt — hier giebt es einen Katholiken, der wußte, was er that, als er an den einzelnen Markttagen auf dem Wege von Reichenbach nach Hüttmannsdorf die Fuhren katholischer Bauern benutzte, um heut zu den Katholiken nach dem höchst empfänglichen Olbersdorf, acht Tage später zu denen nach Girlachsdorf eine mir in den Mund gelegte furchtbare Gotteslästerung unter dem Ausruf höchster Entrüstung gelangen zu lassen. „Der Pfarrer von Girlachsdorf, trägt man sich von Haus zu Haus, hat sich in der Schule wegwerfend über das heil. Abendmahl geäußert, wenn es als heil. Wegzehrung zum Kranken getragen wird. Ob diese das Bischen Oblate hätten oder nicht, das wäre ganz egal." Welchem Christen ist das heil. Abendmahl nicht heilig? Wer weiß unter den Katholiken nicht, daß einem Priester nichts Schauerlicheres nachgesagt werden kann? Ist etwas Gemeineres auszudenken, mir alle 3 Gemeinden mit einem Schlage zu entreißen und in einem Moment zu vernichten, was ich unter Sturm und Wogendrang in einem ganzen Jahre aufgebaut? Kann man sich wundern, wenn ich immer und immer wieder die Königliche Staatsanwaltschaft beschäftigen muß? Euer Hochwürden tadeln solche Ueberschreitungen sicherlich. Vergessen Sie aber nicht, sich selbst zu gestehen, daß an solchen Producten des Fanatismus Niemand die Schuld trägt als gewisse Priester und Zeitungsschreiber, die sich durch falsche Belehrung des Volkes als Handlanger des Satans offenbaren und zur Lectüre von Blättern anhalten die Aller Verachtung würdig sind. Da liegt vor mir ein Blatt, in dem es heißt: Wer den geistlichen Functionen eines Staatspfarrers beiwohnt, ihm Vertrauen schenkt, seine Predigten anhört, begeht eine schwere Sünde, setzt sich der Gefahr aus, nach diesem Leben in Schwefel und Pech die ganze Ewigkeit gesotten zu werden. Die Umgebung des Staatspfarrers ist mit Seelengift geschwängert. Sehen auch seine Worte aus wie Honigseim, sind sie doch nichts Anderes als Teufelsleim. Der Staatspfarrer mag den Frieden predigen, zur Liebe ermahnen, vor Angriffen auf das Habe und den guten Namen des Nächsten warnen, den Leidenden Geduld, den Reichen Mitleid empfehlen, die Vaterlandsliebe als schönste Tugend preisen — Alles ist verachtungswürdig. Er ist einmal ein gefährliches Subject, das man fliehen muß. Wie anders, wird dazu sehr richtig bemerkt, erscheint der mit der canonischen Mission (etwas nach der Absetzung der Bischöfe radical Unmögliches) hochbegnadigte Nachbar. Da ist ja Alles Gottes Wort. Gottes Wort, wenn er Mißtrauen gegen die Obrigkeit erregt, Gottes Wort, wenn er Unfrieden in den Familien stiftet, den Altkatholiken flucht, die Marpingerei anpreist, von diocletianischer Verfolgung schwindelt. Halten Sie, hochwürdiger Herr, einmal Umschau, ob in Ihrer Nähe es nicht vielleicht einen Mitarbeiter giebt, der nach diesen Richtungen hin sich als thätig erweist, in meinen Gemeinden überall die für seine Schreiberei nöthigen Verbindungen anknüpft und als Reichenbacher Berichterstatter mit seinen Berichten, die durchweg auf vollster Unwahrheit beruhen, durch die Production der „Schles. Volksztg.", die seinetwegen bereits wieder in den Händen der Staatsanwaltschaft fest und sicher ruht — den Rücken zu decken sucht? Halten Sie Umschau. Sie sind dazu verpflichtet. Finden Sie das Uebel und reißen Sie es nicht mit der Wurzel aus, dann trifft Sie die Verantwortung. Ihr Schweigen heißt nichts Anderes als Zustimmen. Vor diesem Vorwurf schützte Euer Hochwürden dann nicht die goldene Jubelkrone auf silbergrauem Haar. Mit größter Ehrfurcht schaut die ganze hiesige Bewohnerschaft zu Ihnen hinauf, aber auch mit getrübtem Blick; denn es ist kein Geheimniß mehr, daß auch Sie sich nicht den Gesetzen des Vaterlandes beugen. Ihr Aufruf an mich zum Gehorsam gegen die kirchliche Obrigkeit ist eine Verlockung zum Ungehorsam gegen den Staat und das schwöre ich Ihnen feierlich zu: Fest und unabwendbar werde ich stehen und in dem mir zugefallenen schweren, aber auch schönen Kampfe ausharren bis an mein Lebensende. Stündlich spornt mich mein Gewissen dazu an. Was auch immer kommen mag, unter keinen Umständen werde ich in jenem Vaterhaus mein Sterbekissen suchen, auf das Sie mich weisen. Hüten Sie sich aber mir den Vorwurf zu machen, daß ich mit meinen Anschauungen, die von allen Vaterlandsfreunden gebilligt werden, mich in der Wüste befinde. Sie sprechen auf diese Weise auch wegwerfend über diese selbst. Ich könnte Ihnen denselben Vorwurf machen. Ich thue es nicht, weil ich annehme, Sie befinden sich in einem Irrthum, den Sie schwer überwinden können. Daß Sie aber im Irrthum, dafür genügen ein Paar Worte. Alles hat sich im Kirchenstreit in einen einzigen Punkt zugespitzt. Es ist dies die von der kath. Kirche in kirchlichen Dingen verlangte Souveränität. Sie bildet das, was die Bischöfe ihre Bedenken gegen die Maigesetze nennen. Sie berufen sich dabei auf ein kath. Dogma, daß sie nämlich nicht blos ein lehrendes, sacramentverwaltendes, sondern auch unumschränkt regierendes Amt haben. Nimmt man das Letztere an, so ist die Folgerung: „Die Bestimmung der Grenzen des vom Papst und Bischöfen zu beherrschenden Gebietes kommt ihnen allein zu, fix und fertig. Eine Concurrenz des Staates findet ipso facto durchaus nicht statt. Ausdrücke der Bischöfe, seien Sie offen, hochw. Herr, welche so klingen, als wolle die Kirche ja nur nicht den Staat allein über jene Gebietsgrenze bestimmen lassen, vielmehr sie durch Uebereinkommen mit ihm bestimmen, sind nur darauf berechnet, die Staatsregierung zu täuschen; denn genau betrachtet, sind dergleichen Uebereinkommen bloße Motive für die Kirche, nach denen sie die Grenzen doch nur ihrerseits festsetzt. Sie geht sogar so weit durch den Mund des gegenwärtigen Papstes, die allerdings ganz consequente Meinung ausdrücklich zu billigen, daß solche Verträge zwischen Staat und Kirche blos den Staat binden, die Kirche aber nicht, dieser vielmehr frei bliebe, jedes Concordat bei Seite zu setzen, sobald das seelsorgerliche Bedürfniß dies verlangt. Das weiß der Staat. Darum sein Appell an seine eigene Souveränität. So stehen sich die beiden souveränen Mächte einander gegenüber. Dem souveränen Staat liegen bei Bestimmung der Grenzen seiner Macht Gesichtspunkte der Seelsorge gänzlich fern. Er läßt sich von höheren staatlichen Interessen, welche die Leiter der Kirche oft gar nicht ahnen (es ist das nicht ihr Beruf) bestimmen und realisirt die herrliche Idee der Nothwendigkeit, die geistliche Gewalt auf geistliche Dinge zu beschränken. Dazu bedarf er keiner Bevormundung. Er handelt nach seiner Weisheit, seiner Art. Seine Wachsamkeit geht nur darauf, der Kirche den Boden nicht zu beengen, auf welchem sie ihre kirchlichen Aufgaben zu lösen hat, sich selbst aber durch einen Gesetzeswall gegen alle Eventualitäten zu schützen, zumal die Bischöfe ihm von vornherein den Gehorsam aufgesagt. Dieses staatliche Bestreben ist um so gerechtfertigter, je größer das gänzlich unbegründete, durch nichts unterstützte Mißtrauen ist, welches die Kirchengewalt mit schwerstem Unrecht in die des Staates setzt, und je kühner die hierarchische Partei das wirklich unerhörte Ansinnen stellt, mit ihr über die Pflicht des Gehorsams gegen sanctionirte Gesetze zu unterhandeln. Das muß doch einem Jeden, der guten Willens ist, klar sein, daß die hohe Staatsregierung, der es nach des erlauchtesten Kaisers Wort nicht im Entferntesten einfällt, die Kirche ihrer unveräußerlichen Rechte zu berauben und verletzend ihr inneres Heiligthum zu betreten, sich niemals zu solchen Verhandlungen wird erniedrigen können. Viel zu edel ist seine stolze Haltung gegenüber dem hochmüthigen und hochfahrenden Treiben des Ultramontanismus. Einmal aber wird ihm die Geduld zu Ende gehen und dann wird die Diöcese, ganz Deutschland nur noch Staatspfarrer als die einzigen Priester sehen und Klagelieder singen hören über die Greuel der Verwüstung, die durch die Schuld unserer Gegner in Gottes Weinberg gekommen sind. Gott gebe, daß, wenn auch schon hoch bei Jahren Ew. Hochwürden sich beugen, die Bruderhand mir reichen und sich Ihrer Gemeinde nicht eher entziehen, bis der Herr Sie ruft. Das „Euge serve bone", wohlan du getreuer Knecht, wird Ihnen nicht vorenthalten werden, wenn Sie die Gesetze des Vaterlandes freudigst anerkennen. Ihre goldene Krone wird dann herrlicher als Diamanten strahlen. Die Leiden des Volkes, dessen höchstes Gut, dessen innerer Friede in größter Gefahr, müssen Sie meinem Rufe zur Nachfolge geneigt machen. Je länger der Clerus zögert, um so erdrückender des Volkes Qual. Harren Sie aber aus auf ihrem nichtevangelischen Standpunkte, nun so gehen wir eben getrennte Wege. Möchten wir uns dann jenseits als Männer wiedererkennen, die nur ein Ziel: der Brüder, der Kirche und des Vaterlandes Heil vor Augen gehabt. Gott segne und erhalte Sie.

Hochachtungsvoll ergebenst [3298]

Girlachsdorf, den 13. Februar 1877. **Paul Pischel, Pfarrer.**

Hocherfreut durch die Nachricht, dass unsere Tochter **Sophie Richter, geb. Lipinski** (St. Louis Mo. Nordamerika), am 14. Februar von einem Knaben glücklich entbunden wurde, zeigen wir dies hierdurch statt jeder besonderen Meldung Freunden und Bekannten ergebenst an. [1598]

Breslau, den 15. Februar 1877.

Dr. Schwand und Frau.

Durch die Geburt eines muntern Knaben wurden hocherfreut [1599]

Louis Grätzer,
Nanni Grätzer, geb. **Löwi.**

Breslau, den 14. Febr. 1877.

Durch die glückliche Geburt eines muntern Töchterchens wurden erfreut

[1609] **H. Schönwald und Frau.**

Durch die Geburt eines Töchterchens wurden heut hoch erfreut

D. Luft und Frau Marie,
[1597] geb. **Eisner.**

Krappitz, den 14. Februar 1877.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, den heut früh erfolgten Tod unseres Vereinsmitgliedes [1617]

Adolf Rosencranz,

cand. phys.

anzuzeigen.

Beerdigung Sonntag Nachm. 3 Uhr. Trauerhaus Kupferschmiedestr. 46.

Breslau, den 15. Februar 1877.

Der mathematische Verein.

J. A.: **M. Schneidemühl,** cand. math.

Heute Morgen 7 Uhr folgte nach kurzem Krankenlager unser geliebter Vater und Großvater,

Herr Seelig Lustig,

unserer vor 2 Tagen ihm vorangegangenen vielgeliebten Mutter und Großmutter ins Jenseits. [695]

Um stille Theilnahme bitten

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Gleiwitz, Leipzig, Leschnitz, den 13. Februar 1877.

Heute Nachmittag 1¾ Uhr verschied sanft nach langen Leiden unsere geliebte Schwieger- und Großmutter, die verw. Frau Kaufmann

Emilie Scholtz,

geb. **Busch,**

im 65. Lebensjahr. [696]

Dies zeigen um stille Theilnahme bittend tiefbetrübt an

Frau **Clara Scholtz** nebst Kindern.

Sagan, den 13. Februar 1877.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Lt. im Kür.-Regt. Königin Herr v. Schlieffen in Pasewalk mit Fräul. Emmy Keibel in Schwarzensee.

Geboren: Ein Sohn: d. Rector Hrn. Dr. Wunnenberg in Bonn. — Eine Tochter: d. Hptm. in der 8ten Gendarmerie-Brigade Herrn Baron v. Rheinbaben in Düsseldorf, d. Polizei-Lt. Hrn. Hänel in Berlin, dem kgl. Bau-Inspector Hrn. Krause in Berlin.

Todesfälle: Frau Rittmeister von Hagen in Metz. Verw. Frau Kreis-Gerichts-Rath Giesecke in Nowaweß.

Danksagung.

Zu meinem 50jährigen Amtsjubiläum am 7. d. Mts. sind mir von nah' und fern so viele Beweise ehrenden Wohlwollens zu Theil geworden, daß ich dem Bedürfniß meines Herzens, den verehrten Gönnern und Freunden besonders Dank zu sagen, nicht zu entsprechen vermag, daher allen hiermit ein herzlichstes „Gott vergelts!" zurufe. [700]

Slawentzitz, den 12. Februar 1877.

A. Mücke, Hauptlehrer.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Die Herren Actionaire der
Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft
werden hierdurch zu der auf
Freitag, den 2. März cr., Nachmittags 3 Uhr,
anberaumten
ordentlichen zweiundvierzigsten General-Versammlung
im Saale unseres Gesellschaftshauses, Breite Weg Nr. 7 und 8 hierselbst, ergebenst eingeladen.

In derselben werden folgende Gegenstände zur Berathung und Beschlußnahme gelangen:

1) Bericht des Verwaltungsraths über den Befund der im vorigen Jahre zur Prüfung vorgelegten Bilanz pro 1875 und Antrag auf Decharge (§ 43 des revidirten Statuts von 1870).
2) Bericht des Verwaltungsraths über die Lage des Geschäfts und über die Resultate des letztverflossenen Jahres im Allgemeinen.
3) Vorlage der Jahresrechnung und Bilanz pro 1876 und specieller Bericht über die Resultate desselben Geschäftsjahres Seitens des Vorstandes.
4) Wahl von zwei Mitgliedern des Verwaltungsraths.

Die erforderlichen Eintrittskarten werden vom **Montag, den 26. dieses Monats** ab, bis **zum Freitag, den 2. März d. J., Mittags 12 Uhr,** an unserer Hauptkasse im Gesellschaftshause ausgegeben.

Anmeldungen wegen Vertretung abwesender Actionaire müssen in Gemäßheit des § 44 unseres Revidirten Status von 1870 **bis zum 1. März cr.** eingereicht werden.

Magdeburg, den 13. Februar 1877. [3277]

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Für den Verwaltungsrath. **Schrader.** — Der General-Director. **Friedr. Knoblauch.**

Zum Tauentzien!

Nach außerhalb in Kisten à 25 und 50 Flaschen u. Gebinden jeder Größe.

Tauentzienplatz 1b, an der Post.

24 Fl. Oppelner Schloß-Lagerbier à 3 Rmk.

13 Fl. Culmbacher Exportbier von G. Sandler, Culmbach, à 3 Rmk.

frei ins Haus.

Die comfortabel eingerichteten **Bier-Salons** empfehlen sich durch **großartige Beleuchtung, beste Ventilation, elegante Ausstattung** und vortreffliche **Wiener Küche.** [3086]

Oberschlesische Eisenbahn.

Am 10. Februar cr. ist zum Ost-Mitteldeutschen Verband-Tarif vom 15. Juni 1874 ein Nachtrag XX. in Kraft getreten, welcher Aenderungen der Waaren-Classification, sowie Aufhebung des Frachtzuschlages für Knochenschrot und Knochenasche enthält. [3309]

Druckexemplare sind bei der Stationskasse in Thorn zu haben.

Breslau, den 10. Februar 1877.

Königliche Direction.

Mit dem 15. d. Mts. tritt zum Mitteldeutsch-Schlesischen Verbandtarif ein Nachtrag XXV., enthaltend Aufnahme der Station Rosdzin in den Verband, sowie Ausdehnung der Bestimmungen des Tarif-Nachtrages XXIV. auf die Station Bingen in Kraft. und ist auf den Verband-Stationen zu haben [3308]

Breslau, den 11. Februar 1877.

Direction der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn.
Directorium der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.
Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Die Giltigkeitsdauer des Nachtrages VIII. zum Tarif für die Beförderung von Gütern 2c. zwischen Berlin und Frankfurt a. O. einerseits, und Stationen der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn via Kohlfurt und via Reppen andererseits, wird bis auf Weiteres mit Vorbehalt des Widerrufs bei sechswöchentlicher Kündigungsfrist prolongirt.

Breslau, den 12. Februar 1877. [3300]

Directorium der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft als geschäftsführende Verwaltung.

Ankündigung.



In der Stadt Tarnow (Westgalizien, Eisenbahnstation) wird der erste diesjährige Pferdemarkt am 19. März 1877 und den folgenden Tagen abgehalten werden. — Dieser Pferdemarkt zeichnet sich aus durch einen bedeutenden Zutrieb Pferde edelster Abstammung.

Tarnow, 8. Februar 1877. [702]

Schluß-Auction von Oelgemälden.

Sonnabend, den 17. Februar, Vormittags von 10½ Uhr, nöthigenfalls Nachmittags von 3 Uhr ab, werde ich Ohlauerstraße Nr. 40 im Gewölbe den Restbestand von 120 Stück Oelgemälden (Originale von berühmten Meistern) meistbietend versteigern.

E. Lawatzeck, Auctions-Commissar.



Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft.

Directe Post-Dampfschifffahrt

zwischen **Hamburg** und **New-York,**

Havre anlaufend, vermittelst der **prachtvollen deutschen Post-Dampfschiffe:**
Herder 21. Februar, **Frisia** 28. Februar, **Wieland** 7. März,
Cimbria 14. März, **Gellert** 21. März,
und weiter regelmäßig jeden Mittwoch.

Passagepreise: I. Cajüte M. **500,** II. Cajüte M. **300,** Zwischendeck M. **120.**

Zwischen **Hamburg** und **Westindien,**

Havre anlaufend, nach verschiedenen Häfen **Westindiens** und **Westküste Amerikas:**
Hammonia 22. Februar, **Vandalia** 8. März, **Allemannia** 22. März,
und weiter regelmäßig am 8. und 22. jeden Monats.

Nähere Auskunft wegen Fracht u. Passage ertheilt der General-Bevollmächtigte

August Bolten, Wm. Miller's Nachf.
in **Hamburg, Admiralitätstraße Nr. 33/34**
[175] (Telegramm-Adresse: **Bolten, Hamburg**),
sowie in **Breslau** der conc. Agent **Julius Sachs,** Carlsstraße 24.

Regelmäßige Dampfschifffahrt

Bordeaux — Stettin,

erste diesjährige Expedition Anfangs März. [3180]

Partien von mindestens 25 Tons zahlen Segelschiffs-Fracht.

Näheres bei: **F. W. Hyllested** in **Bordeaux.**

Proschwitzky & Hofrichter in Stettin.

Für Lungen-, Luftröhren- u. Unterleibs-Kranke.

Kurort **Ober-Salzbrunn** im schlesischen Gebirge.

Brunnenversandt während des ganzen Jahres sowohl durch uns wie durch jede Mineral-Wasser-Handlung. **Saison** vom 1. Mai bis 30. September. Größte **Molken-Anstalt.** Ausgedehnte **Bade-Anstalten.** Kuren mit **Kräutersäften.** Mildes Klima in herrlicher Gebirgs-Gegend. Prachtvolle Promenaden.

Fürst von Pleß'sche Brunnen-Inspection. [3273]

דען געעהרטען יודישען הערשאפטען צייגע היערמיט אן דאז איך

פאם הייטיגען טאגע אב שענקטע

כָּשֵׁר פְלֵייש

פערקויפע, אונד ביטטע איך אום גיטיגען צושפרוך · האכאכטונגזפאל

ר׳ האכמוט

פליישערמייזטער, הוממערעייא 5.

Brust-Caramellen, Baierisch Malzzucker, Husten-Tabletten, Sahnbonbons 2c.

empfiehlt als vorzüglichste Mittel gegen Husten und Heiserkeit zu billigsten Preisen [3205]

S. Crzellitzer, Zuckerwaaren-Fabrik, Antonienstraße 3.

Nothwendiger Verkauf.

Das Grundstück Mehlgasse Nr. 21, Ottostraße Nr. 2, eingetragen im Grundbuche von der Odervorstadt zu Breslau Band XVI. Blatt 51, dessen der Grundsteuer unterliegende Flächenraum 3 Ar 60 Quadratmeter beträgt, ist zur nothwendigen Subhastation schuldenhalber gestellt.

Es beträgt der Grundsteuer-Reinertrag davon 4 Mark 23 Pf. Zur Gebäudesteuer ist das Grundstück noch nicht definitiv veranlagt.

Die Bietungs-Caution ist auf 11,820 Mark festgesetzt.

Versteigerungstermin steht

am 11. Mai 1877, Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Richter im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes an.

Das Zuschlagsurtel wird

am 12. Mai 1877, Mittags 12 Uhr,

im gedachten Geschäftszimmer verkündet werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau XII b. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion, spätestens im Versteigerungstermine anzumelden. [158]

Breslau, den 31. Januar 1877.

Königl. Stadt-Gericht.
Der Subhastations-Richter.
(gez.) Dr. **George.**

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist bei Nr 165, die Firma [159]

Gebrüder Friederici

betreffend, Folgendes:

„Der Kaufmann **Adolf Friederici** ist durch Tod aus der Gesellschaft geschieden; der Kaufmann **Georg Friederici** zu Breslau als Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten,"

heut eingetragen worden.

Breslau, den 10. Februar 1877.

Kgl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 3762 das Erlöschen der Firma

Adolf Süßmann jr.

hier heute eingetragen worden. [160]

Breslau, den 12. Februar 1877.

Kgl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 4322 das Erlöschen der Firma

M. Lustig

hier heute eingetragen worden. [161]

Breslau, den 12. Februar 1877.

Kgl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist bei Nr. 4327 das Erlöschen der Firma

Wilh. Brehm

hier heute eingetragen worden. [162]

Breslau, den 12. Februar 1877.

Kgl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Tagearbeiter **Heinrich Speer** hierselbst und den Erben des verstorbenen Maurerpoliers **Johann Langer** von hier gehörige Grundstück Nr. 497 Freiburg, auf dem zwei Wohnhäuser befindlich, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

am 2. März 1877, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Subhastations-Richter im Parteienzimmer auf hiesigem Rathhause verkauft werden.

Zu dem Grundstücke gehören 22 Ar 70 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegende Ländereien, und ist dasselbe bei der Grundsteuer nach einem Reinertrage von 14 Mark 25 Pf., bei der Gebäudesteuer noch nicht veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die neueste beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, die besonders gestellten Kaufsbedingungen, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen können in unserem Bureau während der Amtsstunden eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Das Urtheil über Ertheilung des Zuschlages wird [1120]

am 3. März 1877, Vormittags 10 Uhr,

in unserem Gerichtszimmer von dem unterzeichneten Subhastations-Richter verkündet werden.

Freiburg, den 15. December 1876.

Königl. Kreis-Gerichts-Commission.
Der Subhastations-Richter.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Bauergutsbesitzer **Diedrich Rensing** zu Krintsch gehörige Grundstück Nr. 34 Krintsch soll im Wege der nothwendigen Subhastation

am 18. April 1877, Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Subhastations-Richter in unserem Gerichts-Gebäude, Parteienzimmer Nr. 3, verkauft werden.

Zu dem Grundstück gehören 38 Hektar 91 Ar 20 Quadrat-Meter der Grundsteuer unterliegende Ländereien und ist dasselbe bei der Grundsteuer nach einem Reinertrag von 396,82 Thlr., bei der Gebäudesteuer nach einem Nutzungswerthe von 168 Mark veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der neueste Hypothekenschein, die besonders gestellten Kaufbedingungen, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen können in unserem Bureau I c. während der Amtsstunden eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthums- oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Das Urtheil über Ertheilung des Zuschlages wird

am 19. April 1877, Mittags 12 Uhr,

in unserem Gerichts-Gebäude, Parteienzimmer Nr. 3, von dem unterzeichneten Subhastations-Richter verkündet werden. [422]

Neumarkt, den 2. Februar 1877.

Königl. Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.
Gebel.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter der laufenden Nr. 44 der Firma

Hirschel Cohn

folgender Vermerk eingetragen worden:

Die Firma ist nach dem Tode des Inhabers **Israel Cohn** auf die Miterbinnen **Friederike Cohn** und **Dorothea Cohn** übergegangen, und die nunmehr unter der Firma **Hirschel Cohn** bestehende Handelsgesellschaft unter Nr. 21 des Gesellschafts-Registers eingetragen. [425]

Ferner ist in unser Gesellschafts-Register bei Nr. 21 die Handels-Gesellschaft

Hirschel Cohn

zu Neumarkt mit nachstehenden Rechtsverhältnissen:

Die Gesellschafter sind:
a. das Fräulein **Friederike Cohn** zu Neumarkt,
b. das Fräulein **Dorothea Cohn** daselbst.

Die Gesellschaft hat am 1. October 1876 begonnen.

Jeder der Gesellschafterinnen **Friederike** und **Dorothea Cohn** steht die Befugniß zu, für sich allein die Gesellschaft zu vertreten und deren Firma zu zeichnen.

zufolge Verfügung vom 7. Februar 1877 am 9. Februar 1877 eingetragen worden.

Neumarkt, den 7. Februar 1877.

Kgl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist sub 394 das Erlöschen der Firma [424]

Herrmann Thiel & Co.

zu Schweidnitz heut eingetragen worden.

Schweidnitz, den 12. Februar 1877.

Kgl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Kgl. Oberförsterei Stoberau.

Holzversteigerung.

Am Donnerstag, den 22. Februar cr.,

werden zu Stoberau in **Gerber's** Gasthause **von Vormittags 9 Uhr ab** folgende Holzquantitäten zum Ausgebot kommen: [423]

I. a) **Schutzbezirk Altcöln, Jagen 130, 138b.:**
522 Stück Nadelholzstämme (meist Kiefern),

b) **Schutzbezirk Stoberau, Jagen 140, 148a.:**
6 Stück Eichenstämme,
2 Stück Birkenstämme,
6 Stück Erlenstämme,
908 Stück Nadelholz Stämme (darunter 357 Kiefern),

c) **Schutzbezirk Moselache Totalität:**
5 Stück Eichen-Stämme,
1 Stück Birken-Stamm,
223 Stück Nadelholz-Stämme,

II. Außerdem aus allen Schutzbezirken des Reviers circa 10,000 Rmtr. Brennholz aller Sortimente vom Einschlage pro 1876.

Der Oberförster.
Scott Preston.

Photographie.

Zur Aufnahme sauberer Photographien empfehlen sich am Orte wie in der Provinz, insbesondere den Vereinen, Gesellschaften 2c., sowie zu Vergrößerungen bis zur Lebensgröße von jedem Bilde, bei auffallend billigen Preisen [3199]

Gust. Becker & Comp.,
Ohlauerstraße Nr. 9.

Bekanntmachung.

Der Verkauf der der Spiritusfabrik Alt-Grottkau Eingetragene Genossenschaft in Alt-Grottkau gehörige **Spiritusfabrik mit Eiskeller, Lagerräumen und umfriedigtem Grundstück von ca. 4 Morgen** findet [279]

am Dinstag, den 17. April 1877, Vorm. 10 Uhr,

an Ort und Stelle in **Alt-Grottkau** statt.

Es beträgt der Grundsteuer-Reinertrag 3,20 Thlr., der Gebäudesteuer-Nutzungswerth 144 Mark. Sämmtliche Baulichkeiten sind in gutem Zustande und mit sämmtlichen Maschinen und Apparaten gegen Feuersgefahr mit 81,636 Mark versichert.

Das Gesammt-Grundstück wird wie es steht und liegt an den Bestbietenden verkauft.

Erlaubniß zur Besichtigung der Baulichkeiten 2c. und die näheren Kaufbedingungen ertheilen die Unterzeichneten, welche an jedem Dinstag im Geschäftszimmer der Spiritusfabrik in Alt-Grottkau, Vormittags von 10 bis 12 Uhr, anzutreffen sind.

Alt-Grottkau, den 16. Januar 1877.

Die Liquidatoren der Spiritusfabrik Alt-Grottkau
Eingetragene Genossenschaft.

Kaudel, Neu-Hammer per Falkenau. **Laqua,** Sorgau bei Alt-Grottkau.

Schießwerder-Verpachtung.

Die Restauration im Schießwerder zu Breslau soll vom 1. April 1877 ab auf 3 Jahre anderweitig meistbietend verpachtet werden. [367]

Hierzu haben wir einen Termin **auf Dinstag, den 20. d. M., Vormittags von 10—12 Uhr, in unserem Bureau II, Elisabetstraße Nr. 10, 2 Treppen hoch, Zimmer Nr. 36,** anberaumt, zu welchem wir Pachtlustige mit dem Bemerken einladen, daß die Verpachtungs-Bedingungen in der Dienerstube des Rathhauses ausgehängt sind.

Breslau, den 8. Februar 1877.

Der Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Am 1. März c. wird die Stelle eines

Polizei-Sergeanten

hierselbst frei und soll alsbald wieder besetzt werden. Wir ersuchen qualificirte Bewerber, sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse **bis zum 24. d. M.** bei uns zu melden. Das Gehalt der Stelle beträgt 900 Mark und 60 Mk. Kleidergeld. [386]

Hirschberg, den 6. Februar 1877.

Der Magistrat.

Druckfehler-Berichtigung.

In der Bekanntmachung des **Magistrats von Striegau,** betreffend „**Vacante Lehrerinstelle**" („Bresl. Ztg." vom 14. Febr. c., zweite Beilage zu Nr. 74), ist als Endtermin für die Bewerbungen statt 15. Mai c. zu lesen: **15. März c.** [420]

Vacantes Diakonat.

Das in Folge Versetzung des gegenwärtigen Inhabers zur Erledigung kommende Diakonat an unsrer Stadt-Pfarrkirche, mit welchem zunächst ein Einkommen incl. Staatszuschuß von 2100 Mark außer freier Wohnung verbunden ist, soll baldigst durch uns besetzt werden. Bewerbungsgesuche nebst Zeugnissen sind bis zum 15ten März c. an den unterzeichneten Gemeindekirchenrath zu richten. [699]

Neisse, den 13. Februar 1877.

Der ev. Gemeinde-Kirchenrath und die Gemeinde-Vertretung.

Bekanntmachung.

Montag, den 19. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,

werde ich auf der Besitzung des Maschinenfabrikanten Herrn **W. Orbe** hierselbst [421]

eine Mähmaschine

gegen gleich baare Zahlung meistbietend verkaufen.

Creuzburg OS., den 14. Febr. 1877.

Der gerichtl. Auct.-Commissarius.
Glatzel.

A. Sudhoff's Glacéhandschuh-Fabrik

Weidenstraße 31. [1546]

Beamte

können unter Discretion Geld erhalten **Kleine Holzgasse Nr. 7,** 2 Treppen, im Comptoir. [1531]

Haut- und Geschlechts-Krankheiten beh. spec. Dr. **Demlow,** jetzt Malerg. 30, I.

Geschlechtskrankheiten,

Syphilis u. deren Folgen, **Haut- u. Frauenkrankh., Schwächezustände: Pollut., Impotenz,** auch die veraltetsten Fälle, heile ich brieflich mit sicherm Erfolg. Die Kur ist ohne Berufsstörung und nach den neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen. **Dr. med. Zilz, Berlin, Prinzenstr. 62.** [478]

Gegen Impotenz, sexuelle Schwäche 2c.

schnelle und sichere Hilfe durch Apotheker **William** und **Dehnel's Heil-Extract.** [1611]

General-Depot bei **Dehnel** in Breslau, Alte Kirchstraße Nr. 12.

Heiraths-Gesuch.

Ein **gebildeter Kaufmann, Geschäftsinhaber,** [3295]
evang., 30 Jahre alt, von ganz angenehmem Aeußeren und solidem Charakter,

sucht,

behufs Verheirathung, die

Bekanntschaft

einer **jungen, gut erzogenen,** vermögenden

Dame zu machen.

Ernstgemeinte Anträge nebst Beifügung einer Photographie (welche ev. zurückgesandt wird), werden unter Chiffre H. 2346 an die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler, Breslau,** erbeten.

Discretion Ehrensache.

Ein Königl. Verwaltungsbeamter, z. Z. mit 2400 Mk. Einkommen, über 30 Jahre alt, von einnehm. Aeußern sucht **eine Lebensgefährtin.** Bemittelte Damen, welche hierauf reflectiren, werden gebeten, ihre Adressen nebst Photographie unter T. R. J. hauptpostlagernd Breslau niederlegen zu wollen. Vermittler verbeten. Verschwiegenheit Ehrensache. [1605]

Eine Besitzung,

in der unmittelbaren Nähe Krakaus, ist aus freier Hand **zu verkaufen.** Die Besitzung: ein großes gemauertes Haus mit Nebengebäude, ein großer Gemüsegarten, etwa 7 Magd. Morgen und reichliches Wasser zur Verfügung, geeignet zu Fabrikanlage. **Preis:** 12,000 Gulden. Adresse: **B. Hoff** in **Kawiory** bei Krakau. [750]

Hausverkauf.

In einer Kreis- und Garnisonstadt, mit Gymnasium und höherer Töchterschule der Provinz Posen, 1 Meile von der schlesischen Grenze, Bahnstation, ist ein herrschaftliches Grundstück, bestehend aus einem Haupt-Gebäude, drei massiven Seitenhäusern, Stallungen und großem Garten sofort für 14,000 Thlr. zu verkaufen. Anzahlung 5000 Thlr. Anfragen unter Adresse D. G. 654 postlagernd Krotoschin. [597]

Gärtnerei!

Ein Haus in Creuzburg OS. mit großem Garten und einer guten Wiese, am Wasser belegen, auch bisher als Gärtnerei vermiethet, ist alsbald zu verkaufen oder auf beliebige Zeit zu verpachten. Bei Kauf ca. 2500 Mark Anzahlung. Nähere Auskunft durch Herrn **Thielmann's Buchhandlung** in **Creuzburg.** [679]

Ein Grundstück,

8 Morgen guter Boden, mit Wohnhaus, in Neustadt OS., ganz nahe dem hiesigen Bahnhofe und von dem Prudnikflusse begrenzt, ist preismäßig

zu verkaufen.

Die Lage ist eine vorzügliche, Anfuhr von allen Seiten; das Grundstück eignet sich zur Anlage einer Mühle, Fabrik u. s. w. oder zu Bau- und Lagerplätzen. Da der Eisenbahn-Verkehr ein umfangreicher zu werden verspricht, so ist der Erwerb jedenfalls eine gute Gelegenheit zur Capitals-Anlage. [3293]

Nähere Auskunft ertheilt kostenfrei **Kossmann, Commissionär.**

In einer größeren Stadt Oberschles. ist ein rentables **Colonial- und Destillations-Geschäft** bester Lage unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen bei einer Anzahlung von 2000 bis 3000 Mark. [686]

Offerten bitte postlagernd Beuthen O.-S. unter Chiffre K. L. Nr. 898 einzusenden.

Die an der großen Pfarrkirche zu Striegau belegene [658]

Burgruine

u. d. dazu gehörige große Obstgarten mit vorzüglichen Früchten, Raum zu jeglicher Fabrikanlage, ev. zu ruhigen, stillen Wohnungen, ist aus freier Hand **zu verkaufen.**

Nähere Auskunft ertheilt Bahnhofs-Inspector u. Pr.-Lieutenant **Hoffmann** in **Schwientochlowitz** u. Böttchermstr. **Mertsch in Striegau.**

Ich beabsichtige mein **Wein-Geschäft** mit den dazu gehörigen Räumlichkeiten zu vermiethen und bitte, bezügliche Anfragen an meine Adresse zu richten. [3291]

Ratibor, im Februar 1877.

M. Albrecht.

Ein bisheriger Beamter wünscht v. 1. April cr. ab ein **Schank- oder Restaurations-Geschäft** in einem lebhaft. Orte Oberschl. **pachtweise zu übernehmen,** wozu voraussichtlich 5- bis 600 Thaler Betriebs-Capital genügen.

Pachtbedingungen bis Ende Febr. cr. franco erbeten sub **L. 4361** an **Rudolf Mosse in Breslau.** [3285]

Hosenschoner,

zum Einschrauben, sind wieder am Lager. [3224]

M. Charig,
Blücherplatz 18,
Knopfhandlung.

Frische Rehblätter,

Rehrücken u. -Keulen empfiehlt **G. Pelz,** Ring Nr. 60, Oderstr.-Ecke.

Baierischer Hopfen,

5—6 Ctr. 1875er Ernte, preiswerth zu verkaufen durch [1615]

Louis Phemel,
Breitestraße 45.

Eine Erfindung von ungeheurer Wichtigkeit ist gemacht. Dr. Wakerson in London hat einen Haarbalsam erfunden, der das Ausfallen der Haare sofort stillt; er befördert den Haarwuchs auf unglaubliche Weise und erzeugt auf ganz kahlen Stellen neues volles Haar, bei jungen Leuten von 17 Jahren an schon einen prächtigen Bart. Das Publikum wird dringend ersucht, diese Erfindung nicht mit den gewöhnlichen Schreiereien zu verwechseln. Dr. Wakerson's Haarbalsam in Original-Metallbüchsen, à 1 und 2 Thlr., ist echt zu haben in Breslau bei **S. G. Schwartz,** Ohlauerstraße 21. [3290]

Petroleum

à Liter 35 Pfg., à Pfd. 22 Pfg.
A. Gonschior, Weidenstr. 22.

Der Ausverkauf

des Fingerhut'schen Glaswaaren-Lagers Ring 8 dauert fort. Das Lager ist noch reich assortirt und wird, um schnell zu räumen, zu jedem Preise verkauft.

(Die Repositorien sind billig zu verkaufen.) [1604]

3297 Die **Haarnadel**-Fabrik von **Modes & Brauer** in **Plagwitz-Leipzig** empfiehlt ihre tadellosen Fabrikate bei stets **umgehender** Ausführung zu billigsten Preisen. Ebenso Zettelhaken, Schürzenketten, Schiefertafelecken 2c. 2c.

Kapaunen,

150 Stück, sind noch abzugeben in den **Ludwig'schen Vorwerken,**
[3272] **Liegnitz, Jauerstraße.**

Donnerstag, den 15. März 1877,

verkauft das unterzeichnete Dominium aus freier Hand zu festgesetzten Preisen:

75 Stück Rambouillet-Vollblut-Böcke.

Vor dem Verkaufstermin wird kein Bock verkauft. [2939]

Programme werden nach dem 15. Februar auf Wunsch übersandt.

Auch sind circa

50 Stück Rambouillet

zur Zucht brauchbare Mutterschafe zu verkaufen.

Shorthorn und Holländer Bullen

im Alter von 3 bis 15 Monat, sowie

Lincolnshire

Eber und Sauen stehen hier jederzeit zum Verkauf.

Nur für angemeldeten Besuch stehen am Verkaufstage Wagen zur Abholung bereit.

Nächste Poststation Wissek (¼ Meile).
Nächste Eisenbahnstation Weissenhöhe (1½ Meile).

Dom. Czaycze bei Wissek, den 1. Februar 1877.

Ritthausen.



Der Bock-Verkauf

über **40 sprungfähige Merino-Kammwoll-Böcke** aus der Stammheerde der Fürstlich Reußischen Domaine Neudorf (Tochterheerde aus Krebsow) beginnt am **24. Februar c., Mittags 1 Uhr.**

Neudorf, Bahnstation Dt.-Eylau, Kreuzpunkt der Thorn-Insterburger und Marienburg-Mlawkaer Bahn. [2279]

R. Doehling.

Eine schon gebrauchte, aber noch gut erhaltene, vier bis sechs Pferdekraft **Dampfmaschine,** wo möglich mit Fieldschem Röhrenkessel, wird zu kaufen gesucht. [701]

Offerten werden sub D. 14 postlagernd Kattowitz erbeten.

Geldschrank billig zum Verkauf Schießwerderstraße 26. [1615]

Eine hochelegante **eichene Speise-Einrichtung,** bestehend aus Sopha, Fauteuils, Polsterstühlen, Speisetisch, Trumeau und Buffet, sowie verschiedene eleg. Salon-, Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtungen sind sehr billig abzugeben [3297]

6, Junkernstraße 6.
Em. Koblynski.

Eine erst wenig gebrauchte und noch gut erhaltene **Brennerei-Einrichtung soll** wegen Wirthschaftsveränderung billig **verkauft werden.** Offerten unter **H. 4358** befördert **Rudolf Mosse, Breslau.** [3289]

Linden-Nutzholz.

Mittwoch, den 21. Februar cr., Vormittags 10 Uhr, werden auf der Kletschkauer Feldmark, dicht an der Stadt Schweidnitz, circa **70 Stück lindene Klötzer** von verschiedenen Dimensionen gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft. [3288]

Schweidnitz, den 14. Februar 1877.

Arnold.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis 15 Mkpf. die Zeile

Hauslehrer-Gesuch.

Ein angehender kathol. Elementarlehrer, welcher auch Musikunterricht ertheilt, sucht zum 1. März oder später eine Stelle als Hauslehrer. Gefällige Offerten werden erbeten unter X. Z. Peiskretscham postlagernd. [703]

Für mein Schnittwaaren-Geschäft suche ich vom 1. April ein tüchtiges Mädchen, die polnisch spricht, als **Verkäuferin.** Meldungen erbitte ich unter Chiffre A. postlagernd Oppeln.

Eine tüchtige Verkäuferin, gesetzteren Alters, zur prakt. Leitung e. Weiß- u. Kurzwaaren-Geschäfts befähigt, **w. f. e. feines Waaren-Geschäft im Curort Görbersdorf in Schles. zum 1. April cr. gesucht.** Bevorzugt werden solche, w. auch poln. sprechen. Off. m. Ang. d. Alters, bisherigen Wirkungskreises und Gehaltsansprüchen unter Chiffre **T. R. 32 Görbersdorf postlagernd.** [3286]

Ein **Manufacturist,** jüd. Conf., der einf. Buchführ. mächtig, sucht per 1. April c. dauernde Stellung. Off. erf. höfl. unter Chiffre M. 73 an die Exp. der Bresl. Z. abgeben zu wollen.

Ein Correspondent und Buchhalter,

mit vorzüglichen Referenzen, sucht per 1. April cr. Stellung in einem Bank-, Producten-, oder Waaren-Engros-Geschäft. [1602]

Offerten sub Z. K. 81 erbeten an die Expedition der Bresl. Zeitung.

Wir suchen per bald oder 1. April einen mit unserer Branche vertrauten routinirten [1594]

Reisenden

für Schlesien.

Caskel Frankenstein & Sohn.

Reisender gesucht.

Für ein Berliner Ledergeschäft en gros wird per sofort oder per 1. April ein durchaus routinirter Reisender gesucht, der Schlesien und die Lausitz mit großem Erfolg bereist hat. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit sub O. K. 56 an die Expedition der Breslauer Zeitung. [617]

Stellensuchenden

jedweder Branche kann das seit Jahren renommirte **Bureau Germania zu Dresden** aufs Wärmste empfohlen werden. [1590]

Das **Oberschl. Vermittelungs-Bureau (S. Perls'),** Myslowitz, empfiehlt sich zur **kostenfreien** Nachweisung von **Personal** aller Branchen. **Stellensuchende** zahlen **keinen Vorschuß.** Anfrag. Retourmarke beizufügen. [457]

Für ein **Papiergeschäft** wird per 1. April ein gewandter Verkäufer gesucht. Offerten sub **F. P. 251** sind an das **Central-Annoncen-Bureau in Breslau, Carlsstr. 1,** zu richten.

Ein erfahrener Expedient, tüchtiger Waarenkenner, der in mechanischen Webereien für **leinene u. baumwollene Waaren** (speciell **Bett-Artikel**) thätig war und mit der erforderlichen Buchführung vertraut ist, wird für eine bedeutende mechanische Weberei in Schlesien zu baldigem Antritt **gesucht.** Offerten **sub N. 4338** an **Rudolf Mosse, Breslau.** [3182]

Ein junger Mann,

gelernter Specerist, der einf. Buchführung und poln. Sprache mächtig, sucht per 1. April c. Stellung.

Gefl. Offerten sub H. 150 postlag. Gleiwitz erbeten. [688]

Für unser Herren-Garderoben-Geschäft en gros suchen wir pr. ersten April c. **einen jungen Mann,** der mit der Branche vollständig vertraut ist. Nur solche finden Berücksichtigung.

Breslau. [1595]

Neuman & Salomonski.

Ein junger Mann, seit 2 Jahren Reisender einer [3296]

Mützen-Fabrik

und in Sachsen sehr gut eingeführt, sucht Stelle für Reise, Lager und Comptoir. Offerten erbeten unter V. T. 100 an Herren **Haasenstein & Vogler in Leipzig.**

Den geehrten Herren Prinzipalen erlaube ich mir meinen kostenfreien Nachweis von kaufmännischem Personale jeder Branche hierdurch ganz ergebenst in Erinnerung zu bringen. [1614]

Leopold Zobel, Nicolaistraße 18.

Ein Commis

findet in einem Papier-Geschäft i. d. Prov. pr. 1. April c. Stellung. Off. u. Beif. v. Photographien u. Zeugn.-Cop. nimmt Herr **Adolf Stenzel,** Breslau, u. Chiffre P. 50 entgegen. Franco-Marke für ev. Rücks. ist beizufügen. [3275]

Ich suche per 1. April c. für mein Colonial- und Manufactur-Waaren-Geschäft [3238]

einen tüchtigen gewandten Commis,

welcher bestens empfohlen wird.

Bewerbungen schriftlich.

Jauer. R. Brüngger.

Ein Commis,

der mit dem Stabeisen-, wie Eisenwaaren-Geschäft vollständig vertraut, gewandter Verkäufer ist und zur Buchführung wie Correspondance verwendet werden kann, findet Ostern Stellung bei [657]

Rob. Kublick in Sagan i. Schl.

Ein Commis,

der bereits für ein Strumpfwaaren-Geschäft die Provinz Schlesien und Grafschaft Glatz bereist hat, mit der Buchführung und Correspondenz vertraut ist, findet per 1. April c. dauerndes und lohnendes Engagement. Bewerber belieben ihre Adressen unter Chiffre **B. G. Nr. 82** in den Briefk. d. Bresl. Ztg. niederzulegen. [1606]

Ein prakt. Destillateur,

welcher mit Erfolg gereist, sucht pr. 1. April cr. Stellung. Offerten unter C. F. 3 postlagernd Gubrau erbeten. [1596]

Einen Bureau-Vorsteher,

welcher der polnischen Sprache mächtig ist, suche ich zum 1. März c.

Rawicz. [704]

Krüger,
Rechtsanwalt und Notar.

Ein Kunden-Schneidermeister sucht eine Stelle **als Zuschneider** i. d. Provinz. Gefl. Offerten wolle man in der Exped. der Bresl. Ztg. unter M. J. 83 bis z. 20. d. M. niederlegen.

Für eine Steinkohlengrube wird

ein Rechnungsführer,

von Beruf Bergmann, gesucht.

Meldungen sind unter Beifügung eines Lebenslaufes und der Zeugnisse bei dem Bergwerks-Director **Ziervogel in Halle a. S.** anzubringen. [698]

Ein Landwirth,

29 Jahre alt, 10 Jahre beim Fach, unverh., welcher gegenwärtig ein größeres Gut in der Prov. Posen bewirthschaftet, wünscht, um in seine Heimath Oberschlesien zurückzukommen, von Ostern ab die Verwaltung eines kleineren Gutes zu übernehmen. [682]

Gef. Offert. werden unter A. X. 3 postlagernd Gostyn erbeten.

Ein junger Mann, [3287] der 3 Jahre in einem größeren Geschäft als Lehrling fungirt hat, wünscht zu seiner Ausbildung noch 1 Jahr als Volontair in einem **Comptoir** zu arbeiten. Bedingungen bittet man gef. sub Adr. **A. Haertelt,** Liegnitz, einzusenden.

Ein **Apotheker-Eleve** sucht auf Wunsch seines Vaters zur weiteren Ausbildung pr. 1. April d. J. anderweitig Engagement.

Gefl. Offerten sub F. S. 80 Expedition d. Bresl. Ztg. erbeten. [1601]

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis 15 Mkpf. die Zeile.

Ich suche eine **Wohnung** per 1. oder 15. April, wenn möglich in der Nähe des **Ohlauer Stadtgrabens,** von 2 Vorder-, 1 Hinterzimmer, Entree, Küche 2c. möglichst in 2. Etage für 200—250 Thaler. Gefl. Offerten bitte zu richten an

[3294] **Eugen Diel,**
Albrechtsstraße Nr. 9.

Nikolaistraße Nr. 16

3 Tr. hoch, ist e. Wohn., 3 Stuben, Küche, Keller u. Bodengelaß z. verm.

Agnesstr. 7 Ostern beziehbar erste oder zweite Etage, je 3 zweifenstr., 2 einfenstr. Zimmer, Mittelcab., Küche, Entree, Wasserleit., Gas, Beigelaß, Keller, Boden. Näh. erste Etage. [1608]

Vorwerksstraße Nr. 9,

in einem ruhigen, eleganten Hause, nahe der Promenade, ist hohes Parterre eine Wohnung, bestehend aus zwei 2fenstr., einem 1fenstr. Zimmer, Cabinet, Küche, Entree 2c., per 1. April zu vermiethen. Preis 230 Thlr.

Ohlauerstraße Nr. 64 sind 2 große elegante Wohnungen mit allem Comfort zu vermiethen. [3312]

Ohlauerstraße Nr. 65 ein Hausflur als Verkaufsstelle und einige daran stoßende Zimmer und eine Wohnung von 5 Zimmern im 3. Stock zu vermiethen. Näheres bei **L. H. Krotoschiner,** Schmiedebrücke 16.

Tauenzienplatz 12

ist die zweite Etage bald zu vermiethen. Näheres daselbst. [3302]

Riemerzeile 24

ein Comptoir sof. zu verm. Näheres das. im **Goldarbeiterladen.** [3215]

Schmiedebrücke 57 ist die zweite Etage per Ostern zu vermiethen. Näheres im Goldarb.-Laden daselbst.

Phönix-Mühle, im Neubau,

ist ein Geschäftslocal nebst nöthigem Lagerraum, sowie angrenzender Wohnung, im Ganzen oder getheilt sofort zu vermiethen. [3239]

Breslauer Börse vom 15. Februar 1877.

Inländische Fonds.

		Amtlicher Cours.
Prss. cons. Anl.	4½	104,20 G
do. Anleihe ..	4½	—
do. Anleihe ..	4	96 B
St.-Schuldsch. .	3½	92,50 B
Prss. Präm.-Anl.	3½	144 G
Bresl. Stdt.-Obl.	4	—
do. do.	4½	101,35 à 40 bz
Schl. Pfdbr. altl.	3½	85,10 à 25 bz
do. Lit. A. ...	3½	—
do. altl.	4	96,65 bz
do. Lit. A. ...	4	94,85 à 80 bz
do. do.	4½	101,90 B
do. Lit. B. ...	3½	—
do. do.	4	—
do. Lit. C. ...	4	I. 95,75 G
do. do.	4	II. 94,80 bz
do. do.	4½	101,90 B
do. (Rustical).	4	I. 95,25 G
do. do.	4	II. 94,75 G
do. do.	4½	101,80 bz
Pos. Crd.-Pfdbr.	4	94,80 bz 1500er
Rentenbr. Schl.	4	95,80 G [94,95 bz
do. Posener	4	95,25 bz
Schl. Pr.-Hilfsk.	4	94 B
do. do.	4½	101,40 B
Schl. Bod.-Crd.	4½	94,25 bzG
do. do.	5	100,30 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	—
Sächs. Rente ..	3	—

Ausländische Fonds.

Amerikaner ...	5	—
Italien. Rente .	5	—
Oest. Pap.-Rent.	4⅕	51,25 G
do. Silb.-Rent.	4⅕	55,75 bz
do. Goldrente	4	60,50 bzB
do. Loose 1860	—	98 B
do. do. 1864	—	—
Poln. Liqu.-Pfd.	4	63,75 B
do. Pfandbr.	4	—
do. do.	5	—
Russ. Bod.-Crd.	5	—
Türk. Anl. 1865	5	—

Inländische Eisenbahn-Stammactien und Stamm-Prioritätsactien.

		Amtlicher Cours
Br.-Schw.-Frb.	4	71 G
Obschl. ACDE.	3½	127,50 G
do. B.	3½	—
R.-O.-U.-Eisenb	4	104 bz
do. St.-Prior. .	5	109,25 B
Br.-Warsch. do.	5	—
do. St.-A.	5	—

Inländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Freiburger	4	91,50 G G. 95,60 B
do. ...	4½	96 G H. 93,25 G
do. Lit. J.	4½	—
do. Lit K.	4½	92,75 B
do.	5	99,85 bz
Oberschl. Lit. E.	3½	86 B
do. Lit. C. u. D.	4	93,50 B
do. 1873	4	91 B
do. 1874	4½	99,35 à 40 etbz
do. Lit. F. .	4½	101,80 B
do. Lit. G. .	4½	99,75 B
do. Lit. H. ..	4½	101,50 G
do. 1869	5	103,55 B
do Brieg Neisse	4½	—
do. Wilh.-B. .	5	103,50 G
R.-Oder-Ufer ..	5	101,10 G

Wechsel-Course vom 14. Februar.

Amsterd. 100 fl.	3	kS.	170,35 bz
do. do.	3	2M.	169,15 G
Belg. Pl. 100 Frs.	2½	kS.	—
do. do.	2½	2M.	—
London 1 L. Strl.	2	kS.	20,445 bzG
do. do.	2	3M.	20,37 bzG
Paris 100 Frs.	3	kS.	81,35 bz
do. do.	3	2M.	—
Warsch. 100 S.R.	6	8T.	253,75 B
Wien 100 fl. .	4½	kS.	165,15 G
do. do.	4½	2M.	164 G

Fremde Valuten.

Ducaten	—
20 Frs.-Stücke	—
Oestr. W. 100 fl.	165,20 à 15 bz
Russ. Bankbill. 100 S.-R.	253,90 bzB

Ausländische Eisenbahn-Actien und Prioritäten.

		Amtlicher Cours.	Nichtamtl. Cours.
Carl-Ludw.-B. .	5	87,25 B	—
Lombarden ...	4	—	ult. 128,50 G
Oest-Franz-Stb.	4	—	ult. 395 à 93 bz
Rumän. St.-Act.	4	12,50 bzG	—
do. St.-Prior.	8	—	—
Warsch.-W. StA	4	—	—
do. Prior.	5	—	—
Kasch.-Oderbg.	4	—	—
do. Prior.	5	—	—
Krak.-Oberschl.	4	—	—
do. Prior.-Obl.	4	—	—
Mährisch-Schl.		—	
Centralb.-Prior.	5	—	—

Bank-Actien.

Brsl. Discontob.	4	69,50 G	—
do. Maklerbk.	4	—	—
do. M.-Ver.-B.	4	—	—
do. Wechsl.-B.	4	74,25 B	—
D. Reichsbank	4½	—	—
Ostd. Bank ...	fr.	—	—
Sch. Bankverein	4	87 bz	—
do. Bodencrd.	4	95 B	—
do. Vereinsbk.	4	77,50 bzG	— [bzB
Oesterr. Credit	4	243 G	ult. 243à43,50à42

Industrie-Actien

Bresl. Act.-Ges. für Möbel	4	—	—
do. do. St.-Pr.	4	—	—
do. Börsenact.	4	—	—
do. Spritactien	4	—	—
do. Wagenb.-G	4	—	—
do. Baubank .	4	—	—
Donnersmarkh.	4	—	18,50 G
Laurahütte	4	65,25 G	ult. 65,25 bzB
Moritzhütte ...	4	—	19 B
O.-S. Eisenb.-B.	4	—	26,75 G
Oppeln. Cement	4	—	—
Schl. Feuervers.	4	—	—
do. Immob. I.	4	—	—
do. do. II.	4	—	—
do. Leinenind.	4	68,75 B	—
do. Zinkh.-A.	4	—	—
do. do. St.-Pr.	4½	—	—
Sil. (V. ch. Fabr.)	4	60 G	—
Ver. Oelfabrik	4	—	—
Vorwärtshütte	4	—	9 B

Preise der Cerealien.

Feststellungen der städtischen Markt-Deputation.
Pro 100 Kilogramm.

Waare	schwere höchst. ℳ	₰	schwere niedrigst. ℳ	₰	mittlere höchst. ℳ	₰	mittlere niedrigst. ℳ	₰	leichte höchst. ℳ	₰	leichte niedrigst. ℳ	₰
Weizen, weisser .	19	50	18	70	21	20	20	40	17	60	17	30
do. gelber . .	19	40	18	60	20	80	20	10	17	40	17	20
Roggen neuer ...	18	—	17	30	16	50	15	80	15	50	14	80
Gerste neue	15	60	15	20	14	80	14	60	14	—	13	30
Hafer neuer	15	—	14	80	14	40	14	10	13	80	13	—
Erbsen	15	50	15	50	14	50	13	80	13	30	12	40

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.
Pro 100 Kilogramm netto.

	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Raps	31	50	28	50	23	50
Winter-Rübsen	30	50	27	50	21	50
Sommer-Rübsen	30	—	26	—	21	—
Dotter	24	—	21	—	17	—
Schlaglein	26	—	23	—	20	—

Kleesaat, rothe, ordinär 45—52, mittel 55—62, fein 65—72, hochfein 75—78.

Kleesaat, weisse, ordinär 45—56, mittel 60—65, fein 68—72, hochfein 75—83.

Heu 2,70—3,10 Mark pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 33,00—35,00 Mark pro Schock à 600 Kilogramm.

Kündigungs-Preise für den 16. Februar.
Roggen 153,00 Mark, Weizen 197,00, Gerste —, Hafer 136,00, Raps 330, Rüböl 71,50, Spiritus 52,00.

Börsen-Notiz von Kartoffel-Spiritus.
Pro 100 Liter à 100 % Tralles loco 50,80 B, 49,80 G.

Zink: unverändert.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.